



Resoconto integrale

della seduta n. 179 del 11 giugno 2008

Wortprotokoll

der 179. Sitzung vom 11. Juni 2008

XIII. Legislatura
XIII. Legislatur
2004 - 2008

**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO
SÜDTIROLER LANDTAG**

SEDUTA 179. SITZUNG

11.6.2008

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 111/06: "Modifica alla legge provinciale 19 marzo 1991, n. 5 'Promozione dell'attività di cooperazione e della cultura di pace e di solidarietà.'" (continuazione) pag. 3

Mozione n. 370/06 del 19.5.2006, presentata dal consigliere Minniti e dall'ex consigliere Holzmann, riguardante l'accertamento della rappresentatività sindacale. pag. 19

Proposta di deliberazione: Assestamento del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2008. pag. 30

Disegno di legge provinciale n. 147/07: "Obiettivi formativi generali ed ordinamento della scuola dell'infanzia e del primo ciclo di istruzione." (continuazione) pag. 39

Ordine del giorno n. 1 del 8.4.2008, presentato dalla consigliera Klotz, concernente piena autonomia per l'Alto Adige in materia di scuola e formazione. pag. 39

INHALTSVERZEICHNIS

Landesgesetzentwurf Nr. 111/06: "Änderung des Landesgesetzes vom 19. März 1991, Nr. 5 'Förderung der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Solidaritäts- und Friedensbestrebungen.'" (Fortsetzung) Seite 3

Beschlussantrag Nr. 370/06 vom 19.5.2006, eingebracht vom Abgeordneten Minniti sowie vom ehemaligen Abgeordneten Holzmann, betreffend die Überprüfung der Repräsentativität der Gewerkschaften. Seite 19

Beschlussvorschlag: Berichtigung des Haushaltsvoranschlags des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2008. Seite 30

Landesgesetzentwurf Nr. 147/07: "Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe." (Fortsetzung) Seite 39

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 1 vom 8.4.2008, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend Schul- und Bildungshoheit für Südtirol. Seite 39

Ordine del giorno n. 2 del 8.4.2008, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Kury e Heiss, concernente ampia autonomia di sperimentazione linguistica a tutte le scuole della provincia. pag. 47

Ordine del giorno n. 3 dell' 8.4.2008, presentato dalla consigliera Klotz, concernente nessun indebolimento del principio della madrelingua nella scuola dell'infanzia e nella scuola. pag. 68

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 2 vom 8.4. 2008, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, betreffend weitgehende Autonomie für alle Schulen des Landes bei den Lehrversuchen im Sprachunterricht.Seite 47

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 3 vom 8.4. 2008, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend keine Aufweichung des muttersprachlichen Prinzips in Schule und Kindergarten.Seite 68

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.04 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

LADURNER (Sekretärin - SVP): *(Legge il processo verbale - verliest das Sitzungsprotokoll)*

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Per la seduta odierna si sono giustificati i consiglieri Kury (matt.), Munter, Thaler Zelger (matt.) e gli assessori Kaslatte Mur (matt.) e Widmann (matt.).

Punto 39) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 111/06: "Modifica alla legge provinciale 19 marzo 1991, n. 5 'Promozione dell'attività di cooperazione e della cultura di pace e di solidarietà'."* (continuazione)

Punkt 39 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 111/06: "Änderung des Landesgesetzes vom 19. März 1991, Nr. 5 'Förderung der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Solidaritäts- und Friedensbestrebungen'."* (Fortsetzung)

Ricordo che ieri l'esame del disegno di legge è stato interrotto dopo l'intervento del consigliere Pasquali nell'ambito della discussione congiunta. Ha chiesto di intervenire il collega Leitner, ne ha facoltà.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, darf ich mir nur schnell den Text zum Gesetzentwurf herausuchen?

PRESIDENTE: Certo!

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Zu diesem Gesetzentwurf möchte ich zwei grundsätzliche Dinge sagen. Das Anliegen ist durchaus verständlich. Dass wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten an der Entwicklungshilfe beteiligen bzw. Entwicklungshilfe leisten, ist nicht nur richtig, sondern auch notwendig. Was die Erhöhung des Prozentsatzes anbelangt, so ist dieser auch vertretbar. Grundsätzlich sage ich Ja zu diesem Gesetzentwurf, denn das Ansinnen ist berechtigt. Präsident Dello Sbarba hat gestern ausgeführt, dass die westliche Welt im Zusammen-

hang mit den ganzen Migrationsbewegungen eine große Verantwortung hat gegenüber den ärmeren Ländern, welche im Zuge der Globalisierung teilweise arg unter die Räder kommen. Wenn wir nicht wollen, dass immer mehr Migranten zu uns kommen, dann müssen wir in der Form Hilfe leisten, dass sie sich vor Ort selbst etwas aufbauen können. Das heißt, dass man die Hilfe in den Ursprungsländern dieser Migranten verbessert. Ich weiß, dass Südtirol in diesem Zusammenhang einen sehr kleinen Spielraum hat. Aber was an finanzieller Hilfeleistung möglich ist, sollte selbstverständlich getan werden. Wir legen großen Wert darauf, dass die entsprechenden Projekte auch vor Ort begleitet und verfolgt werden. Wir wissen auch, dass der Landeshauptmann jährlich eine Reise in irgendein Entwicklungsland unternimmt und uns dann groß davon berichtet, was mit unserer finanziellen Unterstützung alles getan wurde. Wenn man den Prozentsatz in diesem Zusammenhang von 0,02 auf 0,25 Prozent des Landeshaushaltes anhebt, dann beträgt die Erhöhung mehr als das Zehnfache, aber, gemessen am Landeshaushalt und an dem, was von der UNO vorgegeben wird, sprich 0,7 Prozent, sind wir noch sehr weit entfernt. Deshalb habe ich kein Problem damit, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Wir kennen alle die Schicksale, die sich ergeben. Ich erinnere ein weiteres Mal an das Buch "Die Festung Europas", in dem davon die Rede ist, dass vor allem Migranten aus Afrika nach Europa strömen, weil sie ein besseres Leben suchen. Wenn man sieht, welche Strapazen diese Menschen auf sich nehmen, dann ist das wirklich haarsträubend bzw. beinahe angsteinflößend. Auf jeden Fall handelt es sich um Schicksale, die man - wenn man sie einzeln betrachtet - nicht einfach beiseite schieben kann. Wir kennen das Phänomen und können diesem nur Abhilfe leisten, indem wir dazu beitragen, dass die Voraussetzungen in den Herkunftsländern verbessert werden, damit die Menschen dort eine Zukunft sehen. Ich bin schon der Meinung, dass Menschen ihre Heimat nicht verlassen, wenn sie dort etwas Positives leisten könnten. Aber die Perspektiv- bzw. Hilflosigkeit in jenen Ländern ist wirklich enorm. Wenn man solche Strapazen und Gefahren auf sich nimmt, bei denen man teilweise sogar mit dem Tode bezahlt, dann muss die Armut und die Not wirklich sehr groß sein. Auf der anderen Seite wissen wir genau, dass wir nicht alle Zuwanderer aufnehmen können. Ich möchte nicht von einer "Festung Europas" sprechen, aber wir haben in Europa auch Heimatländer. Wir haben Identitäten, die sich selbst vor einem allzu großen Zustrom schützen wollen. Wir erleben auch in Südtirol, was dieses Phänomen mit sich bringt, und kennen die daraus resultierenden Folgewirkungen. Deshalb ist es besser, vor Ort Hilfe zu leisten, als einfach zuzusehen, wie die Menschen ihre Heimat bzw. ihr Land verlassen, flüchten und irgendwo anders Unterkunft suchen. Die Aufweichung der europäischen Strukturen - wenn ich sie so bezeichnen kann - ist im Gange. Das kann weder im Interesse der europäischen Länder noch im Interesse Südtirols sein. Wir wissen genau, dass dem Mensch angeboren ist, in dem Land zu wirken, in dem er geboren und aufgewachsen ist, und nicht unbedingt dort, wo er hinget zu arbeiten, auch wenn es ihm in seinem Herkunftsland schlecht geht. Der Bezug zum eigenen Land, den ein

Zuwanderer nicht mitbringen kann, ist etwas Wichtiges. Ein Zuwanderer hat in den meisten Fällen gar kein Interesse daran. Deshalb warne ich ein weiteres Mal vor dieser allgemeinen Blauäugigkeit, die ich den Grünen in dieser Frage immer gerne unterstelle. Ich habe nichts gegen humanistische Werte und gegen die Menschenrechte, ganz im Gegenteil! Aber wir wissen genau, dass wir unsere Gesellschaft nicht überfordern dürfen. Wir sehen die Auswirkungen und möchten davor warnen. Wenn wir das Problem in den Griff bekommen wollen bzw. wenn auch das kleine Land Südtirol hier seinen Anteil leisten kann, damit es den Menschen in ihrem Herkunftsland besser geht, muss man dort die Voraussetzungen schaffen. Das Geld ist ja nicht für irgendwelche Menschen, sondern für ganz klare Strukturen vorgesehen, welche dazu dienen, dass die Menschen in ihrer Heimat bleiben. Das unterstützen wir selbstverständlich, weil wir damit auch verhindern, dass immer mehr Zuwanderer zu uns kommen. Das ist nicht nur teurer, sondern man tut auch den Menschen keinen Dienst damit, und zwar weder den Menschen in der eigenen Heimat noch den Migranten. Aus diesem Grunde stimme ich diesem Gesetzentwurf durchaus zu, obwohl ich weiß, dass man damit nicht die Welt verändern kann. Ich habe die Zuständigkeiten des Landes in der Einwanderungsfrage immer wieder angemahnt. Es fehlt mir einfach der Wille der Landesregierung bzw. jener der Südtiroler Politik, die Zuständigkeit in diesem Bereich an sich zu reißen. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir Dinge verbessern können. Dann können wir uns auch nicht mehr auf den Staat, auf die EU oder auf irgendwelche andere internationale Organisationen hinausreden. Wir selbst sind gefordert und haben das Recht, Herr im eigenen Lande zu bleiben. Im Rahmen unserer Möglichkeiten sollten wir sowohl im Ausland als auch im Inland Hilfe leisten.

SIGISMONDI (AN): Credo che stia un po' sfuggendo il senso di questo disegno di legge presentato dal presidente del Consiglio provinciale, perché si parla essenzialmente del contorno e non dell'aspetto specifico. Sembra quasi un girare intorno al disegno di legge.

In una serie di interviste alle reti televisive americane di qualche anno fa, il deputato del congresso Edward Markey se ne uscì con una frase curiosa e acuta al tempo stesso. Si era al tempo delle prime esperienze informatiche negli Stati Uniti. Disse: *"La buona notizia da Washington è che al congresso tutti sostengono l'idea delle autostrade informatiche, quella cattiva è che non c'è nessuno che sappia seriamente cosa siano."* Credo che si stia un po' parafrasando ciò che lui disse. Per un certo verso mi sembra che la stessa cosa stia accadendo nella discussione su cosa significhi "cooperazione allo sviluppo". Negli anni 90 l'attenzione alla cooperazione e sviluppo ha avuto un trend significativo. Essa prima di tutto e in un certo senso paradossalmente si è rivolta con un interesse specifico verso le tematiche dello sviluppo locale. Sembra una contraddizione in termini, ma proprio la possibilità di creare un palinsesto che potesse servire per la cooperazione allo sviluppo in senso internazionale ha ravvivato gli interessi dello sviluppo locale per alcuni fattori convergenti, primo perché la globaliz-

zazione ha messo in evidenza il sempre maggiore margine del peso dei fattori di interdipendenza internazionale e dall'altra una minor capacità di governo degli stati nazionali - qualcuno l'ha ribadito negli interventi precedenti - secondo, perché la globalizzazione ha evidenziato nuovi legami diretti addirittura tra i fenomeni internazionali e quelli territoriali anche in senso locale.

L'esigenza di questi enti locali di affrontare le sfide e strutturare le opportunità della globalizzazione hanno dato vita ad un nuovo termine, non più la globalizzazione ma il "localismo", l'hanno chiamato. Insomma si chiede all'entità locale - poi spiegherò perché continuo a dire autonomie locali, sviluppo locale - di essere dinamico rispetto ai processi globali, regioni, province, comuni che devono assumere una sorta di nuovo protagonismo, che hanno l'obbligo di differenziarsi dalle altre regioni, province, città, mostrarsi più avanzate, più accoglienti, più produttive, addirittura meglio attrezzate. Proprio in questo c'è presente la propria distinzione. In questo farsi riconoscibili delle autonomie locali le società locali imparano anche che l'apertura delle relazioni a livello globale costituisce un rafforzamento della dimensione locale e non già, come a volte si è portati a pensare, che vi sia una sorta di pericolo per una soppressione della propria specificità.

Detto questo, è chiaro che Provincia, Regioni e Comuni non sono riconducibili semplicemente ad imprese. Stabilito che la cooperazione allo sviluppo ha interessato in prima battuta lo sviluppo locale, stabilito che per mantenersi, differenziarsi e valere in un mercato globalizzato bisogna differenziarsi, è altrettanto evidente che l'aspetto non possa essere riconducibile solo alle imprese e solo al valore del mercato. Ovvio che queste autonomie locali devono assicurare prima di tutto ai propri cittadini i cosiddetti beni pubblici come la sicurezza, un sistema educativo sanitario efficiente, la mobilità, l'arricchimento culturale, la salvaguardia dell'ambiente, insomma, in una parola, la qualità della vita dei residenti. Proprio in virtù dei fenomeni nati come conseguenza della globalizzazione, fra cui l'emigrazione in massa di enormi flussi di popolazioni da paesi svantaggiati, vanno avviate politiche di sostegno di questi beni pubblici. Ma dove? Fatto salvo che ogni autonomia locale è evidente se con un minimo di ragionamento deve garantire i beni pubblici localmente, li deve avviare in virtù dei rapporti globalizzati anche con le aree deboli del mondo. E qui c'è la dichiarazione del millennio a cui il presentatore del disegno di legge ha fatto riferimento con tutta una serie di regole. È ovvio che vanno avviati dei processi anche della cosiddetta cooperazione decentrata.

Credo che qui stia essenzialmente la differenza, perché parlare di cooperazione internazionale allo sviluppo e quindi alla cultura della pace, che deve oggi essere riformulata, non è una critica ma un ragionamento da fare all'interno della contestazione del principio della contestazione internazionale. Il Ministero degli Affari Esteri ha definito la cooperazione decentrata l'azione di cooperazione allo sviluppo svolte dalle autonomie locali, in rapporto per esempio al partenariato per esempio con omo-

loghe istituzioni di paesi in via di sviluppo con la partecipazione dei diversi soggetti della società civile.

La cooperazione decentrata allo sviluppo è in Italia un fenomeno comunque abbastanza recente, forse dai primi anni 90. Le profonde diversità economiche, sociali degli ambiti territoriali delle autonomie locali italiane spiegano la presenza di un panorama che è assai vario nella volontà di creare cooperazioni. Ancora oggi in Italia non esiste una politica di cooperazione allo sviluppo delle autonomie locali italiane ma esistono diverse e differenti politiche. Allora credo che ci si stia avvicinando al senso del disegno di legge di Riccardo Dello Sbarba. Il problema in realtà non è che in materia di finanziamenti per la cooperazione allo sviluppo si è in presenza di una competenza generale che spetta solo allo Stato, quasi fosse una giustificazione per non erogare ciò che va erogato, in quanto la competenza è dello Stato. Non è la giustificazione per cui anche la Regione è comunque fortemente impegnata nel settore, perché ci è stato spiegato come poi quei contributi vengono utilizzati dalla Regione in ragione del 50% delle due province. Non è nemmeno la richiesta del riconoscimento da dare alla Provincia della relativa competenza in materia di immigrazione. Io credo che il problema sia piuttosto, e bene ha fatto il presidente Denicolò in parte a dichiararlo, la verifica dell'intero sistema di cooperazione internazionale, e quindi non solo la gestione dei fondi ma il principio per cui questi fondi vengono elargiti. Il presidente Denicolò pone un problema di ragionamento culturale del fatto: non basta dire che si vuole vedere semplicemente i programmi, se poi sono venuti bene allora la cooperazione si può fare. È semplicistico e limitativo in un ragionamento culturale generale che riprende la formulazione dell'intero sistema della cooperazione allo sviluppo. Che questa sia poi partenariato, così ha fatto il Trentino, la Lombardia, il Veneto, il Friuli Venezia Giulia, che poi questa sia cooperazione decentrata che parte decentrata in uno specifico territorio della nazione per poi giustificarsi geograficamente in altri ambiti, poco cambia. E come segnalato in diversi rapporti, si pone proprio un ragionamento su una sorta di legge di riforma sulla cooperazione internazionale. Nel corso degli anni 90 la crisi della cooperazione internazionale si è davvero manifestata con un forte calo dell'aiuto pubblico allo sviluppo dei paesi donatori in rapporto al loro Pil. Questo inesorabile declino ha portato nel 2002 l'aiuto pubblico allo sviluppo allo 0,23% del Pil, valori molto lontani dallo 0,7% programmato in sede di accordi internazionali con la dichiarazione del millennio. È quindi necessario per forza ragionare sulla possibilità di aumento in qualità e quantità dell'aiuto pubblico allo sviluppo destinato ai paesi meno avanzati, rispettando certamente l'impegno dello 0,7%. Ma vanno predisposti calendari progressivi, impegni di budget annuali concreti.

Le argomentazioni portate avanti dai paesi donatori secondo cui non possono permettersi lo 0,7% - e abbiamo visto per esempio in questa provincia che si tratta di 4-5 milioni di differenza su un budget di 11 mila miliardi di vecchie lire in parte fanno ridere, perché basti pensare a come vengono annualmente impiegate le risorse per la produzione di armi in misura 20 volte superiore a quanto destinato agli aiuti ai paesi

poveri. Ma non solo, il problema delle regole commerciali che devono essere più equità, di un rafforzamento del partenariato, della sovranità alimentare, altro grosso problema, i sussidi, la concorrenza sleale. Non so se è chiaro a tutti che uno dei problemi da affrontare è che, contrariamente a quanto si potrebbe pensare, i paesi più poveri sono sommersi da importazioni di prodotti agricoli il cui prezzo è artificiosamente basso a causa dei sussidi delle esportazioni. I sussidi permettono agli esportatori di vendere i loro prodotti sul mercato mondiale ad un prezzo certamente più basso, mentre i produttori del sud del mondo che difficilmente ottengono sussidi perché i loro stati sono troppo poveri, non sono capaci di competere con dei prezzi così bassi come coloro che vengono aiutati dai sussidi. E a causa dei sussidi per esempio l'Unione Europea è il secondo esportatore di zucchero al mondo esportando sottocosto circa 5 milioni di tonnellate nel mercato mondiale. Sono dati del 2005. Le vendite abbassano i prezzi nel mercato internazionale, ciò significa che per esempio, come in questo caso, i produttori di zucchero dei paesi in via di sviluppo ottengono un prezzo ancora più basso per la loro produzione.

Ma c'è un altro aneddoto interessante. L'Unione Europea e il Nord America destinano ai sussidi 330 miliardi di euro all'anno. Da una statistica risulta, per esempio che per una mucca nell'Unione Europea - parlo sempre del 2005 - si riceve oltre 2 euro di sussidi al giorno, un reddito maggiore di quello di più di metà della popolazione mondiale! Fin da piccolo ho avuto un grande rispetto per le mucche di qualsiasi estrazione geografica, ma da qua ad arrivare a dire che nel 2005 il sussidio era 2 euro per mucca, sapendo che l'altra metà della popolazione non raggiunge nemmeno la metà di questo sussidio, credo che un ragionamento vada fatto, altrimenti ha ragione il dott. Rainer a dire che si rischia che i finanziamenti consentano di intervenire solo sugli effetti ma non sulle cause dei problemi.

Sono d'accordo con il presidente Dello Sbarba, quando dice che con questo disegno di legge non è in discussione l'impianto della legge, seppur, come ha ribadito il consigliere Denicolò, è evidente che in una sorta di ristrutturazione di tutto l'impianto, ma non della legge provinciale specifica, la n. 151 del 19 marzo 1991, va riconsiderato tutto il sistema della cooperazione internazionale allo sviluppo e alla cultura della pace. Ma al di là di essere d'accordo sull'impianto perché comunque, piuttosto che niente, è meglio andare avanti con le "mance" che riusciamo a dare, in discussione è il quantum messo a disposizione. Se il ragionamento affrontato dal gruppo Verde con questo disegno di legge non raggiunge l'aspetto culturale della questione, potremmo stare qui a discutere per altri cinque mesi ma comunque non risolveremo il problema, perché non è semplicemente quello di una seppur riconoscibile e ottima intenzione di erogazione di contributi sulla base di progetti e microprogetti con industrie, settori di imprese di altri stati in difficoltà, fra i governi di stati del terzo mondo e l'amministrazione provinciale, quindi gli accordi di programma e l'erogazione di contributi. Ma lo spirito di questo disegno di legge non riguarda l'erogazione dei contributi, riguarda essenzialmente questo salto culturale per cui se è vero che la coopera-

zione internazionale allo sviluppo parte dalla specificità territoriale che ha comunque un tornaconto in questo sistema di dare e ricevere, deve diventare fisso ciò che è stato stabilito dalla dichiarazione del millennio. I presentatori di questo disegno di legge hanno ragione quando dicono: dobbiamo togliere dall'arbitrarietà il quantum. Non può più essere, seppur meritevole, ma il principio non può più essere un accordo fra assessori per l'erogazione di contributi. Questa non è cooperazione allo sviluppo, non è cercare la cultura della pace, è elargire contributi, meritevole finché si vuole, ma assolutamente fuori dallo schema di un'obbligatorietà del rispetto di quegli accordi della dichiarazione del millennio. Poi potremo discutere il quantum, potremo decidere lo 0,27% che fa il Trentino, ma il Trentino sappiamo che comunque nella cooperazione ha iniziato qualche decennio prima di noi. Non ci si può limitare a dire che noi abbiamo dato 10 miliardi di vecchie lire nel 2007, ed essere tranquilli con la nostra coscienza. No, perché poi il problema non lo risolviamo dal momento in cui questa enorme migrazione la troviamo in casa e il problema tende poi ad essere risolto semplicemente dicendo che diamo più contributi, e troviamo lavoro a casa loro. Ha ragione il dott. Rainer, andiamo a colpire gli effetti e non la causa.

Il disegno di legge mi trova d'accordo, perché dà un approccio diverso alla cooperazione. Se cooperazione deve essere nel rispetto dei termini della cooperazione allo sviluppo, alla cultura della pace, se vi deve essere rispetto del principio, meritevole può essere l'erogazione del contributo, ma essa non rispetta assolutamente i principi della legge. Per rispettare i principi della legge vi deve essere una sorta di autoconvincimento che quel tipo di contributo allo 0,7% - ma si può discutere sulla quantità - debba essere come una sorta di tassazione verso il sud del mondo assolutamente obbligatoria. Se ogni anno la Giunta provinciale starà qui a contrattare un quantum, chiamata come vi pare però non è sicuramente cooperazione internazionale, non è cooperazione decentrata, non è cooperazione allo sviluppo con la cultura della pace e quant'altro. Pur meritevole è semplicemente una contribuzione soggetta all'arbitrarietà di alcuni amministratori ma non sicuramente rispettosa della dichiarazione del millennio, ma più che altro non rispettosa dei principi della cooperazione internazionale, e quindi poi bisognerà recitare una sorta di mea culpa una volta che la globalizzazione con quei fenomeni che abbiamo descritto prima arriverà a casa nostra con tutte le conseguenze che porta con se. Siamo certamente favorevoli a questo disegno di legge.

PAHL (SVP): Herr Präsident! Dieser Gesetzentwurf verfolgt zweifellos ein aufrichtiges, echtes Anliegen. Die Frage ist nur, ob man seine Zielsetzung ohne weiteres erreichen kann, und zwar technisch gesehen, inhaltlich und auch den Zielsetzungen nach. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass der Gesetzesvorschlag an sich etwas sehr Vernünftiges wäre. Er beinhaltet ein echtes Anliegen, die humanitäre und Entwicklungsarbeit außerhalb Europas - es geht vor allem darum - ein Stück voranzubringen und unserem Lande Glaubwürdigkeit zu verleihen. Der Einbringer des Gesetzentwurfes Dr. Dello Sbarba versucht also auf ein Anliegen hinzuweisen, das seit Jahr-

zehnten immer wieder auf Weltebene vorgebracht wird. Wenn heute die Landesregierung trotzdem - wie ich annehme, weil es schon in der Kommission ähnlich verlaufen ist - dem Gesetzentwurf nicht zustimmen wird, so gibt es einige Gründe dafür, die aber das Anliegen nicht in Frage stellen können. Die Zielsetzung dieses Gesetzentwurfes ist nicht bloß idealistisch, sondern sie ist im Kern durchaus berechtigt. Wie im Begleitbericht bzw. in den Stellungnahmen des Abgeordneten Dello Sbarba hervorgeht, haben die Vereinten Nationen schon vor Jahrzehnten darauf verwiesen, dass ein wesentlicher höherer Betrag für die Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit bereitgestellt werden soll. Wenn man früher "Entwicklungshilfe" sagte und heute von "Zusammenarbeit" spricht, so ändert dieser Begriff inhaltlich nichts, weil eine Entwicklungshilfe automatisch immer eine Zusammenarbeit vorausgesetzt hat und die Änderung des Begriffes nichts Neues einführt. Aber es geht nicht darum. Das Anliegen versucht klarzustellen, dass wir alle für das Wohlergehen der Menschen in der Welt verantwortlich sind, auch wenn wir uns natürlich bewusst sind, dass wir eine wesentliche Änderung der Weltlage bzw. der Armut in der Welt natürlich nicht erreichen können. Die rasche Zunahme in der Bevölkerung überall in der Welt, die Abnahme des Siedlungsraumes, die Abholzung der Wälder durch neue Siedlungen, auch durch ökonomische Ausbeutung, haben zu einer Veränderung des Klimas geführt, das wiederum, für sich genommen, langfristig ein ungeheures Problem darstellen wird und viele Projekte der Entwicklung, auch unsere Entwicklungszusammenarbeit, indirekt wiederum fragwürdig macht. Das Land Südtirol bzw. auch die Regionalregierung haben seit Jahren versucht, in bescheidener Form Entwicklungsprojekte zu fördern. Ich darf darauf verweisen, dass die Regionalregierung - ich weiß da ziemlich genau Bescheid, nachdem ich ja verantwortlich dafür war - in den Jahren '94 bis '98 zeitweise einen Prozentsatz von 1,33 ihres Haushaltes - das waren damals 500 Milliarden Lire - bereitgestellt hat. Zeitweise waren es 8,4 Milliarden Lire, dann zumindest 5, 6 und 7 Milliarden Lire. Dieser Prozentsatz hat, bezogen auf den Haushalt - das ist nicht das Volkseinkommen generell - einen Prozentsatz dargestellt, der nirgendwo in Europa erreicht worden ist. Zusätzlich hat das Land Südtirol die Entwicklungszusammenarbeit seit vielen Jahren finanziell gefördert. Es wurde natürlich ein wesentlich geringerer Prozentsatz bereitgestellt, weil auch die Aufgaben des Landes sehr vielfältig sind. Dieser Gesetzentwurf würde heute ganz allgemein zur Folge haben, dass die Bereitstellung der Mittel des Landes mindestens um 5 bis 6 Mal so hoch aufgestockt werden müssten. Wir wissen natürlich, dass das in der jetzigen Haushaltsplanung nicht vorgesehen ist und darum auch nicht erfolgen wird.

Ich möchte aber auf einige grundsätzliche Probleme dieses Anliegens, wenn man einige Erfahrungen in der Durchführung von Projekten hat, vortragen. Entwicklungszusammenarbeit drückt natürlich eine grundlegende Solidarität aus. Man weiß aber, dass staatliche Entwicklungshilfen, das heißt bilaterale oder auch Entwicklungshilfen der EU an die Staaten, in der Regel nicht etwa an humanitäre Organisationen oder an gemeinnützige Vereinigungen gehen, sondern von Staat zu Staat ausgeübt werden. Von Seiten der EU wird das in den AKP-Staaten, das heißt in den Staaten Af-

rikas, Asiens und der Karibik, zu einem geringen Teil auch mit demokratischen Auflagen verbunden, das heißt mit der Verpflichtung, zumindest einige demokratische Gepflogenheiten zu stärken. Das ist in den Abkommen von Lomé - das liegt in Kamerun, wo bereits vier Abkommen entstanden und unterzeichnet worden sind - zu einem bescheidenen Teil auch erreicht worden. Allerdings wissen wir aus Erfahrung - man braucht dazu nur einschlägige Berichte in den Zeitungen zu lesen -, dass Empfängerstaaten zu einem nicht unerheblichen Teil die Tendenz der Korruption aufweisen. Ich habe mich besonders mit den Angelegenheiten in Brasilien aufgrund näherer Kenntnis dieses Landes beschäftigt und Berichte gelesen, wo ganz deutlich zu Tage tritt, dass in öffentlichen Institutionen, wenn auch nicht in allen, aber in der Grundtendenz ein hohes Maß an Korruption, an Verschleuderung, an Unterschlagung von Geldern stattfindet, wenn diese Entwicklungshilfemittel von Staat zu Staat gehen. Es ist nun einmal nicht zu leugnen, dass ein nicht unerheblicher Teil der Unterentwicklung in nicht wenigen, wenn auch nicht in allen Ländern, dem Umstand der kulturellen Gepflogenheiten "zu verdanken" ist, das heißt einer Tendenz zu einer nicht effizienten Verwaltung und zu Korruption. Das betrifft aber nicht Südamerika allein, wo ich einige Erfahrungen habe, sondern andere Staaten in noch viel höherem Maße. Natürlich darf das nicht generalisiert werden. Ich kenne auch herausragende andere und gegenteilige Beispiele. Aber die Grundtendenz ist, dass staatliche Hilfen von Staat zu Staat, bilateral oder von der EU an bestimmte Staaten, bei weitem nicht in dem Maße Früchte tragen, in dem es an sich erwünscht wäre. Korruption, Unterschlagung, administrative Ineffizienz sind Gegebenheiten, die nicht übersehen werden können. Gerade noch so große Idealisten sind aufgefordert, sich die Verhältnisse vor Ort anzuschauen. Das werden sie allerdings nur tun können, wenn sie die betreffenden Landessprachen zumindest einigermaßen verstehen, weil sie sonst bei weitem nicht alles übersetzt bekommen, was sie wissen möchten.

Es gibt afrikanische Staaten, die gleichzeitig Krieg gegen andere Staaten führen - das gilt zum Teil auch für erhebliche Unruhen in asiatischen Staaten -, es gibt ein Land wie Birma, das sich mit seiner Militärregierung nach außen grausam abschottet. Aber nicht das allein, es ist auch eine kulturelle Tendenz in verschiedenen Bevölkerungen festzustellen, die die Effizienz von Entwicklungshilfe oft bei Leibe sehr fragwürdig machen. Wenn das Land Südtirol - darum geht es hier - und auch die Region Trentino-Südtirol Entwicklungshilfe leisten, so versuchen sie - so gut es geht - Partner zu finden, die im Prinzip verlässlich sind, und das ist an sich auch gelungen. Aber man darf sich keiner Täuschung hingeben. Wenn es in jenen Ländern nicht zuletzt auch europäische Partner gibt, zum Beispiel gerade über Missionsstationen, die für den effizienten Einsatz der Mittel sorgen, dann ist eine langfristige Entwicklung von Projekten bei weitem nicht länger gegeben. Natürlich wird man einwenden können, dass auch in unserem Lande nicht alles so genau geht. Auch dort kommt es oft zu Fehlplanungen und zu überhöhten Geldausgaben, obwohl wir zu Recht insgesamt als ein effizientes Land gelten. Wenn hier von einigen Kollegen, die sich des Anliegens

sehr annehmen, eingewendet worden ist, dass es sinnvoller wäre, Hilfe im Ausland zu leisten, statt Zuwanderung hier zu finanzieren, so muss ich einen Gedanken in den Raum stellen. Wir müssen wissen, dass die Zuwanderung aus Asien und Afrika - das ist im Wesentlichen eine moslemische Zuwanderung mit all den erheblichen weltanschaulichen, politischen, kulturellen Folgen, die für unser Land längst schon Wirklichkeit geworden sind und noch viel mehr drängend sein werden - nicht durch noch so viel Hilfe im Ausland gestoppt werden kann. Nicht nur das Land Südtirol wäre völlig überfordert, sondern eine Unzahl von ganzen Haushalten unseres Landes oder von westlichen Staaten würden nichts nützen, um die Armut in der Welt in den Griff zu bekommen, weil nicht zuletzt gerade die Staaten selbst für Unterentwicklung verantwortlich sind. Das gilt nicht nur für diktatorisch regierte Staaten - dort in besonderem Maße -, sondern auch für demokratisch regierte Staaten. Es ist die Mentalität, die kulturelle Verfassung der Bevölkerung von vielen Ländern, wenn auch unterschiedlich nach Regionen und Zonen der Länder, die die Hauptursache für Unterentwicklung ist. Wie sonst könnte man sich erklären, dass Brasilien, Argentinien - hingegen nicht etwa Chile - oder viele andere Länder in Südamerika, ganz zu schweigen von Bolivien, Kolumbien, Venezuela oder die Staaten der Karibik, rettungslos unterentwickelt sind und einen großen Armutspegel aufweisen, die Staaten Nordamerikas und Kanada hingegen nicht im Mindesten! Sie sind von einer anderen Bevölkerung besiedelt worden und das hat sich bis heute bis in die letzten Verästelungen der Gesellschaft und der Verwaltung hinein niedergeschlagen.

Ich spreche hier aus einiger Erfahrung, was Südamerika betrifft. Wir dürfen uns nicht die Illusion machen, dass die finanzielle Hilfe, auch wenn sie Voraussetzung für eine Entwicklung ist, von sich aus bereits Entwicklung erzeugen würde. Das ungeheuer schwierige, in der Praxis oft völlig Unmögliche - nicht immer - ist, die Änderung der Einstellung selbst, das Bewusstsein der Verantwortung, das Bewusstsein der Notwendigkeit des eigenen Engagements zu erzeugen. Natürlich kenne ich viele gelungene Entwicklungsprojekte, bei denen das gegeben ist, wo die einheimische Bevölkerung bereit und willens war mitzumachen und Verantwortung an den Tag zu legen, das heißt die eigene Lethargie abzulegen. Aber das ist in jedem Einzelfall ein ungeheuer schwieriges Unterfangen. Machen wir uns keine Illusionen: Mit Hilfe, die wir ins Ausland geben, wird kein einziger Zuwanderer weniger zu uns kommen, weil die Hilfsmöglichkeiten von uns, aber auch jene der entwickelten Staaten Europas insgesamt im Verhältnis gegenüber den Erfordernissen der Armut in der Welt hoffnungslos unterlegen sind.

Es ist von einigen Kolleginnen und Kollegen hier zu Recht das Thema der Zuwanderung - ich meine hier als speziellen und im Prinzip einzigen und ausschließlichen Problemfall die islamische Zuwanderung - in unserem Lande bereits sehr kritisch angesprochen worden. Nachdem dies nicht Gegenstand des Gesetzentwurfes an sich ist, will ich mich darüber nicht verbreiten. Ich sehe nur, dass in unserem Lande in der gesamten Gesellschaft - einschließlich der Politik natürlich, aber diese ist ja nur ein

Teil der Gesellschaft - keine wirkliche Bereitschaft besteht, sich dieser Zuwanderungsfrage auch unter weltanschaulichen Gesichtspunkten zu stellen.

Weil das Land Südtirol also aufgrund seiner gegenwärtigen Ausrichtung für den Landeshaushalt nicht bereit sein kann, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, schließe ich mich im Rahmen der Behandlung dieses Gesetzentwurfes den Kollegen der SVP an, hebe aber noch hervor, dass das Anliegen an sich sehr wohl diskussions- und förderungswürdig wäre, dass aber die Gegebenheiten in vielen Ländern, die als unterentwickelt und arm gelten können, Zustände aufweisen, die nicht von uns verschuldet sind. Es ist völlig verfehlt, in gewissem Sinne auch ein Märchen, das längst nicht mehr gerechtfertigt ist, immer auf die Kolonialzeit zu verweisen, zu vergessen, dass die meisten Kriege in jenen Ländern nach der Kolonialzeit und nicht etwa während der Kolonialzeit geführt worden sind, die einen Frieden zumindest nach außen dargestellt und auch Entwicklung vorgebracht hat. Sieht man heute, wie Südafrika, nachdem es endlich zu einer Demokratie geworden ist, nach einer kurzen guten Zeit unter Mandela - jetzt unter dem Nachfolger -, in eine rettungslose kriminelle Gesellschaft zurückgefallen ist, wo kein einziges Problem - auch kein demokratisches - gelöst worden ist, dann kann man nur mit größter Sorge nicht nur auf Südafrika blicken, sondern überhaupt auf die Entwicklungsfähigkeit mancher Länder schlechthin. Damit ist kein generelles Pauschalurteil gesprochen, aber es sind Hinweise, die auf Erfahrungen und objektiven Berichten beruhen.

Die Frage der Mitverantwortung in der Welt hat das Land immer wahrgenommen, im Verhältnis zu anderen durchaus auch beispielhaft. Die Südtiroler Bevölkerung - und auch im Trentino ist es nicht anders - trägt dieses Anliegen mit. Ich verweise lediglich darauf, dass mit dem Rückgang der Anzahl der Missionare die verlässlichen Ansprechpartner immer weniger werden und es dann nicht mehr so einfach sein wird, Projekte mit Erfolg auf der Grundlage eines berechtigten Vertrauens durchzuführen. Danke!

DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Die Südtiroler Landesregierung wird diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Ich bin mit Kollegen Pahl und den anderen Vorrednern voll und ganz einverstanden, wenn Sie sagen, dass wir jenen gegenüber Solidarität zeigen müssen, die unsere Hilfe benötigen, unabhängig davon, wo sie leben, welcher Religion sie angehören und welche Sprache sie sprechen. Nachdem es uns relativ gut geht, sollten wir auch Verständnis haben für jene Länder, die sich in ihrer Entwicklung bzw. im Aufbau befinden und somit Hilfe benötigen. Damit bin ich voll und ganz einverstanden. Ich glaube, dass alle hier Anwesenden eine entsprechende moralische Verpflichtung dafür haben. Die EU vollbringt in diesem Zusammenhang Beachtliches. Meiner Meinung nach wird aber viel zu viel Geld für die Verwaltung ausgegeben. Wenn man heute EU-Entwicklungskonzepte besucht, sieht man, dass überall weiß Gott wie viele - noch dazu schöne - Autos herumfahren und riesige Verwaltungsappa-

rate aufgezogen worden sind. Wie gesagt, es wird viel zu viel Geld für die Verwaltung ausgegeben. Das gilt sowohl für die EU als auch für den Staat. Der Staat gibt ebenfalls Geldmittel aus. Die internationalen Richtlinien legen den Anteil des Haushaltes fest, welcher für Entwicklungskonzepte bereitgestellt werden sollte. Folglich sind in diesem Zusammenhang vor allem die Staaten und nicht so sehr die einzelnen Gemeinden, Provinzen und Regionen gefordert. Die einzelnen Staaten geben sehr wohl Geldmittel aus. Ich muss feststellen, dass Italien in letzter Zeit zu delegieren versucht. Das bedeutet, dass die Büros der einzelnen Regionen bzw. überregionale Einrichtungen beauftragt werden, Staatsmittel miteinzubauen und umzusetzen. Das ist eine gute Entscheidung, weil auf diese Art und Weise Gelder eingespart sowie die Projekte besser koordiniert werden können. Wir werden alle Jahre ersucht, entsprechende Konzepte vorzulegen. Wir erhalten zu den Geldmitteln, die wir heute bereits im Haushalt vorgesehen haben, Gelder zum Teil von Seiten der EU und zum Teil von Seiten des Staates. Wir versuchen auf diese Art und Weise mitzuhelfen, dass die Mittel besser und koordinierter eingesetzt werden können. Selbstverständlich ist auch die Bevölkerung aufgerufen, sich in dieser Hinsicht zu engagieren. Ich glaube schon, dass jede/r Bürger/in, ganz gleich, welcher sozialen Gruppe er/sie angehört, im Rahmen der Möglichkeit Verständnis für die bedürftigen Menschen, egal, ob diese dann in Afrika, Amerika oder Asien leben, haben sollte. Ich muss sagen: Hut ab vor unserer Bevölkerung, denn sie hat sehr wohl Verständnis! Wir brauchen nur zu schauen, wie viele Geldmittel zum Beispiel für die Tsunami-Katastrophe gesammelt worden sind. Ich bin der Meinung, dass hier beachtliche Geldmittel zur Verfügung gestellt wurden. Wir sehen, wie viele Aktionen über die Caritas und über die einzelnen Organisationen gestartet werden, um Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Es ist die Aufgabe der Gemeinden und besonders auch jene des Landes, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen. Wir waren eine der ersten Provinzen - noch vor dem Trentino -, die ein diesbezügliches Gesetz verabschiedet hat. Das Trentino hat ein solches - wenn ich mich nicht irre - im Jahre 1994 verabschiedet. Wir haben bereits im Jahr 1991 ein diesbezügliches Gesetz verabschiedet. Laut diesem Gesetz werden im Haushalt alle Jahre entsprechende Geldmittel im Rahmen der Möglichkeiten zusätzlich zu dem, was der Staat gewährt, bereitgestellt. Wir haben mit circa 1 Million Euro begonnen und stellen heute gut zwei Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich bekommen wir noch von der Region 2 Millionen Euro, sodass das Land Südtirol über insgesamt 4 Millionen Euro verfügen kann. Wir geben einen Teil von diesem Geld aus, um unsere Bevölkerung für das Leben in der Dritten Welt zu sensibilisieren und führen verschiedene Aufklärungsmaßnahmen durch. Ich glaube schon, dass das Land Südtirol in diesem Sektor beachtliche Leistungen erbringt. Wenn wir uns mit anderen Regionen Italiens vergleichen, so muss ich feststellen, dass wir teilweise mit einem Drittel oder einem Viertel der Bevölkerung dreimal soviel in diesem Bereich ausgeben als andere Regionen. Man kann dem entgegen, dass sie nicht die Zuständigkeiten dafür haben, aber sie haben sehr wohl die Zuständigkeit für diesen Bereich. Man kann auch sagen, dass sie nicht die nötigen

Geldmittel dafür hätten, aber auch die Geldmittel, wenn sie wollten, wären vorhanden. Wir haben in diesem Zusammenhang wirklich gezeigt, dass wir sensibel sind. Wir versuchen, möglichst wenig Geld für die Verwaltung bzw. Bürokratie auszugeben. Sie wissen, dass wir hauptsächlich über Organisationen arbeiten. Wir brauchen eine Organisation am Bestimmungsort und eine am Standort, das heißt also eine im jeweiligen Entwicklungsland und eine bei uns. Wir möchten, dass uns die Einrichtungen, Verbände und Organisationen die Garantie geben, dass sie - wenn möglich - arbeiten und die Geldmittel unkompliziert an Ort und Stelle wiederum über ehrenamtliche Organisationen oder über entsprechende Einrichtungen richtig einsetzen. Ich glaube, dass wir diesbezüglich sehr positive Erfahrungen gemacht haben. Ich tätige jährlich eine Fahrt in diese Gebiete, da wir sechs Prozent der von uns finanziell unterstützten Projekte überprüfen müssen. Ich konnte feststellen, dass wir mit unseren bereitgestellten Geldmitteln sehr viel erreichen. Wir finanzieren alle Jahre zwischen 45 und 50 Projekte. Natürlich sind das Projekte, die zwischen Region und Land mit 30.000, 50.000 oder 100.000 Euro, je nach Güte des Projektes, finanziert werden. Wir legen Wert darauf, dass in dieser Kommission Techniker und Pragmatiker vertreten sind, das heißt also Leute, die eine große Erfahrung bei der Überprüfung und der Auswahl der einzelnen Projekte haben. Es entscheiden also nicht die Politiker, die vielleicht den einen Missionar oder die andere Gruppe besser kennen, sondern die Projekte werden von einer technischen Kommission, von Experten, die in der Entwicklungshilfe gearbeitet haben, ausgewählt und überprüft. Ich glaube schon, dass man versucht, unkompliziert, schnell und vor allem unbürokratisch zu arbeiten. Wir könnten nun beschließen, mehr Geld bereitzustellen. Wenn wir allerdings die vorhandenen Geldmittel gezielt einsetzen und mit diesen 4 Millionen Euro die richtigen Projekte fördern, dann können wir wirklich viel bewegen. Deswegen bin ich nicht dafür, dass wir jetzt einen gewissen Prozentsatz des Haushaltes für die Entwicklungshilfe festlegen. Auch in Trient - wo dies so gemacht wurde - will man diesbezüglich in nächster Zeit - so ist mir jedenfalls berichtet worden - eine Änderung vornehmen. Einen gewissen Prozentsatz des Haushaltes für diese Hilfe festzulegen, ist auch nicht verständlich. Wenn wir neue Zuständigkeiten im Bereich der Schule übernehmen, müssten wir wieder mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit gewähren. Wenn wir die Zuständigkeit für die Straßen übernehmen und deswegen einen höheren Haushalt haben, müssten wir wieder mehr Geldmittel für die Entwicklungszusammenarbeit geben. Diese Dinge haben nichts miteinander zu tun! Wir sollten alljährlich entscheiden, wie viele Geldmittel wir bereitstellen können, um den betreffenden Gebieten zu helfen. Ich bin davon überzeugt, dass unser Gesetz sicher ein sehr modernes zeitgemäßes Gesetz ist, das uns eine schlanke Verwaltung garantiert und das uns vor allem garantiert, dass die Geldmittel richtig eingesetzt werden. Deswegen möchte ich bei dieser Gelegenheit den Organisationen und vor allem auch der Bevölkerung für die zusätzlich bereitgestellten Geldmittel danken! In speziellen Fällen, wie beim "Tsunami", haben wir noch zusätzliche 750.000 Euro, im Fall "Kosovo" über 600.000 Euro aus dem Reservefonds bereitgestellt. Erst kürzlich

haben wir auch im Fall "Birma" einen Geldbetrag für die Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt, so auch für die verschiedenen Gebiete Afrikas, in denen es Unwetter usw. gegeben hat. Wir können insgesamt sagen, dass das Land Südtirol allein seit Bestehen dieses Gesetzes circa 30 Millionen Euro für die Entwicklungshilfe ausgegeben hat. Das ist ein schöner Betrag!

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Herr Präsident! Es tut mir Leid, dass Sie, Kollege Dello Sbarba, am Podium als Präsident des Landtages festgeschraubt sind und nicht als Einbringer dieses Gesetzentwurfes die Argumente vorbringen können, die darauf abzielen, diesen Gesetzentwurf zu verteidigen. Es tut mir außerordentlich Leid, denn hier hat eine interessante und lebhafte Debatte stattgefunden. Die Argumente sind relativ klar und deutlich gewesen. Es gibt immer mehr grundsätzliche Argumente, die ins Feld geführt werden, die sich zu Fragen der Entwicklungsarbeit positionieren. Zum einen wird gesagt, dass die Entwicklungszusammenarbeit insofern wichtig sei, weil sie dazu diene, Kollege Leitner, im Lande vor Ort entsprechend zu helfen und dadurch die Migration auch ein Stück weit zu unterbinden. Wir sollten vor Ort helfen, damit sozusagen die Entwicklungsarbeit nicht in Südtirol nachgeholt werden muss. Das ist ein gängiges Argument, das wir zur Kenntnis nehmen.

Kollege Pahl hat in seinen Ausführungen seine internationale Erfahrung und seine langjährige Form der Zusammenarbeit in den verschiedenen institutionellen Gremien sehr deutlich gemacht. Er hat darauf verwiesen, dass es vor allem darum geht, die Korruption im Austausch zu unterbinden und darauf zu achten, dass die Ressourcen, die überwiesen werden, nicht in irgendwelchen dunklen und korrupten Kanälen versickern. Er hat damit sicherlich nicht Unrecht. Es geht wirklich entschieden darum, diese Form der Kosten- bzw. Überweisungskontrolle durchzuführen. Das ist richtig und ist durchaus auch eine wesentliche Position. Er hat auch auf die unterschiedlichen Großregionen Südamerikas hingewiesen, wo er unmittelbare Erfahrungen gemacht hat. Diese Position ist zwar realistisch, aber auch ein Stück zu negativ. Wir denken schon, dass es inzwischen Kanäle und Möglichkeiten gibt, um solche Missbräuche auszuschalten. Bemerkenswert habe ich auch die Position des Kollegen Sigismondi gefunden, der einen positiven Sprung im Denken festgehalten hat. Es ginge darum, die Entwicklungsarbeit neu zu überdenken, sozusagen kein von Staat zu Staat sich vollziehendes, obrigkeitliches Modell der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern, sondern vor allem auf der Ebene der Lokalkörperschaften, der direkt Betroffenen, der direkten Verantwortung zu handeln, weil dort die besten Resultate erzielt würden. Zum anderen wird die Kooperation dadurch - Kollege Sigismondi hat es deutlich gemacht - wechselseitig. Damit entsteht auch zwischen den Empfängern und den Gebern eine langfristige Bindung, die Vertrauen stiftet, Wissenstransfers ermöglicht und im besten Sinne Nachhaltigkeit herbeiführt. Das ist seit Beginn der 90er Jahre ein zunehmend wichtiges Entwicklungsmodell, welches du zu Recht als kulturel-

len Sprung bzw. als "salto culturale" bezeichnet hast. Das ist ein wesentlicher Punkt. So oft wir mit Alleanza Nazionale unterschiedlicher Meinung sind, in diesem Punkt sehen wir durchaus eine gemeinsame Argumentationsoberfläche, die wir teilen können.

Die Bemühungen des Landes Südtirol, vom Herrn Landeshauptmann eingehend gewürdigt, sind natürlich anerkennenswert. Es wird, Herr Landeshauptmann, niemand sagen, dass in Südtirol keine Bereitschaft herrscht, Entwicklungszusammenarbeit sowohl auf der Ebene der Zivilgesellschaft als auch auf der Ebene der Vereine, der Verbände und der Einzelpersonen zu pflegen. Denken wir nur daran, wie engagiert viele Personen arbeiten. Denken wir an Röggl, der in der Burma-Hilfe wirklich neue Dimensionen geschaffen hat, oder an die Ärztin Monika Hauser, ganz zu schweigen von all den anderen. Hier entsteht auf der Ebene der Zivilgesellschaft eine neue Solidarität. Wir müssen auch die Bemühungen der Institution "Haus für Solidarität" in Brixen sehr anerkennen. Damit wurde ein Netzwerk gebildet, welches sehr entschieden und effizient hilft sowie vor allem für seine Ziele und für ein anderes Verständnis wirbt. Natürlich hat die katholische Kirche in ihren verschiedenen Organisationen eine langjährige und bewährte Tradition, die auch von mir, der ich einer durchaus laizistischen Denkrichtung angehöre, sehr anerkannt wird. Hier gibt es ein Netzwerk der Unterstützung. Auch das, was das Land in diesem Zusammenhang tut, ist nennenswert. Der Landeshauptmann hat darauf hingewiesen, dass diese Formen der Zusammenarbeit automatisch gesteigert wurden. Das ist durchaus anzuerkennen. Wir erkennen auch den persönlichen Einsatz des Landeshauptmannes an, dem es wirklich in dieser Hinsicht nicht nur darum geht, sich als großer Geldgeber zu präsentieren, sondern davon überzeugt ist, dass hier Hilfe nötig ist. Der Landeshauptmann macht sich auch die Mühe, diese Projekte selber zu überprüfen. All das ist respektabel und anerkennenswert.

Es ist davor gesagt worden, dass diese Mittelsteigerung - das ist der Hauptpunkt - Probleme aufweisen würde. Es geht um eine Anhebung auf 0,25 Prozent, also auf ein Drittel der Millenniumsziele. Diese Steigerung sei - so wird behauptet - zum einen eine Gefahr, weil die Mittel versickern und in unbetreute Kanäle versacken könnten. Das andere Argument war, dass der Landeshaushalt dadurch ein Stück weit zu sehr gefordert werden könnte, vor allem dann, wenn wir neue Zuständigkeiten erhalten. Wir glauben, dass beide Argumente Schutzbehauptungen sind. Wir glauben sehr wohl, dass die Kontrolle der verwendeten Entwicklungsmittel stattfinden kann. Es gibt genügend Gewährsleute, Organisationen und Einzelpersonen, die Garantinnen und Garanten für eine adäquate Verwendung der Mittel sind. Wir sprechen hier nicht von 100 Millionen Euro, wir sprechen auch nicht von Dutzenden Millionen Euro, sondern wir sprechen nur von einer Verdrei- bzw. Vervierfachung von den bisher 2 Millionen Euro, die das Land zur Verfügung gestellt hat. In diesem Gesetzentwurf geht es um Beträge in einer Größenordnung von 8 bis 10 Millionen Euro, zu deren Aufstockung wir auf dieses Quantum hinzielen. Es geht hier wirklich nicht um einen enormen

Quantensprung, sondern um eine Vermehrfachung auf einer relativ überschaubaren Basis. Unser Land Südtirol hat in diesem Zusammenhang eine Verantwortung in erheblichem Ausmaß. Ich darf nur daran erinnern - das ist vielleicht ein volkstumspolitisches Argument, welches auch ein Grüner gebrauchen darf -, wie problemlos bzw. fraglos das Land Südtirol Entwicklungshilfen entgegengenommen hat. Es ist erst vor wenigen Wochen veröffentlicht worden, wie, Kollegin Klotz, unser Vaterland Österreich in vielen Jahrzehnten mehrere Hundert Millionen Euro nach Südtirol geschleust hat. Damals waren wir, unser Land Südtirol - ich und auch die älteren unter uns werden sich noch gut daran erinnern - noch bis Anfang der 70er Jahre in vieler Hinsicht ein Armenhaus Europas, in dem diese Mittel nicht abgelehnt wurden. Diese Mittel waren durchaus erheblichen Ausmaßes. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet, Herr Landeshauptmann. Wir haben durchaus eine Verantwortung, die Sie sicher auch einsehen, aber wir sollten diese Verantwortung sehr deutlich sehen und auch daran denken, dass wir diese bescheidene Mittelaufstockung durchführen. Es geht nicht um Mega-Beträge, es geht nicht um einen "finanziellen Tsunami", einen "Tsunami der Mittelaufstockung", sondern um eine schlichte und einfache Zunahme in der Höhe von 0,25 Prozent des Landeshaushaltes. Darauf zielt dieser Gesetzentwurf ab, den Kollege Dello Sbarba eingebracht hat. Vor allem seine Kenntnis der Verhältnisse in Afrika haben ihn entschieden dazu bewogen, in diese Richtung tätig zu werden.

Kurzum, wir haben verstanden, Herr Landeshauptmann, dass dieser Gesetzentwurf in der vorliegenden Form offenbar nicht angenommen werden soll. Wir verwiesen darauf, dass wir damit an den Trentiner Standard anschließen würden, der vielleicht korrekturbedürftig wäre, aber wir glauben, dass diese zusätzliche Mittelaufstockung für uns zu verkraften wäre. Wir debattieren sehr viel weniger über die Verwendung anderer Mittel im Landeshaushalt. Von den 5 Milliarden Euro, die wir jedes Jahr verplanen, fließen sehr viele Millionen Euro in dunkle Kanäle. Erst gestern haben wir über das Thema Meraner Thermen debattiert. Dort besteht offensichtlich kein annähernd so großer Rechtfertigungsbedarf für die Verwendung von Dutzenden Millionen Euro, während es hier wirklich darum geht, diesen sicher respektablen, aber den Herausforderungen der neuen Welt nicht angemessenen Beitrag aufzustocken. Die Verhältnisse in der neuen Welt haben sich in den letzten Monaten, in den letzten Jahren - Sie wissen es wahrscheinlich besser als ich - durch die Erhöhung der Rohstoffpreise und vor allem durch die Erhöhung der Erdölpreise bzw. Energiepreise drastisch verschlechtert. Es ist wirklich so, dass sich in den nächsten Jahren ein enormes menschliches Drama abspielen wird. Wir Südtirolerinnen und Südtiroler, gleich welcher Sprachgruppe, haben die Verantwortung, wesentlich dazu beizutragen, dieses menschliche Drama ein Stück weit zu lindern, nicht aus Mitleid, nicht aus falscher und billiger Solidarität, sondern einfach aus dem Bewusstsein heraus, dass wir alle Teil dieses Planeten sind und unsere Verantwortung in diesem Zusammenhang wahrnehmen möchten. Deswegen appelliere ich - nicht als Einbringer, nicht als Mitunterzeichner dieses Gesetzentwurfes - nochmals, diesen Gesetzentwurf anzunehmen! Er besteht

aus einem überschaubaren Artikel. Ich weiß, dass auch viele Landtagsabgeordnete der Mehrheit unsere Beweggründe teilen können, Beweggründe, die wir alle hinlänglich dargelegt haben.

PRESIDENTE: Se non ci sono richieste per la dichiarazione di voto passiamo alla votazione segreta. Prego distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: 26 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 16 voti contrari e 3 astensioni. Il disegno di legge provinciale n. 111/06 è respinto.

Punto 31) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 370/06 del 19.5.2006, presentata dal consigliere Minniti e dall'ex consigliere Holzmann, riguardante l'accertamento della rappresentatività sindacale.**"

Punkt 31 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 370/06 vom 19.5.2006, eingebracht vom Abgeordneten Minniti sowie vom ehemaligen Abgeordneten Holzmann, betreffend die Überprüfung der Repräsentativität der Gewerkschaften.**"

In data 2 maggio 2006 i Capigruppo in Consiglio provinciale hanno ricevuto una lettera dal Sindacato SGBCISL con la quale si chiede, sostanzialmente, di inserire all'ordine del giorno del Consiglio provinciale la discussione tendente a rinnovare la procedura di accertamento della maggiore rappresentatività della confederazione ASGB previa determinazione, al fine di assicurare la trasparenza dell'attività amministrativa e di favorirne lo svolgimento imparziale, di criteri oggettivi che si basino su dati ufficiali di determinazione della maggiore rappresentatività.

La materia è stata di nostro interesse più volte, avendo presentato alcune interrogazioni sull'argomento con le quali si promuove il medesimo intento. Non possiamo quindi che condividere lo spirito dell'invito del Sindacato SGBCISL.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna

la Giunta provinciale

a procedere nella direzione richiesta dal sindacato affinché si faccia piena luce in proposito e si favorisca la trasparenza dei ruoli di ogni organizzazione sindacale.

Am 2. Mai 2006 haben die Fraktionssprecher des Südtiroler Landtages ein Schreiben der Gewerkschaft SGBCISL erhalten, mit dem beantragt wird, der Landtag möge das Verfahren zur Feststellung der Repräsentativität der Gewerkschaftsbünde erneuern und überprüfen,

ob der ASGB die repräsentativste Gewerkschaft ist, und zuvor objektive Kriterien zur Messung der Repräsentativität festlegen, die sich auf offizielle Daten stützen, um die Transparenz und Unabhängigkeit der Verwaltungstätigkeit zu garantieren.

Wir haben uns schon öfters mit diesem Thema befasst und einige Anfragen eingebracht, die dasselbe Ziel verfolgen, weshalb wir die Forderung der Gewerkschaft SGBCISL unterstützen.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

die von der Gewerkschaft geforderten Schritte zu ergreifen, damit die Angelegenheit geklärt und die Transparenz hinsichtlich der Rolle der einzelnen Gewerkschaften hergestellt wird.

Leggo l'emendamento sostitutivo, presentato dai consiglieri Minniti e Sigmundi:

In data 2 maggio 2006 i capigruppo in Consiglio provinciale hanno ricevuto una lettera dal sindacato SGBCISL con la quale si chiede, sostanzialmente, di inserire all'ordine del giorno del Consiglio provinciale la discussione tendente a rinnovare la procedura di accertamento della maggiore rappresentatività della confederazione ASGB previa determinazione, al fine di assicurare la trasparenza dell'attività amministrativa e di favorirne lo svolgimento imparziale, di criteri oggettivi che si basino su dati ufficiali di determinazione della maggiore rappresentatività.

La materia è stata di nostro interesse più volte, avendo presentato alcune interrogazioni sull'argomento con le quali si promuove il medesimo intento. Non possiamo quindi che condividere lo spirito dell'invito del sindacato SGBCISL.

In relazione a quanto disposto dall'articolo 9 del D.P.R. 58/78, norma di attuazione allo Statuto di autonomia in materia di rappresentatività sindacale dei lavoratori appartenenti esclusivamente alla minoranza linguistica tedesca e ladina, il Consiglio provinciale ha deliberato una volta sola il 14-7-1978 (deliberazione 4/235/78). Con quella deliberazione il Consiglio provinciale accolse l'unica domanda presentata e individuò nel sindacato ASGB quello rispondente al dettato normativo sopra citato.

La giurisprudenza, compresa quella costituzionale, ha più volte riconosciuto che la rappresentatività sia materia che debba essere soggetta a valutazione periodica. In ragione di questo principio si rende necessaria una nuova deliberazione.

La successione normativa nel corso degli anni intervenuta ha reso l'articolo 9 del D.P.R. 58/78 di fatto inapplicabile in ragione di due principi che al momento della deliberazione del 1978 non erano vigenti nel nostro ordinamento giuridico: l'iscrizione al sindacato è un dato sensibile ai sensi del codice della privacy (articolo 113 D.Lgs. 196/2003) e la dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico è segreta ad esclusione dei casi previsti dalla legge (D.Lgs. 99/2005).

Ciò premesso,

si impegna

il Presidente del Consiglio provinciale

a sollecitare la commissione paritetica di cui all'articolo 107 del D.P.R. 670/72 (Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige) a rivedere l'articolo 9 del D.P.R. 58/78 in relazione alle innovazioni legislative di cui alla premessa.

Am 2. Mai 2006 haben die Fraktionssprecher des Südtiroler Landtages ein Schreiben der Gewerkschaft SGBCISL erhalten, mit dem beantragt wird, der Landtag möge das Verfahren zur Feststellung der Repräsentativität der Gewerkschaftsbünde erneuern und überprüfen, ob der ASGB die repräsentativste Gewerkschaft ist, und zuvor objektive Kriterien zur Messung der Repräsentativität festlegen, die sich auf offizielle Daten stützen, um die Transparenz und Unabhängigkeit der Verwaltungstätigkeit zu garantieren.

Wir haben uns schon öfters mit diesem Thema befasst und einige Anfragen eingebracht, die dasselbe Ziel verfolgen, weshalb wir die Forderung der Gewerkschaft SGBCISL unterstützen.

Bezüglich der Bestimmungen gemäß Artikel 9 des D.P.R. 58/78, Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut betreffend die Gewerkschaftsvertretung der Arbeitnehmer, die ausschließlich der deutschen und der ladinischen Sprachminderheit angehören, hat der Südtiroler Landtag nur ein einziges Mal, und zwar am 14. Juli 1978 (Beschluss 4/235/78), einen Beschluss gefasst. Mit diesem Beschluss nahm der Landtag den einzigen eingebrachten Antrag an und stellte damit fest, dass die Gewerkschaft ASGB die den in obgenannter Bestimmung enthaltenen Kriterien entspricht.

Die Rechtssprechung, die verfassungsrechtliche inbegriffen, hat wiederholt bestätigt, dass die Repräsentativität in regelmäßigen Zeitabständen überprüft werden muss. Diesem Prinzip folgend, ist es nun eine neue Beschlussfassung notwendig.

Die im Laufe der Jahre genehmigten Bestimmungen haben den Artikel 9 des D.P.R. 58/78 in der Tat unanwendbar gemacht, da zum Zeitpunkt der Beschlussfassung im Jahre 1978 zwei mittlerweile geltende Rechtsprinzipien in unserer Rechtsordnung noch nicht enthalten waren: zum einen gehört die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu den sensiblen Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes (Artikel 113 des Gv.D. 196/2003) und zum anderen ist die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung mit Ausnahme der gesetzlich vorgesehenen Fälle (Gv.D. 99/2005) geheim.

Dies vorausgeschickt,

wird

DER LANDTAGSPRÄSIDENT

verpflichtet

die paritätische Kommission gemäß Artikel 107 des D.P.R. 670/72 (Sonderstatut für Trentino-Südtirol) aufzufordern, den Artikel 9 des D.P.R. 58/78 mit Bezug auf die obgenannten rechtlichen Neuerungen zu überarbeiten.

La parola al consigliere Minniti per l'illustrazione.

MINNITI (AN): Finalmente, con due anni di ritardo, il Consiglio provinciale si ritrova a dibattere questa importante mozione, non tanto perché viene proposta da Alleanza Nazionale quanto perché pone in discussione un problema al quale si deve comunque trovare una soluzione. Non è un problema politico o etnico, ma esclusivamente giuridico, di fronte al quale chiediamo che l'aula si ponga in maniera serena e valuti in maniera altrettanto serena ma anche seria quanto noi cercheremo di rappresentare attraverso questi pochi minuti che abbiamo a disposizione per poterlo fare.

Si è detto, nella presentazione di questa mozione, che l'articolo 9 della norma di attuazione del 1978 prevede che nella provincia di Bolzano alle associazioni sindacali costituite esclusivamente tra lavoratori dipendenti appartenenti a minoranze linguistiche tedesca e ladina venga in qualche maniera data una rappresentatività, che deve essere accertata dal Consiglio provinciale. Quella rappresentatività venne accertata dal Consiglio provinciale nel 1978 ma è chiaro che una volta accertata quella rappresentatività, essa non può rimanere per forza di cose unica, tanto è vero che lo stesso ufficio Affari legislativi e legali della Provincia in data 1.12.1998 sostiene, a firma di un funzionario che non cito ma comunque il dato è qui, *"che l'articolo 9 del D.P.R. n. 58/78 dovrà essere interpretato nel senso che l'accertamento della maggiore rappresentatività della confederazione sindacale da parte del Consiglio provinciale non ha carattere stabile o quanto meno perpetuo. Il Consiglio sarà invece tenuto ad effettuare un accertamento periodico della maggiore rappresentatività."* Questo è già un punto fermo di quanto prevede la normativa, un accertamento periodico, questo non per mettere in discussione la capacità rappresentativa di un sindacato quale la ASGB. Lungi da noi l'intenzione che si voglia eliminare un sindacato capace e competente come la ASGB. È nostra intenzione però mettere il legislatore nelle condizioni di poter procedere nel rispetto della normativa vigente, ma anche di poter paradossalmente arrivare ad una maggior tutela della rappresentatività del sindacato ASGB. Diciamo questo perché la norma prevede che per essere rappresentativo come sindacato etnico la ASGB debba avere esclusivamente iscritti di lingua tedesca e ladina. Questa esclusività sostanzialmente pone una condizione ben precisa alla ASGB che di fatto rischierebbe, se si andasse al Consiglio di Stato, di perdere questa rappresentatività nel momento stesso in cui venisse accertato che non ha più un'esclusività nella sua iscrizione fra lavoratori di lingua tedesca e di lingua ladina.

Un primo atto da fare sarebbe quello di rivedere la norma dello Statuto in base alla quale si chiede l'esclusività alla ASGB, cioè di avere fra i propri iscritti solo rappresentanti tedeschi e ladini. Però c'è un secondo aspetto che rafforza la nostra convinzione che è alla base della parte impegnativa della mozione, che riguarda la necessità e la potenzialità che il Consiglio provinciale proceda con l'accertamento della rappresentatività di questo sindacato. Vi è un'altra nota inviata, sempre dagli uffici provinciali, in data 9 luglio 2007 al garante per la protezione dei dati personali, e qui un

funzionario del Consiglio provinciale ammette che oggi come oggi non vi è la possibilità da parte del Consiglio provinciale di poter procedere con l'accertamento della rappresentatività perché " dal 1978 ad oggi e più precisamente nel 1981 sono intervenute delle nuove normative che prevedono la privacy e quindi l'impossibilità di andare ad accertare, uno chi sono gli iscritti ad un sindacato, due a quale gruppo linguistico possono appartenere questi iscritti al sindacato"

Il problema allora è che il Consiglio provinciale dalle sopraggiunte normative non è messo nelle condizioni di poter esercitare un proprio dovere che è previsto dallo stesso Consiglio di Stato e comunque dalla Corte Costituzionale, proprio quello di procedere con questo accertamento. Ma nel momento stesso in cui viene richiesto al Consiglio provinciale di procedere in questo senso, esso deve poterlo fare. È necessario allora che venga adeguata la norma circa il fatto della dichiarazione di appartenenza linguistica, ovvero devono essere creati tutti i presupposti affinché il Consiglio provinciale possa esercitare questo suo dovere.

Ecco perché questa nostra mozione non vuole essere contro alcun sindacato, non vuole essere assolutamente contro alcun lavoratore, vuole rafforzare invece la rappresentatività anche etnica, per quanto sia un termine che non mi piace, proprio dei sindacati, e sollecitare il presidente del Consiglio provinciale ad intervenire presso la Commissione paritetica, la Commissione dei Sei, affinché si studi una normativa capace di mettere il Consiglio provinciale nelle condizioni di esercitare questo suo diritto e magari anche di salvaguardare maggiormente la ASGB, togliendo dall'attuale norma quella esclusività che viene richiesta e che è principio fondamentale per la ASGB di essere rappresentativo di due gruppi linguistici.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Herr Präsident! Berichtigen Sie mich bitte, wenn ich etwas falsch verstanden haben sollte.

Aus diesen Unterlagen schließe ich, dass der Brief des SGB/CISL an den Landtag nur in italienischer Sprache ergangen ist. Könnten Sie dies bitte abklären? Wenn dies der Fall ist ...

PRESIDENTE: Das sind die Unterlagen, die wir erhalten haben.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Wenn das der Fall sein sollte, dann sagt das schon einiges aus, denn der Landtag besteht mehrheitlich aus Abgeordneten deutscher Muttersprache. Der Brief ist unterzeichnet von ...

MINNITI (AN): *(interrompe)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Solo in italiano ...

PRESIDENTE: Scusate! Forse posso chiarire la questione. La collega Klotz si riferisce all'ultima lettera con data 21 maggio 2008, che è redatta solo in lingua italiana, mentre la lettera precedente del 2006 era stata redatta dalla ASGB/CISL in tutte due le lingue.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Der Brief ist von Herrn Anton Hartung von Hartungen unterzeichnet. Insofern wundert es mich schon, dass man es nicht der Mühe wert findet, den Brief auch in deutscher Sprache zu übermitteln. Das zum einen.

Zum anderen, Kollege Minniti, bringen Sie in Ihrem Beschlussantrag einige Widersprüche. Sie sagen, dass, als der erste Beschluss im Jahre 1978 im Landtag gefasst wurde, einige Dinge anders geregelt waren und einige Bestimmungen noch nicht bestanden haben, dass zum einen beispielsweise die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu den sensiblen Daten gehört, und zum anderen, dass die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, mit Ausnahme der gesetzlich vorgesehenen Fälle, geheim ist. Genau dem trägt SGB/CISL aber nicht Rechnung, wenn er uns hier seinem Antrag als Beispiel eine Liste anfügt, nämlich die Wahl der Gewerkschaftsvertreter im Institut für soziale Fürsorge vom November 2007, aus welcher wir ableiten sollten, dass der SGB auch Mitglieder deutscher Muttersprache habe, so wie er auch anführt, dass der ASGB demnach auch italienische Vertreter, nämlich Frau Michela Bovolon und die Herren Massimo Dalpiaz und Arnaldo Luppi habe. Wenn diese Dokumente, wie Sie selber schreiben, geheim sind, dann hat auch eine solche Liste hier nichts zu suchen, nichts verloren!

Ich stelle Folgendes fest. Sie sagen zu Recht, dass es um das Verfahren zur Feststellung der Repräsentativität, um die Gewerkschaftsvertretung der Arbeitnehmer geht, die ausschließlich der deutschen und ladinischen Sprachminderheit angehören. Sie sagen auch, dass die Repräsentativität in regelmäßigen Zeitabständen überprüft werden sollte. Ich sage - und das sagte ich auch anlässlich des Gesprächs mit verschiedenen Vertretern der Gewerkschaften -, ausschlaggebend ist für mich das Selbstverständnis einer gewerkschaftlichen Organisation! SGB/CISL erklärt sich als gesamtstaatliche Gewerkschaftsorganisation mit einem Sitz, mit einem Zweig hier in Südtirol und versteht sich selbst, als Gewerkschaft, als gesamtstaatliche Organisation. Der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund erklärt sich und versteht sich selber ausschließlich als Vertreter der deutschen und ladinischen Arbeitnehmer. Das ist für mich rechtlich der große Unterschied. Deshalb ist für mich das Selbstverständnis dieser gewerkschaftlichen Organisation ausschlaggebend. Und selbstverständlich ist es für mich auch, dass wir, und ich besonders, die lokale, die südtirolbezogene Situation als besonders wichtig erachten. Diese sind in erster Linie schützenswert. Die gesamtstaatlichen Gewerkschaften haben auf dem gesamten Staatsgebiet sowieso ihren Einfluss und ihr Vertretungsrecht. Infolgedessen, solange Südtirol, leider Gottes, zu Italien ge-

hört, haben auch die gesamtstaatlichen Organisationen in Südtirol selbstverständlich ihr Vertretungsrecht, nicht aber der Allgemeine Südtiroler Gewerkschaftsbund, der sich ausschließlich auf die Südtiroler Gegebenheit, auf die Südtiroler Bedürfnisse bezieht. Infolgedessen werde ich zu diesem Beschlussantrag nein sagen und bleibe dabei, und zwar bei dem, was einmal im Autonomiestatut, mit dem eigenen Passus, mit der Interpretation auch auf staatlicher Ebene, in diesem Fall, festgestellt worden ist, nämlich mit der Interpretation, die wir alle kennen, und diese teile ich nach wie vor.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Grundsätzlich finde ich es problematisch, dass man genau in einer Zeit, in der die Arbeiterschaft große Probleme damit hat, wie sie finanziell über die Runden kommt, wie ihre Rechte vertreten werden, die einen gegen die anderen auszuspielen versucht. Das möge verstehen, wer es verstehen will! Dahinter steckt natürlich etwas ganz anderes. Das ist ein Generalangriff an den ASGB; das ist überhaupt keine Frage. Da braucht man sich nichts vorzumachen. Wer die Geschichte der Autonomie der letzten Jahrzehnte kennt, der weiß es einfach.

Der ASGB wurde für die Südtiroler Arbeiterschaft immer als Erfolgsgeschichte dargestellt. Es hat immer geheißen, dass Andreotti uns den ASGB zwar nicht geschenkt, aber dafür gesorgt habe, dass man eine ethnische Gewerkschaft erhalten hat. Ich bin auch der Meinung, dass die Repräsentativität sicherlich außer Frage steht. Wenn man jetzt anfängt zu zählen, dann könnte es problematisch werden. Einen Haken an der Angelegenheit sehe ich schon, das muss man der Ehrlichkeit halber sagen. In dem Moment, in dem auch italienische Kandidaten auf der Liste stehen, kann der Eindruck erweckt werden, dass man von der ethnischen Repräsentativität der Deutschen und Ladinern abgeht.

Ähnliches - das sage ich ganz bewusst - hat die SVP mit italienischen Kandidaten auf ihren Listen vorgemacht. Wenn man eine ethnische Partei ist und sich dann selber jemanden ins Nest holt, um es so zu sagen, dann ist man nicht mehr ganz glaubwürdig. Diese Frage muss sich auch der ASGB stellen. Wenn man sich allem öffnet und sagt, dass man ein Vertreter aller Sprachgruppen ist, dann ist dies eine Entscheidung, die man treffen kann. In der ganzen Angelegenheit sehe ich schon einen kleinen Haken, ich bin aber meilenweit davon entfernt, diesem Beschlussantrag zuzustimmen, weil ich weiß, wie wichtig es für die Südtiroler Arbeiterschaft ist, eine Interessensvertretung zu haben, die auch diesen Grundsätzen Rechnung trägt, wobei ich nicht sage, dass andere Gewerkschaften nicht auch die Interessen der Arbeiter vertreten können. Wenn sich viele Südtiroler deutscher und ladinischer Zunge bei anderen Gewerkschaften einschreiben, dann wird dies auch seine Gründe haben. Das ist alles mit offenen Augen anzuschauen; das ist überhaupt keine Frage. Da darf man sich hinter gar nichts verstecken.

Jetzt sind aber die Politiker am Zug. Der Landtag muss entscheiden, ob er ein Interesse hat, auch eine ethnische Gewerkschaft zu haben. Ich stehe dazu, das sage ich in aller Deutlichkeit. Ich bin selber Staatsangestellter gewesen und habe diese gan-

zen Diskussionen auch erlebt. Von 60 Angestellten waren vielleicht drei beim ASGB eingeschrieben, weil die staatlichen Gewerkschaften auch fraktioniert waren. Es hat die Konföderierten, die Autonomen - und diese waren noch einmal in viele Gruppen unterteilt - gegeben.

Ich komme zum Ausgangspunkt zurück. Wenn wir in der heutigen Zeit über diese Dinge reden, dann werden wir zum Teil möglicherweise an der Arbeiterschaft vorbeireden, weil diese ganz andere Sorgen hat. Die Arbeiter erwartet sich nämlich, dass alle Gewerkschaften, bei denen sie eingeschrieben sind, ihre Interessen vorantreiben und schauen, dass sie einen besseren Lohn, bessere Tarifverträge und dergleichen Dinge mehr erhalten. Ich sage zur ethnischen Gewerkschaft ASGB ja und zu diesem Beschlussantrag, der ein Angriff auf den ASGB ist, ganz klar nein.

BAUMGARTNER (SVP): Auf diese Geschichte, glaube ich, brauche ich nicht näher einzugehen, denn diejenigen, die hier in diesem Landtag sitzen, werden sie sicherlich kennen. Die Geschichte ist jene, wie es zur Durchführungsbestimmung gekommen ist. Ich möchte nur noch ein Wort dazu sagen. Im Jahre 1978 ist es darum gegangen, eine ethnische Südtiroler Gewerkschaft den anderen gesamtstaatlichen Gewerkschaften, nämlich dem AGB, SGB und SGK, die unter den italienischen Namen CGIL, CISL und UIL bekannt sind, gleichzustellen. Es ging damals und geht auch heute noch nach wie vor darum, dass eine deutschsprachige Gewerkschaft die gleichen Rechte wie die gesamtstaatlichen Gewerkschaften genießt. Dass es zu dieser Gleichstellung kommen konnte, war die Voraussetzung für den Erlass der Durchführungsbestimmung. Was heißt Gleichstellung? Gleichstellung bedeutet gleichwertiger Vertragspartner beim Abschluss von Kollektivverträgen zu sein, betriebliche Gewerkschaftsvertretungen errichten zu können usw.

Es geht also um die Gleichstellung einer ethnischen Gewerkschaft mit den gesamtstaatlichen Gewerkschaften. Im Statut des ASGB steht, dass der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund, ASGB genannt, eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute und auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende Vereinigung von ausschließlich der deutsch- und ladinischsprachigen Minderheit angehörenden Arbeitnehmern ist. Sowohl seinerzeit, nämlich im Jahre 1978, als der Landtag beschlossen hat, dass der ASGB die einzige Gewerkschaft ist, die diesem ethnischen Grundsatz Genüge tut, als auch heute, gibt es keine andere Gewerkschaft, die nicht gleichgestellt wäre bzw. eine Konkurrenzgewerkschaft zur ethnischen Gewerkschaft ASGB wäre. Folglich besteht auch kein Handlungsbedarf. Man kann doch nicht eine gesamtstaatliche Gewerkschaft mit sich selber gleichstellen! Eine Gewerkschaft, die bereits alle Rechte genießt, kann man nicht sich selber gleichstellen, das geht ja nicht! Es gibt überhaupt keinen Handlungsbedarf, denn zum heutigen Zeitpunkt gibt es keine andere Gewerkschaft, keine ethnische Gewerkschaft, die die deutsch- und ladinischsprachigen Arbeitnehmer vertritt, die den Anspruch erheben könnte, gleichgestellt zu werden. Jede Überprüfung ist

überflüssig, weil niemand den Anspruch erheben kann, mit dem ASGB in Konkurrenz zu treten.

Es geht also nicht um die Frage, ob ein Mitglied einen italienischen Namen trägt oder auf irgendeiner Kandidatenliste aufscheint - ich glaube, das versucht man hier anzupeilen -, sondern es geht nur darum, ob es eine neue Gewerkschaft, wenn man es so will, eine Konkurrenzgewerkschaft zum ASGB, eine ethnische Gewerkschaft, gibt, die nicht schon die Rechte hat, die der AGB, SGB und SGK haben, und im eigenen Statut den Anspruch erhebt, die zwei Minderheiten, nämlich die ladinische und deutsche Minderheit, zu vertreten. Jede Überprüfung ist also unter diesen Voraussetzungen überflüssig.

PRESIDENTE: Se non ci sono altri interventi, visto che la mozione è rivolta al presidente del Consiglio provinciale, voglio dire alcune cose.

Noi ci occupiamo di questa questione dal 2006. Il fascicolo che abbiamo preparato assieme agli uffici è stato il frutto dell'istruttoria che abbiamo fatto sia con gli uffici legali sia chiedendo pareri interni e dell'istruttoria che è stata condotta dal Collegio dei capigruppo. Io ho esplicitamente chiesto al Collegio dei capigruppo di costituirsi come commissione istruttoria con la consapevolezza della delicatezza del tema. Si tratta della tutela delle minoranze linguistiche, quindi di un diritto costituzionale, in sostanza si tratta della nostra convivenza in provincia di Bolzano.

Questa discussione è durata due anni, ha prodotto materiali e credo abbia dato dei frutti, il primo dei quali è che oggi se discutiamo di questi argomenti ne discutiamo a partire da una mozione che è molto moderata, che non dà adito a conflitto. Per esempio non vedo scritto nella mozione, come ho visto scritti in altri documenti - ma adesso vorrei discutere solo della mozione del consigliere Minniti - che la mozione ci invita ad aprire una questione di verifica della rappresentatività sindacale. Non si tratta di questo. Credo che se siamo arrivati in una atmosfera come quella di oggi, poteva essere un argomento difficile, a discutere in maniera serena una proposta che non comporta alcuno strappo della nostra convivenza e non comporta la rimessa in discussione della rappresentatività della ASGB. La mozione Minniti a quanto capisco non comporta questo, e vorrei rimanere alla lettera della mozione. Ho studiato a lungo anche con il nostro ufficio legale la questione, mi sono letto parecchia roba e forse ho maturato una terza posizione rispetto a quelle che si sono confrontate qui. Da un lato pienamente ragione a quello che hanno detto i colleghi Leitner, Baumgartner e Klotz, cioè che in questo momento non esiste la necessità di rimettere in discussione il riconoscimento che è stato dato nel 1978 alla ASGB, perché la ASGB sul mercato sindacale altoatesino è l'unica organizzazione che corrisponde a quelle caratteristiche definite dalla norma di attuazione del 1978. La ASGB si dichiara un sindacato etnico dei lavoratori di lingua tedesca e ladina - gli altri non si dichiarano sindacati etnici esclusivamente per lavoratori di lingua tedesca e ladina - ed è l'unico che esiste solo nella provincia autonoma di Bolzano. Questo elemento della territorialità per me è un altro

indicatore. Quindi stante la norma del 1978, che parla di associazioni sindacali costituite esclusivamente da lavoratori dipendenti appartenenti alle minoranze linguistiche tedesca e ladina - e questo l'ASGB l'ha scritto nel proprio statuto - e stante che è l'unico sindacato - la maggiore rappresentatività io la devo stabilire fra due concorrenti - in questo momento è vero che la decisione del 1978 non c'è motivo per rimetterla in discussione.

Però c'è un altro elemento su cui riflettere. Che tipo di decisione fu quella del 1978? Uscì la norma di attuazione a livello nazionale, nel Consiglio provinciale fu proposta dal gruppo SVP una mozione, come oggi la mozione di Alleanza Nazionale, in cui veniva detto: visto che c'è la norma di attuazione, visto che l'unico sindacato che ha fatto domanda è la ASGB, visto che nel suo statuto ha scritto che è organizzata a livello solo provinciale ecc., quindi a noi bastano questi elementi per assegnare alla ASGB questo riconoscimento.

Ho qui un testo di un giurista dell'università di Trento che ha fatto un commento alle norme di attuazione, si chiama Luca Nogler, che scrive: *"Il risultato allora ottenuto fu in sostanza ope legis"*. Non si entrò nel merito di chiedersi se i lavoratori iscritti alla ASGB sono davvero tutti di lingua tedesca e ladina. Oppure sono davvero così tanti al punto che la ASGB è il sindacato maggiormente rappresentativo? Non c'era motivo per entrare nel merito. Questo sindacato entrava in queste caratteristiche e fu riconosciuta la sua maggiore rappresentatività. Nogler però scrive: *"Se c'è un solo sindacato che fa questa domanda, che corrisponde a queste caratteristiche è chiaro che può bastare questo accertamento"* che lui chiama "ope legis". Poi aggiunge: *"Se però ci fosse una pluralità di soggetti sindacali etnici, bisognerà fare un accertamento di tipo sostanziale"*. Cioè, ci fossero due sindacati, come la ASGB, con le stesse caratteristiche, che scrivono nel proprio statuto di rappresentare esclusivamente lavoratori tedeschi e ladini e di essere organizzati solo su base provinciale, a quel punto il Consiglio provinciale dovrebbe fare un accertamento sostanziale per vedere chi è il più rappresentativo fra questi due sindacati organizzati a livello provinciale. che si dichiarano sindacati etnici dei lavoratori di lingua tedesca e ladina. E poi siamo sicuri che siano esclusivamente rappresentativi dei lavoratori di lingua tedesca e ladina? A quel punto ci sarebbe "Handlungsbedarf", e noi ci troveremmo con una norma del 1978 - e qui qualche ragione il consigliere Minniti ce l'ha - che è scritta in un'altra epoca. Noi avremmo fortissime difficoltà, i nostri funzionari l'hanno anche scritto in quei documenti che il consigliere Minniti ci leggeva, avremmo enormi difficoltà ad accertare questa cosa, perché non potremmo fare il censimento etnico degli iscritti a questi due sindacati che dal punto di vista formale si equivarrebbero. A quel punto non riusciremmo ad operare e la norma si rivelerebbe in sostanza difficilmente applicabile e dovremmo appellarci alla Commissione dei sei perché o ci chiarisca o modifichi la norma in modo tale che la norma tenga conto delle novità intervenute negli ultimi tempi.

Questo problema per me si riduce al fatto se questa norma si riflette subito o si riflette nel momento in cui si pone il problema. Questa norma merita sicuramente una riflessione che o facciamo adesso o quando si porrà il problema. Può anche darsi che il problema non si ponga mai. Definito qual è il campo dell'argomento, su questa decisione, in qualità di presidente, mi rimetto alla decisione del Consiglio e farò quello che il Consiglio vorrà nella sua espressione di voto. Chiedo solo di poter votare separatamente fra la parte introduttiva e la parte deliberativa.

La parola al consigliere Minniti per la replica.

MINNITI (AN): Io peraltro chiederò il voto segreto sulla parte deliberativa.

Alla collega Klotz non rispondo, perché ignora le disposizioni, è evidente che parla con pregiudizio, che si è fatta influenzare un po' troppo da quell'articolo, per la verità un po' troppo partigiano, del "Dolomiten" di oggi.

Il problema è un altro, ed è l'errore di fondo che ha ricalcato in qualche maniera anche il presidente Dello Sbarba nella sua illustrazione, oltre che altri colleghi, perché un conto è rappresentare esclusivamente dei gruppi linguistici - la ASGB giustamente dice di rappresentare esclusivamente lavoratori di lingua tedesca e ladina e questo è alla base del riconoscimento della rappresentanza etnica - un altro conto però è essere costituito esclusivamente dai gruppi linguistici tedesco e ladino, che è alla base di quel riconoscimento di rappresentanza etnica. La norma dice che nella provincia di Bolzano alle associazioni sindacali costituite esclusivamente tra lavoratori appartenenti al gruppo linguistico tedesco e ladino viene riconosciuta la rappresentanza etnica. Il problema non è tanto o solo: se riconosciamo la ASGB perché non c'è nessun'altra forza sindacale che rappresenti esclusivamente il gruppo linguistico tedesco e ladino, il problema è se qualche altro sindacato solleva la questione sull'esclusività della ASGB. Quest'ultima, stante così le cose, è talmente protetta da poter rivendicare la propria esclusività alla rappresentanza del gruppo linguistico tedesco e ladino? Secondo il nostro punto di vista no, perché si può sospettare, a meno che non si possa accertare, attraverso le modalità che dovranno essere definite, che all'interno della ASGB ci possano essere iscritti anche di un altro gruppo linguistico quale può essere italiano. Allora non ci sarebbe più l'esclusiva costituzione di lavoratori tedeschi e ladini, che darebbe il diritto a quel sindacato di essere rappresentato.

Paradossalmente questo invito che facevamo all'aula di delegare il presidente a sollecitare la Commissione dei sei a rivedere la norma è proprio a tutela della rappresentatività etnica della ASGB in questa fase, perché se dovesse emergere che la ASGB ha iscritti di altri gruppi linguistici, verrebbe meno quel requisito che è previsto dallo Statuto, dalla norma di attuazione, in base al quale si dice associazioni sindacali costituite esclusivamente da quei gruppi linguistici. Ecco il pericolo in cui può correre la ASGB. Nessuno mi può togliere dalla mente che qualora qualcuno ricorresse agli organi competenti contestando questa rappresentatività proprio nel momento in cui non

ci fosse, la ASGB rischierebbe, allora sì, di essere depennato come forza sindacale rappresentante di due gruppi linguistici.

Ecco perché credo si sia voluta esaminare la vicenda troppo con la lente etnica da parte dei colleghi, ed è sbagliata questa impostazione, perché rischia di andare contro un sindacato quale la ASGB e di conseguenza contro i lavoratori che sono iscritti a quel sindacato, che rischiano di perdere quella rappresentatività di cui oggi godono. Se quest'aula avesse avuto il coraggio di guardare con una prospettiva diversa, con una mente un pochino più libera, il problema, si sarebbe resa conto che non c'era nulla da parte del nostro gruppo di provocatorio, di attacco formale alla ASGB, come ha detto il collega Leitner che generalmente conosco come persona equilibrata, ma oggi non mi è sembrato molto equilibrato.

Vorrei dare un'ultima risposta al collega Baumgartner. Proprio per effetto di quanto abbiamo sottolineato e per effetto di quello che è scritto nella norma ovvero di costituzione esclusivamente da parte del gruppo linguistico tedesco e ladino all'interno della ASGB nessuno, nemmeno Lei, caro Baumgartner, può affermare che non ci siano altri sindacati che hanno gli stessi requisiti. Solo un accertamento del rispetto di quei requisiti può dimostrare che non c'è alcun altro sindacato che in qualche maniera può essere chiamato a rappresentare il gruppo linguistico tedesco e ladino.

Noi chiediamo un voto sereno su questa nostra mozione, libero e scevro da ogni condizionamento politico ed etnico.

PRESIDENTE: Metto in votazione la mozione. Votiamo prima la parte delle premesse: respinte con 4 voti favorevoli, 1 astensione e i restanti voti contrari.

Il consigliere Minniti e altri quattro consiglieri hanno chiesto la votazione a scrutinio segreto per la parte deliberativa. Prego distribuire le schede.

(Votazione a scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Comunico l'esito della votazione: con 7 voti favorevoli e 19 voti contrari la parte deliberativa è respinta, così come tutta la mozione.

Punto 3) dell'ordine del giorno: "**Proposta di deliberazione: Assestamento del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2008.**"

Punkt 3 der Tagesordnung: "**Beschlussvorschlag: Berichtigung des Haushaltsvoranschlags des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2008.**"

Do lettura della relazione accompagnatoria:

Signore e signori consiglieri,

con la presente trasmetto Loro, per l'esame e l'approvazione, la proposta di deliberazione per l'assestamento del bilancio di previsione 2008 del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, bilancio approvato dal Consiglio provinciale con deliberazione n. 8/07 del 5 dicembre 2007.

Si premette che il Consiglio provinciale, con propria deliberazione n. 1/08 del 2 aprile 2008, ha approvato il conto consuntivo per l'anno finanziario 2007, che al 31 dicembre 2007 presentava un avanzo di amministrazione effettivo di 1.177.612,00 euro.

Nel bilancio di previsione per l'anno finanziario 2008 approvato dal Consiglio provinciale è stato iscritto fra le entrate un presunto avanzo di amministrazione di 1.050.000,00 euro. Dal conto consuntivo approvato risulta quindi, alla fine dell'esercizio finanziario 2007, una differenza di 127.612,00 euro tra l'avanzo di amministrazione effettivo e quello presunto iscritto nel bilancio di previsione.

Il suddetto risultato del conto consuntivo 2007 rende pertanto necessario un assestamento del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 2008, assestamento che prevede per le entrate un aumento dell'avanzo di amministrazione per un importo di 127.612,00. È inoltre necessario effettuare determinate variazioni sia per le entrate sia per le uscite.

Come risulta dalle illustrazioni che seguono, le variazioni proposte per le uscite riguardano soprattutto spese obbligatorie ovvero spese correnti e derivano da fatti che esulano dalla sfera decisionale dell'ufficio di presidenza.

ENTRATE

Per quanto riguarda le entrate, l'importo iscritto nel bilancio di previsione, la cui entità era stata soltanto presunta, viene adeguato al risultato effettivo del conto consuntivo 2007. Di conseguenza l'avanzo di amministrazione presunto pari a 1.050.000,00 euro iscritto nel bilancio viene aumentato di 127.612,00 euro ed è pertanto pari a 1.177.612,00 euro.

Capitolo 6600: "Entrate eventuali e diverse"

L'aumento della dotazione di questo capitolo (+ 4.300,00 euro) è dovuto alla restituzione da effettuarsi da parte dell'I.N.P.G.I. dei contributi sociali non dovuti ma già versati dal Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano.

Capitolo 8300: "Ritenute fiscali" e Capitolo 8500: "Trattenute previdenziali e assistenziali su emolumenti al personale nonché trattenute per riscatti, ricongiunzioni e cessioni di stipendio"

I capitoli 8300 e 8500 fanno parte delle contabilità speciali. Ne consegue che si tratta di partite di giro. Pertanto fra le uscite sono previsti i corrispondenti capitoli che riguardano la stessa materia e che presentano la stessa dotazione con un identico aumento della medesima (+ 20.000,00 euro).

USCITE

Capitolo 1160: "Indennità di carica spettante al/alla presidente, ai/alle vicepresidenti e ai/alle segretari/e questori/questore"

L'importo di 200.100,95 euro preventivato per l'esercizio finanziario 2008 è da ricondurre all'applicazione delle percentuali previste nel regolamento (50% per il presidente, 25% per la vicepresidente e 12,5% per i due segretari questori e una segretaria questora) agli emolumenti fissi mensili lordi spettanti ai consiglieri regionali al momento dell'approvazione del bilancio di previsione.

La dotazione del capitolo deve essere aumentata di 5.802,99 euro poiché con decreto del presidente del Consiglio regionale n. 617 del 23 gennaio 2008 è stata rideterminata, con efficacia 1° gennaio 2008, l'ammontare dell'indennità di carica dei consiglieri regionali. La somma complessiva degli aumenti spettanti ai/alle componenti dell'ufficio di presidenza in seguito alla citata rideterminazione dell'indennità di carica è pari a 5.802,99 euro.

Capitolo 1210: "Indennità di carica, indennità di missione e rimborso spese di viaggio al difensore civico/alla difensora civica nonché spese per polizza assicurativa di responsabilità civile (L.P. 10-7-1996, n. 14)"

Lo stanziamento di questo capitolo viene aumentato di 5.158,13 euro. L'incremento proposto è dovuto al fatto che ai sensi dell'articolo 10 della L.P. 10 luglio 1996, n. 14, alla difensora civica spetta l'indennità di funzione prevista per i consiglieri regionali e pertanto anche l'aumento dell'indennità disposto con decreto del presidente del Consiglio regionale n. 617 del 23 gennaio 2008, e che quindi devono essere liquidati i relativi importi per l'intero anno 2008.

Capitolo 1300: "Stipendi ed altri assegni per il personale del Consiglio provinciale (inclusi i salari di produttività e le indennità di risultato)"

La dotazione di questo capitolo deve essere aumentata di 44.300,00 euro in seguito all'aumento degli stipendi lordi e delle indennità integrative speciali del personale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano previsto dagli articoli 91 e 92 del testo coordinato del contratto collettivo intercompartimentale per il periodo 2005-2008 per la parte giuridica e per il biennio 2007-2008 per la parte economica.

Capitolo 1310: "Contributi previdenziali e assistenziali per il personale del Consiglio provinciale" e Capitolo 1320: "Imposta regionale sulle attività produttive per il personale del Consiglio provinciale"

Visto che per loro natura i capitoli di spesa 1300, 1310 e 1320 sono strettamente collegati, per lo stesso motivo indicato per il capitolo 1300 lo stanziamento dei capitoli 1310 e 1320 deve essere aumentato di 14.000,00 euro rispettivamente di 15.000,00 euro.

Capitolo 1340: "Pensioni a carico del Consiglio provinciale"

Ai sensi delle disposizioni dell'ex articolo 85 della L.P. 21 maggio 1981, n. 11, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano versa mensilmente a due ex dipendenti con la funzione rispettivamente di direttore e coordinatore un'integrazione della pensione.

Ai sensi dell'articolo 18 della L.P. 16 ottobre 1992, n. 36, la suddetta integrazione è aumentata con decorrenza dal 1° gennaio di ogni anno nella misura corrispondente all'indice nazionale dei prezzi del consumo per le famiglie di operai e impiegati accertato dall'Istituto nazionale di statistica. Visto che il suddetto aumento dell'integrazione della

pensione è stato inferiore alla stima, la dotazione originaria del capitolo è ridotta di 24,45 euro.

Capitolo 1420: "Spese per il funzionamento degli uffici: materiale di cancelleria, spese postali, giornali e riviste, libri e altri materiali di informazione, inserzioni, trasporto e spostamento arredi, materiale di consumo per apparecchiature in dotazione e altre spese minute"

La dotazione di questo capitolo viene aumentata di euro 25.000,00 sulla base di una proiezione della spesa già effettuate nel corso dell'esercizio 2008.

Capitolo 1430: "Aggiornamento del personale"

Ai sensi dell'articolo 2, allegato B del contratto di comparto per il personale del Consiglio provinciale relativo al periodo 2001-2004 il fondo complessivo da destinare alla formazione e all'aggiornamento del personale deve essere pari ad almeno l'1% dello stanziamento iscritto sul capitolo 1300. Ne consegue che un aumento della dotazione del capitolo di spesa 1300 comporta l'adeguamento automatico dello stanziamento iscritto sul capitolo di spesa 1430, motivo per cui questo è stato aumentato di 443,00 euro.

Capitolo 1700: "Fondo di riserva per nuove e maggiori spese"

La dotazione del fondo di riserva viene aumentata di 22.232,33 euro. L'importo corrisponde alla differenza tra le maggiori entrate (171.912,00 euro) e le maggiori spese previste su alcuni capitoli dell'assestamento di bilancio.

Capitolo 3300: "Versamento ritenute fiscali" e Capitolo 3500: "Versamento delle trattenute previdenziali e assistenziali su emolumenti al personale nonché delle trattenute per riscatti, ricingiunzioni e cessione di stipendio"

I capitoli 3300 e 3500 sono capitoli che fanno parte della contabilità speciale e pertanto rappresentano mere partite di giro. Tra le entrate sono previsti due capitoli identici in termini sia di contenuto sia di importi (capitoli 8300 e 8500) con un identico aumento delle rispettive dotazioni (+ 20.000,00 euro).

Invito infine le signore consigliere e i signori consiglieri a voler approvare l'allegata bozza di deliberazione sull'assestamento del bilancio di previsione 2008 del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano incluse le relative tabelle, presentata dall'ufficio di presidenza.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
anbei übermittle ich Ihnen zur Überprüfung und Genehmigung den Beschlussvorschlag für die Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2008, der vom Landtag am 5. Dezember 2007 mit Beschluss Nr. 8/07 genehmigt worden war. Ich schicke voraus, dass der Landtag mit Beschluss Nr. 1/08 vom 2. April 2008 die Abschlussrechnung für das Finanzjahr 2007 genehmigt hat, die zum 31. Dezember 2007 einen effektiven Verwaltungsüberschuss in der Höhe von 1.177.612,00 Euro aufwies.

In dem vom Landtag genehmigten Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 2008 war auf der Einnahmenseite ein voraussichtlicher Verwaltungsüberschuss von 1.050.000,00 Euro eingeschrieben worden. Die genehmigte Abschlussrechnung hat somit bei Abschluss des Haushaltsjahres 2007 einen Verwaltungsüberschuss ausgewiesen,

der um 127.612,00 Euro höher war als der im Haushaltsvoranschlag angenommene Betrag.

Aufgrund des soeben dargelegten Ergebnisses der Abschlussrechnung 2007 muss eine Berichtigung des Haushaltsvoranschlages für das Finanzjahr 2008 vorgenommen werden, mit welcher auf der Einnahmenseite die Anhebung des Verwaltungsüberschusses um 127.612,00 Euro ausgewiesen wird; zudem müssen auch gewisse Änderungen an der Einnahmenseite und an der Ausgabenseite vorgenommen werden.

Wie Sie den folgenden Erläuterungen entnehmen können, betreffen die im Ausgabenteil vorgeschlagenen Änderungen größtenteils Pflichtausgaben bzw. laufende Ausgaben und sind die Folge von Gegebenheiten, die außerhalb des Ermessensspielraumes des Präsidiums liegen.

EINNAHMEN

Auf der Einnahmenseite wird der im Haushaltsvoranschlag angegebene Betrag, der auf Annahmen beruhte, mit dem tatsächlichen Ergebnis der Abschlussrechnung 2007 in Einklang gebracht. In diesem Sinne wird der veranschlagte Verwaltungsüberschuss von Euro 1.050.000,00 um 127.612,00 Euro auf nunmehr 1.177.612,00 Euro erhöht.

Kapitel 6600: "Eventuelle und verschiedene Einnahmen"

Die Anhebung dieses Kapitelansatzes (+ Euro 4.300,00) steht im Zusammenhang mit der von Seiten des I.N.P.G.I vorzunehmenden Rückzahlung nicht geschuldeter aber von Seiten des Südtiroler Landtages bereits einbezahlter Sozialbeiträge.

Kapitel 8300: "Steuerabzüge" und Kapitel 8500: "Versicherungs- und Fürsorgeabgaben auf Bezüge des Personals sowie Abzüge für Rückläufe, Zusammenlegungen und Gehaltsabtretungen"

Die Kapitel 8300 und 8500 sind Kapitel der Sonderbuchhaltung. Es handelt sich folglich um reine Durchlaufposten. Auf der Ausgabenseite werden die sowohl inhaltlich als auch betragsmäßig identischen Kapitel mit der identischen Aufstockung des jeweiligen Kapitelansatzes (+ 20.000,00 Euro) vorgesehen.

AUSGABEN

Kapitel 1160: "Dem/der Präsidenten/in, den Vizepräsidenten/innen und den Präsidialsekretären/innen zustehende Aufwandsentschädigung"

Der für das Finanzjahr 2008 veranschlagte Betrag von 200.100,95 Euro ergab sich aus der Anwendung der in der Verordnung festgelegten Prozentsätze (50 % für den Präsidenten, 25 % für die Vizepräsidentin und 12,5 % für zwei Präsidialsekretäre sowie eine Präsidialsekretärin) auf die den Regionalratsabgeordneten zum Zeitpunkt der Veranschlagung zustehenden festen Monatsbruttobezüge.

Der Ansatz dieses Kapitels muss um den Betrag von 5.802,99 Euro erhöht werden. Diese Notwendigkeit ergibt sich, da mit Dekret des Regionalratspräsidenten Nr. 617 vom 23. Jänner 2008 das Ausmaß der Aufwandsentschädigung für Regionalratsabgeordnete mit Wirkung 1. Jänner 2008 neu festgelegt worden ist. Die Gesamtsumme der Erhöhungen, die den Präsidiumsmitgliedern aufgrund dieser Neufestlegung der Aufwandsentschädigung zusteht, beträgt 5.802,99 Euro.

Kapitel 1210: "Amtsentschädigung, Außendienstvergütung und Vergütung der Reisekosten zugunsten des Volksanwaltes/der Volksanwältin sowie Spesen für Haftpflichtversicherungspolizze (L.G. vom 10.7.1996 Nr. 14)"

Der Ansatz dieses Kapitels wird um 5.158,13 Euro angehoben. Die vorgeschlagene Anhebung erfolgt aufgrund des Umstandes, dass der Volksanwältin gemäß Artikel 10 des L.G. vom 10. Juli 1996, Nr. 14, die Amtsentschädigung zusteht, wie sie für Regionalratsabgeordnete vorgesehen ist, und dieser damit selbstverständlich auch die mit Dekret des Regionalratspräsidenten Nr. 617 vom 23. Jänner 2008 verfügte Erhöhung der Amtsentschädigung zusteht und die entsprechenden Beträge für das gesamte Jahr 2008 gezahlt werden müssen.

Kapitel 1300: "Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages (einschließlich Leistungslöhne und Ergebniszulagen)"

Der Ansatz dieses Kapitels muss um 44.300,00 Euro angehoben werden. Die genannte Erhöhung beruht auf den in den Artikeln 91 und 92 des koordinierten Textes des bereichsübergreifenden Kollektivvertrages für den Zeitraum 2005-2008 für den normativen Teil und für das wirtschaftliche Biennium 2007-2008 vorgesehenen Anhebungen der Bruttogehälter und der Sonderergänzungszulagen der Bediensteten des Südtiroler Landtages.

Kapitel 1310: "Fürsorge- und Versicherungsabgaben für das Personal des Landtages" und Kapitel 1320: "Regionale Wertschöpfungssteuer für das Personal des Landtages"

Da die Ausgabenkapitel 1300, 1310 und 1320 naturgemäß sehr eng miteinander verbunden sind, muss der Ansatz dieser Kapitel, aus demselben Grunde wie er für das Kapitel 1300 angeführt wurde, um 14.000,00 Euro bzw. um 15.000,00 Euro angehoben werden.

Kapitel 1340: "Renten zu Lasten des Landtages"

Der Südtiroler Landtag zahlt gemäß den Bestimmungen des ehemaligen Art. 85 des L.G. vom 21. Mai 1981 Nr. 11, an zwei ehemalige Bedienstete mit den Aufgaben eines Direktors bzw. eines Koordinators monatlich eine Ergänzung des Ruhegehaltes aus.

Laut Art. 18 des L.G. vom 16. Oktober 1992 Nr. 36, wird obgenannte Ergänzung mit Wirkung vom 1. Jänner eines jeden Jahres aufgrund des vom staatlichen Institut für Statistik ermittelten gesamtstaatlichen Indexes der Verbraucherpreise für Haushalte von Arbeitern und Angestellten erhöht. Da die genannte Erhöhung der Ergänzung des Ruhegehaltes unter dem Schätzwert lag wird der ursprüngliche Kapitelansatzes um 24,45 Euro vermindert.

Kapitel 1420: "Ausgaben für die Arbeitsabwicklung der Ämter: Büromaterial, Postspesen, Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und andere Informationsmaterialien, Inserate, Transport und Verstellung von Einrichtungsgegenständen, Verbrauchsmaterial für verschiedene Maschinen und Geräte und kleinere Ausgaben"

Der Ansatz dieses Kapitels wird um 25.000,00 Euro erhöht. Die Anhebung dieses Kapitelansatzes ist auf eine Hochrechnung der bereits getätigten Ausgaben zurückzuführen.

Kapitel 1430: "Fortbildung des Personals"

Gemäß Artikel 2 der Anlage B des Bereichsabkommens für das Personal des Südtiroler Landtages für den Zeitraum 2001-2004 muss der

Gesamtfonds für die Aus- und Weiterbildung für die Allgemeinheit des Personals mindestens 1 % der auf Kapitel 1300 bereitgestellten Mittel betragen. Eine Erhöhung des Ausgabenkapitels 1300 bedingt gemäß der genannten Bestimmung die Anpassung des Ansatzes des Ausgabenkapitels 1430. In diesem Sinne wird der Ansatz dieses Kapitels um 443,00 Euro aufgestockt.

Kapitel 1700: "Reservefonds für neue und höhere Ausgaben"

Der Ansatz des Reservefonds wird um 22.232,33 Euro angehoben. Dieser Betrag entspricht der Differenz zwischen den höheren Einnahmen (171.912,00 Euro) und den auf einigen Kapiteln des Nachtragshaushaltes vorgesehenen höheren Ausgaben.

Kapitel 3300: "Einzahlung der Steuerabzüge" und Kapitel 3500: "Einzahlung der einbehaltenen Versicherungs- und Fürsorgeabgaben auf Bezüge des Personals sowie der einbehaltenen Abzüge für Rückläufe, Zusammenlegungen und Gehaltsabtretungen"

Die Kapitel 3300 und 3500 sind Kapitel der Sonderbuchhaltung. Es handelt sich folglich um reine Durchlaufposten. Auf der Einnahmenseite werden die sowohl inhaltlich als auch betragsmäßig identischen Kapitel (Kapitel 8300 und 8500) mit der identischen Aufstockung des jeweiligen Kapitelansatzes (+ 20.000,00 Euro) vorgesehen.

Ich ersuche abschließend die Damen und Herren Abgeordneten, die beiliegende vom Präsidium vorgelegte Beschlussvorlage betreffend die Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2008 einschließlich der beigelegten Tabellen zu genehmigen.

Leggo adesso la proposta di deliberazione:

Delibera n. /08

Vista la propria deliberazione n. 8/07 del 5 dicembre 2007, con la quale è stato approvato il bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2008;

visto il decreto del Presidente del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano n. 121/08 del 13 maggio 2008 riguardante l'iscrizione nel bilancio del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano delle assegnazioni dell'Autorità per le garanzie nelle comunicazioni (10.579,37 euro) attinenti l'esercizio delle funzioni delegate al Comitato provinciale per le comunicazioni;

vista la deliberazione dell'Ufficio di Presidenza n. 14/08 del 28-5-2008, con la quale è stato approvato il progetto di assestamento del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, per l'anno finanziario 2008 secondo l'allegata tabella;

visti gli articoli 18 e 30 del Regolamento interno del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ed il Regolamento interno di amministrazione e contabilità del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano;

ritenuto di approvare la proposta di assestamento del bilancio presentato dall'Ufficio di Presidenza;

tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
delibera

nella seduta del

1. di approvare l'allegata tabella relativa all'assestamento del bilancio di previsione per l'anno finanziario 2008 del Consiglio provinciale con le seguenti risultanze finali:
Assestamento delle entrate
competenza+ 171.912,00 euro
Assestamento delle uscite
competenza+ 171.912,00 euro
2. di prendere atto che pertanto il bilancio di previsione per l'anno finanziario 2008 comprende i seguenti totali generali (contabilità speciali comprese):
Totale delle entrate
(incluse contabilità speciali)
competenza 7.445.991,37 euro
Totale delle uscite
(incluse contabilità speciali)
competenza 7.445.991,37 euro

Beschluss Nr. /08

Nach Einsichtnahme in den eigenen Beschluss Nr. 8/07 vom 5. Dezember 2007, mit welchem der Haushaltsvoranschlag des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2008 genehmigt worden ist;
nach Einsichtnahme in das Dekret des Präsidenten des Südtiroler Landtages Nr. 121/08 vom 13. Mai 2008 betreffend die Eintragung der Zuweisungen der Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen (10.579,37 Euro) in den Haushalt des Südtiroler Landtages im Zusammenhang mit der Ausübung der an den Landesbeirat für Kommunikationswesen übertragenen Befugnisse;
nach Einsichtnahme in den Präsidiumsbeschluss Nr. 14/08 vom 28.5.2008, mit welchem der Entwurf der Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2008 gemäß beiliegender Tabelle genehmigt worden ist;
nach Einsichtnahme in die Artikel 18 und 30 der Geschäftsordnung sowie in die Bestimmungen der Verwaltungs- und Buchungsordnung des Südtiroler Landtages;
auf die Erwägung hin, den vom Landtagspräsidium vorgelegten Entwurf der Haushaltsberichtigung zu genehmigen;
dies vorausgeschickt,

beschließt

DER SÜDTIROLER LANDTAG

in der Sitzung vom

1. die Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2008 gemäß beiliegender Tabelle und mit folgendem Endergebnis zu genehmigen:
Berichtigung der Einnahmen
Kompetenz+ 171.912,00 Euro
Berichtigung der Ausgaben
Kompetenz+ 171.912,00 Euro

2. festzuhalten, dass der Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 2008 damit folgende Gesamtbeträge (einschließlich Sonderbuchhaltungen) aufweist:

Gesamtbetrag der Einnahmen
(einschließlich Sonderbuchhaltungen)

Kompetenz 7.445.991,37 Euro

Gesamtbetrag der Ausgaben

(einschließlich Sonderbuchhaltungen)

Kompetenz 7.445.991,37 Euro

VORANSCHLAG DER EINNAHMEN - STATO DI PREVISIONE DELLE ENTRATE

KAPITEL - CAPITOLO			ÄNDERUNG - VARIAZIONE	BERICHTIGTE BEREITSTELLUNG PREVISIONE AS- SESTATA
Kapitelnummer Numero capi- tolo 2008	Bezeichnung Denominazione	Währung Valuta	Kompetenz Competenza	Kompetenz Competenza
100	Verwaltungsüberschuss bei Abschluss des Haushaltsjahres 2007 Avanzo d'amministrazione risultante dal conto consuntivo 2007	Euro	+127.612,00	1.177.612,00
6600	Entrate eventuali e diverse	Euro	+4.300,00	5.800,00
SONDERBUCHHALTUNGEN - CONTABILITÀ SPECIALI				
8300	Steuerabzüge Ritenute fiscali	Euro	+20.000,00	640.000,00
8500	Versicherungs- und Fürsorgeabgaben auf Bezüge des Personals sowie Abzüge für Rückkäufe, Zusammenlegungen und Gehaltsabtretungen Trattenute previdenziali e assistenziali su emolumenti al personale nonché delle trattenute per riscatti, ricongiunzioni e cessione di stipendio	Euro	+20.000,00	270.000,00

Chi desidera intervenire? Nessuno. Allora la metto in votazione: approvata con 1 astensione e i restanti voti favorevoli.

La seduta è interrotta fino alle ore 15.

ORE 12.25 UHR

ORE 15.04 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

ROSA THALER ZELGER

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Ich erinnere daran, dass in der Sitzung vom 3.4.2008 die Generaldebatte zum Gesetzentwurf Nr. 147/07 abgeschlossen wurde. Wir werden nun mit der Behandlung der drei dazu eingebrachten Beschlussanträge (Tagesordnungen) fortfahren.

Punkt 21 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 147/07: "Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe."* (Fortsetzung)

Punto 21) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 147/07: "Obiettivi formativi generali ed ordinamento della scuola dell'infanzia e del primo ciclo di istruzione."* (continuazione)

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 1 vom 8.4.2008, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend Schul- und Bildungshoheit für Südtirol.

Ordine del giorno n. 1 del 8.4.2008, presentato dalla consigliera Klotz, concernente piena autonomia per l'Alto Adige in materia di scuola e formazione.

Schul- und Bildungshoheit für Südtirol

Das Land Südtirol hat im Bereich Schule und Bildung nicht ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis, sondern nur konkurrierende. Es muss sich also an die entsprechenden Rahmengesetze des Staates halten. Das bedeutet, dass die Schul- und Bildungshoheit nicht gegeben sind. Zu einer echten Autonomie gehörten sie aber unbedingt. Es zeigt sich immer wieder, dass die staatlichen Rahmengesetze, an welche Südtirol sich ja halten muss, den Freiraum in der Schul- und Bildungspolitik einschränken. Erst letzthin ist das anlässlich der Diskussion um die sog. Berufsmatura wieder ganz klar zum Ausdruck gekommen. Auch die Einräumung der Freiräume zur Gestaltung des Unterrichts im Rahmen der Autonomie der Schulen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schulhoheit als solche fehlt, und das wirkt sich in vieler Hinsicht aus, beispielsweise auf Schulkalender, Lerninhalte, Programme und Lehrpläne, Prüfungssystem, und anderes mehr.

Anlässlich der Parlamentswahlen letzthin und vor allem in Zusammenhang mit der Selbstbestimmungsdiskussion hat man gerade von Seiten der Spitzenvertreter der Regierungspartei immer wieder vernommen, dass es deren Hauptziel sei, immer mehr Zuständigkeiten aus Rom zu

holen und die Autonomie auszubauen. Die vollständige Übernahme der Schul- und Bildungshoheit müsste demnach konkret und sofort angegangen werden.

Deshalb

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

auf allen Ebenen, vor allem auch durch Einbindung der Südtiroler Parlamentarier in Rom, die Übernahme der Schul- und Bildungshoheit mit Nachdruck zu betreiben und diese sofort konkret einzufordern.

*Piena autonomia per l'Alto Adige in materia di scuola e formazione
In materia di scuola e formazione la Provincia autonoma di Bolzano non ha competenza legislativa esclusiva, ma solo concorrente. Deve quindi attenersi alle relative leggi quadro dello Stato. Ciò significa che non vi è autonomia nell'istruzione, anche se per una piena autonomia è imprescindibile. Si può constatare continuamente che le leggi quadro dello Stato, alle quali l'Alto Adige si deve attenere, limitano lo spazio di manovra in materia di scuola e formazione. Di recente ciò è ancora una volta molto chiaramente risultato in occasione della discussione sulla cosiddetta maturità professionale. Anche la concessione di spazi nell'organizzazione didattica nel quadro dell'autonomia della scuola non riesce a mascherare la mancanza di una piena autonomia scolastica, il che influisce su vari aspetti, come per esempio il calendario scolastico, i contenuti didattici, i programmi e i piani di studio, gli esami ecc.*

In occasione dell'ultima campagna elettorale per le politiche e soprattutto nell'ambito della discussione sull'autodeterminazione, proprio i candidati di punta del partito al governo hanno ripetuto di continuo che il loro obiettivo principale è ottenere sempre più competenze da Roma e ampliare l'autonomia. La questione della piena assunzione delle competenze in materia di scuola e formazione dovrebbe quindi essere affrontata subito e con iniziative concrete.

Per questo motivo,

*IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna*

la Giunta provinciale

a sollecitare con forza, a tutti i livelli e soprattutto coinvolgendo i parlamentari altoatesini a Roma, l'assunzione della competenza esclusiva in materia di scuola e formazione, agendo subito e con iniziative concrete.

Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Wir haben gerade im letzten Parlamentswahlkampf im Zusammenhang mit den politischen Zielen der Südtiroler Volkspartei immer wieder gehört, das Ziel sei nicht die Anstrengung der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in Südtirol, sondern so viele autonome Kompetenzen nach Südtirol zu holen, dass sich Südtirol wie ein eigener Staat

verwalten kann. Man hat die Steuer- bzw. die Finanzhoheit angeführt. Dann wollte man zusätzliche Kompetenzen in den verschiedenen Bereichen erlangen. Von der Bildungs- und Schulhoheit war jedoch keine Rede. Diese Kompetenzen scheint man ganz vergessen oder bewusst nicht genannt zu haben. Jedenfalls, Herr Landesrat Saurer, gab es gerade im Zusammenhang mit der Behandlung dieses Gesetzes - Sie können sich sicher noch daran erinnern - circa 10 Sitzungen in der ersten Gesetzgebungskommission mit Anhörungen, bei denen die allermeisten ganztägig abgehalten wurden. Bei diesen beinahe 40 Stunden Arbeit der ersten Gesetzgebungskommission haben wir auch von Ihrer Seite sehr häufig die Antwort bekommen, dass Südtirol dafür nicht zuständig sei. Ich verweise ganz konkret auf die Möglichkeit für junge Leute, Verträge abzuschließen, das berühmte zweite Jahr, die sogenannte Berufsmatura usw. Dann haben wir von Schulamtsleiter Dr. Höllrigl im Zusammenhang mit dem Schülerstreik gehört, dass Südtirol auch für das Benotungswesen keinerlei Zuständigkeiten habe und dergleichen Dinge mehr. Eine Autonomie ohne die Bildungs- und Schulhoheit ist keine Autonomie! Das wesentliche einer Autonomie ist die Zuständigkeit für das eigene Schul- und Bildungswesen. Ich habe hier aufgelistet, in welchen Bereichen sich das auswirkt. Die letzten Diskussionen haben noch einmal ganz deutlich und klar aufgezeigt, wie begrenzt auch Ihre Möglichkeiten, Herr Landesrat, aufgrund des Fehlens der Schul- und Bildungshoheit im Südtiroler Falle sind. Deshalb wäre diese Zuständigkeit neben der Zuständigkeit für die Steuerhoheit eine der ersten, welche angestrebt werden sollte. Für die Ausbildung und Ausrichtung unserer Leute ist die Schul- und Bildungspolitik nicht zu unterschätzen.

Deshalb sieht dieser Beschlussantrag vor, dass der Südtiroler Landtag die Landesregierung dazu verpflichtet, *"auf allen Ebenen, vor allem auch durch Einbindung der Südtiroler Parlamentarier in Rom, die Übernahme der Schul- und Bildungshoheit mit Nachdruck zu betreiben und dies sofort konkret einzufordern"*. Dieses Ziel müssen wir anstreben. Wir haben in den letzten Monaten von Landeshauptmann Durnwalder, Wirtschaftsvertretern und anderen Spitzenvertretern verschiedener Verbände und Parteien gehört, dass wir sofort die Steuerhoheit einfordern müssen. Folglich sollten wir auch die klare Verpflichtung äußern: Wir fordern sofort die Schulhoheit ein. Natürlich wissen wir, dass wir diese Zuständigkeit nicht von heute auf morgen bekommen werden, genauso, wie der Landeshauptmann Durnwalder, die Wirtschaftsvertreter, aber auch die Arbeitnehmervertreter wissen, dass wir die Steuerhoheit nicht von heute auf morgen bekommen werden. Aber man hat sich darauf festgelegt, diese konkret einzufordern. Wir werden daran arbeiten, diese Kompetenz zu erlangen. Es hieß bereits im Parlamentswahlkampf, dass man nach und nach immer mehr Kompetenzen nach Südtirol holen möchte. Jetzt möchte ich euch da beim Wort nehmen und schauen, was Ihr in Sachen Schul- und Bildungshoheit dafür tut. Das wäre das allererste in einer Situation wie der unseren, wenn wir unser Land langfristig vor weiterer Assimilierung, vor bildungsmäßiger Einbindung in den Staat Italien und vor Nivellierung bewahren und das Bildungs- und Schulwesen nach unseren Bedürfnissen organi-

sieren und gestalten wollen. Deshalb ersuche ich alle Kolleginnen und Kollegen, denen die Schul- und Bildungshoheit ein Anliegen ist, sich für diesen Antrag auszusprechen! Wie gesagt, die Landesregierung soll verpflichtet werden, auf allen Ebenen, vor allem durch Einbindung der Südtiroler Parlamentarier in Rom, die Übernahme der Schul- und Bildungshoheit mit Nachdruck zu betreiben und diese sofort konkret einzufordern!

STIRNER BRANTSCH (SVP): Danke! Ich hätte eigentlich lieber nach dem Kollegen Urzì gesprochen, aber es macht nichts. Ich dachte nur, er hätte mir vielleicht weiteres Material geliefert, um mein Nichteinverständnis mit seiner Meinung auszudrücken. Ich muss sagen, das ich mich mit dem Inhalt dieses Beschlussantrages ganz gut anfreunden kann. Ich habe selbst 18 Jahre lang an einer Oberschule unterrichtet und habe mit dem italienischen Schulsystem keine guten Erfahrungen gemacht. Immer wieder sind im letzten Augenblick irgendwelche Reformen von Rom gekommen, so beispielsweise Neuerungen im Zusammenhang mit der Matura usw. Man hat manchmal erst im April erfahren, wie die Maturaprüfung dann Ende Juni, Anfang Juli ablaufen soll. Letzthin hat man gesehen, dass eine Reform die andere ablöst, wobei man hinzufügen muss, dass keine dieser Reformen auf die vorhergehende aufbaut, sondern meistens alles über den Haufen wirft. Das ist für die Lehrerschaft, aber auch für die Schüler eine enorme Herausforderung. Ich möchte nochmals erwähnen, was auch bei der Vorstellung der Pisa-Studie herausgekommen ist. Da ist ganz klar zu Tage getreten, dass sich die Südtiroler Schule von den Resultaten der italienischen Schule, nicht nur auf Landesebene, sondern ganz besonders auf Staatsebene positiv abhebt. Letzthin hatten wir die Neueinführung der Nachprüfungen im September, zusätzlich die fünfte Prüfung in der Mittelschule. Also versteht man nicht, wo es langgehen soll und welches Konzept dahintersteckt. Deshalb kann ich mich persönlich nur für diesen Beschlussantrag aussprechen. Ich plädiere schon lange dafür, dass Südtirol im Schul- und Bildungswesen nicht nur sekundäre Kompetenzen, sondern primäre Kompetenzen erlangen sollte. Deshalb sollten die Bestrebungen unserer Parlamentarier hinsichtlich der Südtirol-Autonomie, dem Autonomiestatut und allem, was dazugehört, dahingehend verlaufen, dass wir uns für die Bildungs- und Schulhoheit für Südtirol einsetzen. Danke!

URZÌ (AN): A me risulta, da questo inizio di dibattito, che si faccia molta confusione, nel senso che sono assolutamente legittimi e meritano il pieno rispetto i giudizi che vengono formulati dalle diverse parti politiche rispetto le iniziative legislative quadro di ordine nazionale, così anche le riforme che si sono succedute nel tempo. Su questo potremmo aprire un dibattito ma non vogliamo farlo in questa sede, che non è la sede adeguata. Si fa confusione sul giudizio di merito rispetto alle diverse iniziative che nel tempo si sono succedute sul piano legislativo a livello nazionale con un giudizio che viene invece riferito alla qualità dell'autonomia in Alto Adige rispetto alla materia istruzione e formazione. Sembra quasi che il giudizio legittimo che viene

espresso, talvolta negativo o condito di perplessità rispetto alle norme quadro nelle quali siamo chiamati a svolgere la nostra azione, condizioni in un certo qual modo la rivendicazione di una autonomia primaria, completa, assoluta, rispetto all'intero settore, quasi che non riconoscendoci ad esempio su una norma sull'immigrazione clandestina rivendicassimo a pieno titolo la piena autonomia sulle politiche legate all'immigrazione, quasi che di fronte a delle norme specifiche in campo fiscale la Provincia autonoma di Bolzano ritenesse, non condividendole, di dover proporre di rivendicare una piena autonomia in quel campo per la Provincia di Bolzano.

Questo è un approccio sbagliato rispetto al tema che deve essere legato a dei principi fondamentali dei quali ha ragione di ispirarsi la nostra azione politica in termini di competenza legislativa. Lo Statuto di autonomia a norma di riferimento fissa i termini entro i quali il nostro sistema autonomistico ha la possibilità di giocare, di avere margini di manovra per introdurre misure adeguate a rispondere alle esigenze locali. Il legislatore costituzionale ha previsto questo per garantire due sostanziali diritti: il diritto alla realtà locale di saper rispondere con strumenti più efficaci alle particolarità del territorio, e dall'altra parte il diritto del complesso nazionale di veder garantito sull'intero territorio nazionale in una omogeneità fondamentale gli strumenti formativi ed educativi affinché le condizioni fondamentali siano, con la medesima omogeneità, garantite ovunque. Il tema è affiorato con grande e particolare significato nel momento in cui si è svolta la discussione sulla cosiddetta "maturità professionale", che ha evidenziato in maniera piena e completa la differenza di prospettive rispetto a cui ci si pone nel valutare un problema. Da una parte la Provincia autonoma di Bolzano che rivendica una propria competenza, dicendo: io introduco un esame diverso secondo quelle che sono le mie sensibilità e secondo quelle che ritengo debbano essere gli obiettivi della mia azione politica, dall'altra parte il contesto nazionale che rivendica il diritto affinché in Alto Adige non si introducano forme di esame, che a livello nazionale non siano riconosciute, che quindi non siano omogenee e che pongano i cittadini dell'Alto Adige in una condizione diversa rispetto ai cittadini di tutto il resto della repubblica. Se fosse così, ovunque andremmo incontro ad un sistema nel quale si costituiscono piccole repubbliche o l'Italia si ritrasformerebbe in un'Italia dei comuni dove ciascuno dirima da sé le questioni e pone le regole per il proprio ambito di competenza, creando sostanzialmente un quadro disorganico, disorganizzato e quindi non funzionale a quella omogeneità di trattamento che deve essere garantita sul piano nazionale. Quando ci si richiama allo Statuto di autonomia lo si può fare sicuramente nei termini in cui si sono richiamati altri colleghi, quindi ritenendolo limitativo per certi versi. Io ritengo invece che questo Consiglio provinciale sarebbe chiamato ad appellarsi allo Statuto di autonomia affinché quello che c'è già scritto nello Statuto sia effettivamente praticato. Sarà tema del dibattito che seguirà nel corso di queste giornate l'art. 19 dello Statuto di autonomia, che garantisce l'insegnamento nella propria madrelingua ma non vieta l'insegnamento veicolare della seconda lingua ai ragazzi, ai giovani per metterli nella condizione di entrare in possesso degli strumenti fondamen-

tali per affrontare le sfide del quotidiano nella nostra provincia, quindi la conoscenza della seconda lingua. Ci si appelli allora allo Statuto di autonomia per rivendicarne in questo caso la non applicazione piuttosto che il limite posto ad un esercizio di una arbitraria azione autonomistica oltre la misura attuale. Credo che l'omogeneità di ordinamento in questa materia, pur nell'autonomia riconosciuta alla Provincia autonoma di Bolzano, debba essere garantita, altrimenti andremmo ad aprire la strada ad una Italia dei comuni che appartiene al Medioevo.

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Frau Präsidentin, Kollegin Eva Klotz! Selbstverständlich klingt die Einforderung von Schul- und Bildungshoheit gut und ich verstehe auch den Gedanken, dass eine Sprachminderheit die volle Kompetenz bei der Gestaltung des Unterrichts und der Schultätigkeit haben muss. Soweit ein deutliches Ja! Allerdings bewegen wir uns nicht im gesetzfreien Raum. Wir müssen darauf achten, was momentan festgeschrieben ist. Im Artikel 8 des Autonomiestatuts sind die primären Kompetenzen der Provinz festgeschrieben, beispielsweise bezüglich Kindergärten und Berufsausbildung, und im Artikel 9 sind die konkurrierenden Kompetenzen beschrieben. Darunter fällt der Unterricht an Grund- und Sekundarschulen. So sieht die Situation momentan aus. Ich denke - aber da sind wir auch einer Meinung - Kollegin Klotz, dass Südtirol seine Studientitel nicht unabhängig von den Regelungen in Europa anerkennen kann. Logischerweise muss man bei der Einforderung dieser Kompetenzhoheit darauf achten, dass die Studientitel, die hier in Südtirol erlassen werden, weiterhin auch im nationalen Staatsgebiet Gültigkeit haben. Sonst tun wir den Schülern etwas Schlechtes, wenn sie plötzlich neben der Matura eine Zusatzprüfung machen müssen, welche auch im Rest Europas Gültigkeit hat. Wenn sich die Schüler bzw. zukünftigen Studenten nur mehr in einer italienischen Universität einschreiben können, haben wir ihnen nichts Gutes getan. Die Anerkennung der Studientitel sollte logischerweise in ein gesamtes Abkommen über Studientitel eingebettet sein, auf dass die Schüler danach keine Schwierigkeiten haben. So ist es momentan nicht der Fall. Bei der Berufsmatura haben sich die massiv vorgetragenen Bedenken jetzt leider Gottes als richtig herausgestellt. Wir haben gesagt, dass wir nicht gegen die Berufsmatura sind. Allerdings kann man Schülern bzw. Studenten nicht etwas anbieten, was anschließend keinen Wert hat. Wenn sie eine Prüfung ablegen und anschließend einen Zettel in der Hand haben, der nichts wert ist, nützt es ihnen nichts. Deswegen haben wir stets gefordert, man möge zumindest die rechtliche Situation mit Rom abzuklären, bevor man Lehrgänge einrichtet. Wir haben mit unseren Bedenken leider Gottes Recht behalten.

Erstens ein Ja zur Bildungs- und Schulhoheit, die jedoch in nationale Regeln eingebettet sein sollte, auf dass wir den Studenten nicht ihren Bildungsweg vermasseln. Zweitens, eine politische Wertung, Frau Klotz! Ich habe die Artikel des Autonomiestatuts zitiert. Wir wissen, dass jeder Abgeordnete des Landtages die Initiative ergreifen kann, Änderungsvorschläge zum Autonomiestatut zu unterbreiten. Wir haben

auch nach der Reform des Statutes die Möglichkeit, im Landtag genehmigte Änderungsvorschläge nach Rom zu schicken. Wir könnten also jeden Tag tätig werden. Warum sind wir momentan nicht tätig? Weil hier relativer Konsens darüber herrscht, dass nun vielleicht nicht der politisch opportunistische Zeitpunkt ist, um Änderungsvorschläge zum Autonomiestatut nach Rom zu schicken. Unser Konsens bestand darin, die Verabschiedung des Einvernehmensgesetzes abzuwarten, wonach das Autonomiestatut nur dann abgeändert werden kann, wenn der Landtag sein Ja dazu abgibt. Insofern habe ich ein bisschen Probleme mit der Formulierung, die da lautet, die Bildungshoheit mit Nachdruck zu betreiben und diese sofort konkret einzufordern. Das bedeutet nichts anderes, als unsere Parlamentarier in Rom damit zu beauftragen, jetzt in diesem Augenblick eine Änderung des Statutes vorzulegen. Da würde ich ein bisschen zur Vorsicht raten. Ich glaube nicht, dass jetzt der günstigste Augenblick ist. Wir werden uns bei Ihrem Beschlussantrag der Stimme enthalten. Selbstverständlich ist es wichtig, dass wir soviel wie möglich autonom beschließen können, eingebettet in ein nationales und europäisches Regelwerk der Anerkennung der Studientitel, aber diese Forderung sofort konkret mit den einleitenden Schritten zur Änderung der Statuten umzusetzen, davor würden wir im Moment warnen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsident! Das, was im beschließenden Teil steht, ist zu unterstützen, weil wir der Meinung sind, dass die Bildung einer der wichtigsten Bereiche überhaupt ist. Die Ausbildung unserer Jugendlichen sollte auf der politischen Tagesordnung ganz oben stehen. Wenn dieses Thema auch im Alltagsleben grundsätzlich eines der politischsten Anliegen ist, dann müssten wir bestrebt sein, die Angelegenheit selber in die Hand zu nehmen. Deshalb scheint es mir nicht nur sinnvoll, sondern geradezu notwendig zu sein, dass wir auf allen Ebenen versuchen, die Schul- und Bildungshoheit zu bekommen. Dazu braucht man nichts mehr zu sagen. Von uns ein klares Ja!

PRÄSIDENTIN: Ich möchte eine Delegation aus Thailand begrüßen, die derzeit unsere Arbeiten verfolgt und sich gerade in Südtirol aufhält, um sich mit unserer Autonomie und dem Minderheitenschutz auseinanderzusetzen.

Landesrat Saurer, Sie haben das Wort, bitte.

SAURER (Landesrat für deutsche Schule, deutsche und ladinische Berufsbildung sowie Bildungsförderung - SVP): Verehrte Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es war immer der Wunsch der Südtiroler, eine Bildungshoheit nach dem Muster der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten. Es hat große Auseinandersetzungen gegeben, um jene Autonomie zu erlangen, die wir zur Zeit haben. Gerade im Zusammenhang mit der Verfassungsreform 2001 ist immer wieder darauf hingewiesen worden, dass man die Kompetenzen in Bezug auf die Steuerhoheit, die Polizei, die Schule und das Gesundheitswesen an die Regionen abgibt. Im Grunde genommen

ist aber konkret nicht viel passiert. Im Gegensatz zur Steuerhoheit, bei der auf gesamtstaatlicher Ebene thematisiert wird, hört man auch von Seiten der neuen Regierung eigentlich sehr wenig vom Schul- und Bildungsbereich. Italien ist im Zusammenhang mit dem Schul- und Bildungsbereich nach wie vor ein zentralistischer Staat. Er hat uns weiterreichende Kompetenzen als den übrigen Regionen übertragen. Denken wir nur an die ausschließliche Kompetenz im Bereich der Kindergärten, im Bereich der Berufsschulen, aber auch im Zusammenhang mit der Bildungsförderung, die sogenannte Schulfürsorge und dem Schulhausbau. In diesen Bereichen haben wir primäre Kompetenz. Wenn man ein bisschen durchs Land fährt, sieht man auch, dass diese Kompetenz entsprechend wahrgenommen wurde. Was dann die Grund-, Mittel- und Oberschulen anbelangt, haben wir die konkurrierende Kompetenz behalten. Es ist eine Tatsache, dass die Lehrer Staatslehrer geblieben sind, obwohl dem Land Südtirol die verwaltungsmäßige Regelung des dienstrechtlichen, aber auch des ökonomischen Bereiches übertragen worden ist. Wir können entsprechende Kollektivverträge abschließen und haben diese Aufgabe auch weitgehend wahrgenommen. Ich glaube, dass wir einen Stand der Autonomie erreicht haben, der über die Autonomie der anderen Regionen hinausgeht. Ich persönlich erwarte - realpolitisch - jetzt keine großen Sprünge in diesem Bereich, vor allem nicht mit dieser Regierung. Aber ich habe nichts dagegen, dass dieser Grundsatz, der immer ein Grundsatz der Südtirolpolitik war, bestätigt wird und man darauf hinarbeitet. Ich bin aber sehr, sehr skeptisch, dass wir diesen Grundsatz in absehbarer Zeit erreichen. Ich ersuche um getrennte Abstimmung zwischen den Prämissen, nach Absätzen, und dem beschließenden Teil des Beschlussantrages. Im beschließenden Teil würde ich eine kleine Korrektur vorschlagen, weil es effektiv immer das Bestreben der Südtiroler war, hier eine möglichst weite Bildungs- und Schulhoheit zu erreichen.

PRÄSIDENTIN: Ich verlese den von der Abgeordneten Klotz eingebrachten Änderungsantrag: "Der beschließende Teil wird wie folgt ersetzt: auf allen Ebenen, vor allem auch durch Einbindung der Südtiroler Parlamentarier in Rom, die Übernahme der Schul- und Bildungshoheit weiterhin mit Nachdruck zu betreiben."

"La parte impegnativa è così sostituita: a continuare a sollecitare con forza, a tutti i livelli e soprattutto, coinvolgendo i parlamentari altoatesini a Roma, l'assunzione della competenza esclusiva in materia di scuola e formazione."

Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort, bitte.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Man hat angeregt, dass ich diese Änderung vornehmen sollte. Der beschließende Teil wird jetzt wie folgt lauten: "*Deshalb verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung, auf allen Ebenen, vor allem auch durch Einbindung der Südtiroler Parlamentarier in Rom, die Übernahme der Schul- und Bildungshoheit weiterhin mit Nachdruck zu betreiben.*" Wenn Landesrat Dr. Otto Saurer sagt, er glaube nicht, dass die Schulho-

heit so schnell umsetzbar sein wird, so ist es meiner Meinung nach zu diesem Zeitpunkt doch wichtig, dieses Signal festzuhalten und sich die Verpflichtung vom Südtiroler Landtag mit möglichst viel Zustimmung zu holen. Die Forderung nach sofortiger konkreter Schulhoheit hätte ich natürlich gerne gestellt. Aber es gibt kritische Stimmen, die sagen, dass man es unter dieser Staatsregierung lieber nicht versuchen sollte. Frau Kollegin Kury, es ist mir sehr wohl bewusst, dass das Autonomiestatut diese Hoheit nicht vorsieht, aber auch die Finanzhoheit ist darin nicht vorgesehen und diese wird trotzdem angestrebt. Infolgedessen halte ich die Äußerung des Südtiroler Landtages zu unseren Bestrebungen für sehr wichtig und von außerordentlicher Bedeutung und Aussagekraft, gerade hinsichtlich der derzeitigen Konstellation in Rom sowie hinsichtlich der Meldungen, die wir von dort gehört haben. Ich bin mit der getrennten Abstimmung zwischen den Prämissen, nach Absätzen, und dem beschließenden Teil einverstanden.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen zuerst über den 1. Absatz der Prämissen ab: mit 4 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Wir stimmen über den 2. Absatz der Prämissen: mit 6 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen nun über den geänderten verpflichtenden Teil des Beschlussantrages ab: mit 4 Nein-Stimmen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 2 vom 8.4.2008, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Kury und Heiss, betreffend weitgehende Autonomie für alle Schulen des Landes bei den Lehrversuchen im Sprachunterricht.

Ordine del giorno n. 2 del 8.4.2008, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Kury e Heiss, concernente ampia autonomia di sperimentazione linguistica a tutte le scuole della provincia.

Unter Berücksichtigung, dass:

- 1. in den letzten Jahren die Zweisprachigkeitsprüfungen für sämtliche Laufbahnen, in allen Landesteilen und bei den Kandidaten aller Sprachgruppen eine immer geringere Erfolgsquote aufweisen;*
- 2. immer mehr Familien die Zweisprachigkeit als eines der wichtigsten Ziele bei der Ausbildung ihrer Kinder erachten;*
- 3. in der Schule mit italienischer Unterrichtssprache Lehrversuche im Gange sind, die auf einem Sach-Fach-Unterricht aufbauen;*
- 4. in der Schule mit deutscher Unterrichtssprache von verschiedener Seite ebensolche Lehrversuche gefordert werden;*
- 5. es immer mehr Kinder von Eltern mit verschiedener Muttersprache gibt, Kinder, die perfekt zweisprachig sind und für die, wie die Vorsitzende des deutschen Elternbeirates im Landtag erklärt hat, der Grundsatz der einzigen Muttersprache nicht gilt;*

6. *in verschiedenen Ortschaften des Landes Hunderte von Unterschriften für die zweisprachige Schule als Zusatzangebot zur muttersprachlichen Schule gesammelt wurden;*
7. *die Kinder inzwischen vermehrt in den Schulen der anderen Muttersprache eingeschrieben werden, was für die Schulen eine Herausforderung mit sich bringt, auf die sie häufig nicht vorbereitet sind;*
8. *der Verfassungsgerichtshof mit Urteil Nr. 430 vom 19. Dezember 2006 den Artikel 19 des Autonomiestatuts als Bestimmung interpretiert hat, die verpflichtend festlegt, dass muttersprachliche Schulen angeboten werden müssen, die jedoch nicht verbietet, dass zusätzlich mehrsprachiger Unterricht auf freiwilliger Basis angeboten wird;*

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

1. *allen Schulen des Landes eine weitgehende Autonomie bei den Lehrversuchen im Sprachunterricht zuzuerkennen und dabei die von Schulen und Eltern frei gewählten Sprachunterrichtsmethoden, einschließlich den zweisprachigen Sach-Fach-Unterricht und das Erlernen der Zweitsprache im Kleinkindalter in spielerischer Form zu gestatten und zu unterstützen;*
2. *eine Errichtung von mehrsprachigen Sektionen nach dem ladinischen Vorbild auch abseits der ladinischen Täler zuzulassen, wenn dies die Eltern von sich aus wünschen;*
3. *in enger Zusammenarbeit mit den drei Schulämtern und mit der Universität sämtliche operativen Voraussetzungen zu schaffen, damit die in den Punkten 1 und 2 genannten Lehrversuche von Erfolg gekrönt sind und mit einer begleitenden strategischen und wissenschaftlichen Unterstützung rechnen können.*

Considerato che:

1. *negli ultimi anni gli esami di bilinguismo mostrano un tasso di promozione sempre più basso in tutte le classi di carriera, in tutti i comprensori geografici e per i candidati di tutti i gruppi linguistici;*
2. *sempre più famiglie considerano il bilinguismo come uno degli obiettivi più importanti nella formazione dei propri figli;*
3. *nella scuola di lingua italiana sono diffuse sperimentazioni didattiche basate sull'apprendimento veicolare della lingua;*
4. *nella scuola di lingua tedesca si levano diverse voci che chiedono sperimentazioni analoghe;*
5. *cresce il numero di figli e figlie di genitori di diversa madrelingua, bambini e bambine perfettamente bilingui per i quali, come ha ricordato in Consiglio provinciale la presidente della consulta dei genitori di lingua tedesca, non vale il principio dell'unica madrelingua;*
6. *in diversi centri della provincia sono state raccolte centinaia di firme per la scuola bilingue come offerta aggiuntiva alle scuole in madrelingua;*

7. *è diffuso il fenomeno dell'iscrizione nelle scuole di altra madrelingua, soluzione che sottopone le scuole a un compito cui spesso non sono preparate;*
8. *che con sentenza n. 430 del 19 dicembre 2006 la Corte Costituzionale ha interpretato l'articolo 19 dello Statuto di autonomia come norma tesa a fissare l'obbligo di offrire scuole in madrelingua, ma senza il divieto di un'offerta aggiuntiva plurilingue e su base volontaria;*

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna

la Giunta provinciale

1. *a riconoscere ampia autonomia di sperimentazione linguistica a tutte le scuole della provincia, consentendo e sostenendo i metodi di apprendimento linguistico liberamente scelti da istituti e genitori, compreso l'uso veicolare delle lingue e l'apprendimento precoce in forma ludica della seconda lingua;*
2. *a rendersi disponibile all'istituzione di sezioni plurilingue sul modello ladino anche al di fuori delle valli ladine ove ne sia fatta libera richiesta da parte dei genitori;*
3. *a creare tutti i presupposti operativi, in stretta collaborazione con le tre intendenze scolastiche e con l'università, affinché le sperimentazioni di cui ai punti 1 e 2 siano coronate da successo e vengano accompagnate da un costante sostegno operativo e scientifico.*

Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

URZÌ (AN): Io ho appena presentato un emendamento sostitutivo all'ordine del giorno n. 2 che interviene in modo più significativo sulla parte impegnativa. Ora l'emendamento viene consegnato al primo firmatario del gruppo Verde, consigliere Dello Sbarba a cui mi sono sentito in dovere di sottoporlo in precedenza il quale, con garbo, mi ha fatto presente che non era sua intenzione accoglierlo, ma in quanto sostitutivo dell'intero ordine del giorno, mi è sembrato. Poi articolerà il pensiero per una valutazione di merito. Sarà il collega Dello Sbarba a dare le sue indicazioni in modo che se ne possa prendere atto.

Credo in questo caso di poter fare una valutazione immediata sull'accoglimento o meno dell'ordine del giorno in modo da verificare anche l'opportunità o meno di un compito gravoso per l'amministrazione del Consiglio in termini di distribuzione del testo ecc., però chiederei che il testo venga comunque in ogni caso letto per esserne data conoscenza al Consiglio.

PRÄSIDENTIN: Ich verlese nun den von den Abgeordneten Urzì, Minniti und Sigismondi eingebrachten Ersetzungsantrag: "Considerato che

1. negli ultimi anni gli esami di bilinguismo mostrano un tasso di promozione sempre più basso in tutte le classi di carriera, in tutti i comprensori geografici e per i candidati di tutti i gruppi linguistici;
2. sempre più famiglie considerano il bilinguismo come uno degli obiettivi più importanti nella formazione dei propri figli;
3. nella scuola di lingua italiana sono diffuse sperimentazioni didattiche basate sull'apprendimento veicolare della lingua;
4. nella scuola di lingua tedesca si registrano richieste di potenziamento dell'insegnamento della seconda lingua;
5. è cresciuto il numero di figli e figlie di genitori di diversa madrelingua;
6. è diffuso il fenomeno dell'iscrizione nelle scuole di altra madrelingua, soluzione che sottopone le scuole a un compito aggiuntivo;
7. che con sentenza n. 430 del 19 dicembre 2006 la Corte Costituzionale ha dato atto che l'articolo 19 dello Statuto di autonomia è norma tesa a fissare l'obbligo di offrire scuole in madre lingua senza il divieto di un'offerta aggiuntiva su base volontaria;

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO PROVINCIALE IMPEGNA

LA GIUNTA PROVINCIALE

affinchè:

1. siano sostenute tutte le scuole della provincia che adottano iniziative di potenziamento dell'insegnamento delle lingue nel quadro delle norme dell'autonomia scolastica e secondo i seguenti criteri:
 - a) le scuole si impegnano a proseguire il potenziamento linguistico nella classe successiva fino al completamento del ciclo di istruzione e con possibilità di prosecuzione nel grado scolastico successivo;
 - b) le scuole prevedono la continuità del progetto sulle classi entranti negli anni scolastici successivi;
2. il sostegno della Giunta provinciale sia realizzato tenendo conto dell'autonomia delle istituzioni scolastiche nella determinazione del modello didattico, autonomia che include la possibilità di articolazione del monte ore complessivo in lingua veicolare e la scelta degli ambiti disciplinari di insegnamento con modalità veicolare;
3. con particolare riferimento alle scuole che adottano l'uso veicolare delle lingue il sostegno della Giunta provinciale consista in particolare:
 - a) nel garantire nell'organico della scuola le risorse di personale insegnante necessario;

- b) nel realizzare, in relazione ai percorsi definiti in autonomia scolastica, iniziative di accompagnamento ed attività di monitoraggio e verifica, attraverso gli Istituti pedagogici e in raccordo con le strutture universitarie e di ricerca."

Abgeordneter Dello Sbarba, nehmen Sie den Ersetzungsantrag an?

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda):

L'emendamento sostitutivo dei colleghi di Alleanza Nazionale è simpatico, ma non viene accettato. Se i colleghi non si ricordano il termine per presentare un proprio ordine del giorno mi dispiace, fra l'altro il loro è più restrittivo del nostro e adesso spiego perché. Noi proponiamo di partire dall'autonomia scolastica per realizzare tutta la possibilità di sperimentazione linguistica che l'autonomia scolastica consente, più sezioni plurilingue formate da alunni di lingua italiana e tedesca, e altre lingue, insegnanti di lingua italiana e tedesca che insegnano in forma veicolare le loro materie e sono gestiti dalle due scuole insieme, dai due istituti pedagogici insieme, e accompagnati da un monitoraggio dell'università plurilingue, cioè sezioni plurilingue costituite dalla collaborazione fra la scuola italiana e tedesca. Questo significa dare la possibilità di esportare il modello ladino fuori dalle valli ladine. Abbiamo detto ieri che i ladini non hanno patito della loro identità dato che nel 1971 erano 15.400 e nel 2001 sono diventati 18.700, quindi la scuola plurilingue ladina non ha fatto scomparire il gruppo ladino. Chi ha letto l'indagine sulle opinioni degli altoatesini pubblicata sul settimanale "FF" ha scoperto che il 98% della popolazione di lingua italiana è per la scuola bilingue, il 73% della popolazione di lingua tedesca è per la scuola bilingue, in tutto l'81% dei sudtirolesi altoatesini è per la scuola bilingue.

Noi abbiamo presentato un modello di questa scuola bilingue che parte dal basso, parte dal fatto che due scuole si gemellano, preferibilmente due scuole che sono l'una accanto all'altra, penso ai due ITC di via Cadorna a Bolzano, ai due licei classici ecc. ...

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Dello Sbarba, erläutern Sie den Beschlussantrag oder sagen Sie...

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda):

Ich habe es schon erledigt.

Riprendo il filo del discorso. Quindi anche indagini di opinione rappresentative, come l'ultima che ho citato, dimostrano che i pregiudizi verso la sperimentazione delle lingue e l'importanza dell'obiettivo del plurilinguismo è molto forte, i pregiudizi sono via e nella popolazione è molto forte la spinta al plurilinguismo. Il modello che proponiamo è un modello in cui si valorizzi l'autonomia scolastica, che due scuole su base volontaria di queste scuole e dei genitori mettano sostanzialmente insieme due classi, mescolino gli studenti, gli insegnanti, le lingue e, accompagnate dal monitoraggio delle Intendenze e degli istituti pedagogici e dal sostegno didattico dell'università,

realizzino delle sezioni sperimentali su impostazione dell'insegnamento bilingue. Ripeto sezioni sperimentali, perché non vogliamo sostituire, come invece è stato fatto in val D'Aosta, la scuola in madrelingua, che deve rimanere e le istituzioni hanno il dovere di garantirla, perché è ancorata allo Statuto, ma lo Statuto non vieta di offrire delle possibilità aggiuntive alla scuola di madrelingua per chi se la sente, su base volontaria e sperimentale. Non ho detto io che l'articolo 19 dello Statuto non vieta quello che non dice, l'ha detto la Provincia, ha inserito l'italiano nella prima classe di scuola elementare tedesca. La collega Klotz ha fatto ricorso, la Provincia, credo l'avvocato Riz che è uno degli avvocati di fiducia della Provincia ma è anche un politico esperto che ha costruito un pezzo di autonomia di questa terra, ha scritto che il fatto che lo Statuto di autonomia dica che l'insegnamento della lingua italiana nella scuola tedesca inizia dalla seconda classe elementare non toglie il fatto che possa iniziare dalla prima. Quindi noi dobbiamo assolutamente garantire la scuola nella madrelingua, ma questo non toglie la possibilità di offrire delle sperimentazioni plurilingui che sono qualcosa che nasce dal dibattito e dalle sperimentazioni che ci sono, e qui bisogna dare atto alla scuola italiana in questi ultimi cinque anni di aver fatto passi da gigante nei termini della sperimentazione, però il nostro passo ulteriore è quello di creare un ambiente bilingue, perché spesso il limite delle sperimentazioni nella scuola italiana è che comunque spesso sono fatte nell'ambito della scuola italiana, mentre creare un ambiente bilingue attraverso una collaborazione fra due scuole, una tedesca e una italiana, che mettono insieme le loro risorse, i loro alunni e avviano questa sperimentazione sostenuta da tutto quello che la deve sostenere, università, istituti pedagogici ecc., è il creare un ambiente bilingue.

Prima che iniziasse questa scandalosa polemica su Bolzano relativa alle iscrizioni trasversali negli asili - che finalmente è finita - già lo dicevamo, perché nella mozione c'era già scritto "il fenomeno delle iscrizioni incrociate" e, assessore Saurer, perché una famiglia italiana iscrive il proprio figlio in una scuola tedesca e perché una famiglia di lingua tedesca iscrive il proprio figlio nelle scuole di lingua italiana? Non solo per un apprendimento tecnico della lingua, queste famiglie vogliono una socializzazione anche nell'altro ambiente linguistico, anche nell'altra cultura, perché ci sono mondi diversi. Il desiderio delle famiglie è quello di garantire una socializzazione non settoriale, non in un ambiente monolingue e monoculturale, rendendoli così cittadini al 100% di questa terra. Questo è il bisogno, perché se io voglio solo che tecnicamente mio figlio apprenda la lingua tedesca o italiana, lo mando a Firenze per un anno, a Monaco per un anno, e la lingua la apprende. Ma c'è un desiderio di una socializzazione non divisa in questa nostra provincia, e a questo desiderio c'è un blocco politico. Nessuno mi può negare che nonostante tutte le sperimentazioni che abbiamo c'è un blocco politico. Lei ricorderà, nel settembre 2007 nei servizi scritti da un giornale dell'Atesia, "la Zett", parlavano di "muro del silenzio" su corsi segreti di lingua italiana negli asili di Sarentino, Cornaiano e Ora. Poi faceva tutta una serie di interviste ai genitori che non volevano neanche dare il proprio nome e cognome, a dirigenti scolastici

che erano impauriti perché erano stati scoperti per aver dato l'aula per il corso di italiano e non sapevano cosa sarebbe successo loro, cosa che sembrava anche esagerata. Questo settimanale della casa editrice Athesia che non è certamente una casa editrice che vuole mettere a rischio l'identità della minoranza linguistica, la stessa casa editrice Athesia si stupiva del timore di questi genitori, che nessuno volesse uscire con la propria faccia, che gli insegnanti si nascondessero e fossero preoccupati. Tra l'altro pubblicava l'intervista ad un esperto che diceva: "Wegen Immersion verliert niemand die Identität", cioè "Per colpa dell'immersione nessuno perde l'identità". La gente si vergogna, e abbiamo ridotto così i nostri cittadini, perché c'è un veto della politica. Questo si sente nelle scuole che sanno che c'è un limite invisibile, "eine unsichtbare Grenze" come si chiamava quella ricerca sociologica sulla provincia di Bolzano. Questo muro invisibile va abbattuto. Noi proponiamo che il Consiglio provinciale in occasione della riforma della scuola dia un segnale politico, che non solo queste sperimentazioni e la possibilità di istituire sperimentazioni bilingui attraverso la collaborazione, l'incontro fra scuola italiana e scuola tedesca, questa è la novità della nostra proposta, non solo sia possibile, sia consentito, ma che è anche auspicato, perché di fronte al fatto che l'80% dei cittadini della nostra provincia si dice d'accordo con la scuola bilingue, cari assessori, i risultati degli esami di patentino di bi- e trilinguismo vanno sempre peggio. Dal 2001 al 2006 nella carriera A le promozioni sono passate dal 66 al 51%, dal 36 al 23% nel gruppo B, dal 49 al 38% nel gruppo C, in tutto dal 52 al 42%. In cinque anni c'è il 10% in meno di promozioni. Qualcosa non va! Da un lato c'è il bisogno delle famiglie nell'auspicare il bilinguismo, dall'altro c'è un calo delle capacità linguistiche. Bisogna avere fiducia nelle scuole, nelle famiglie, bisogna togliere questo blocco che la politica impone alla società, dare la libertà alla società di sperimentare le strade che vuole, naturalmente con l'obbligo delle istituzioni a garantire comunque per chi lo desidera, la scuola in madrelingua che è dovere statutario.

URZÌ (AN): C'è un elemento che ci ha posto di fronte a dei pesantissimi interrogativi, a dire la verità ci ha fatto dare delle risposte che non sono venute sinora in termini credibili da parte dell'Amministrazione provinciale e della Giunta. L'elemento è quello del dibattito che è seguito alle proposte che nel tempo si sono succedute, oggi di particolare attualità in relazione all'ipotesi di norma di attuazione allo studio della Commissione dei sei e che il Governo sarà chiamato a valutare, che mira ad introdurre l'equipollenza dei titoli al patentino di bilinguismo. Si è posto più di una volta il tema della necessità di prevedere il rilascio automatico del patentino di bilinguismo gruppo B con il superamento dell'esame di maturità, del patentino gruppo C con la licenza media, e si è fatto un ragionamento di questo tipo, lo semplifico. Nel momento in cui termino un ciclo di studi, soprattutto con la maturità affronto una prova specifica di seconda lingua, la supero, ottengo una certificazione da parte della scuola che dice: sì, hai gli elementi per poter ottenere il tuo grado di maturità. Ebbene dovrebbe essere riconosciuto automatico il diritto al possesso di quel patentino di bi-

linguismo che dovrebbe essere la naturale conseguenza di un ciclo di studi. Si è posta l'obiezione che questo non può accadere, perché al termine del ciclo di studi alle superiori non si conosce bene la seconda lingua, non si hanno le competenze linguistiche. Questa è l'ammissione di responsabilità da parte dell'amministrazione provinciale rispetto al fallimento di un modello educativo in provincia di Bolzano per quanto attiene il comparto insegnamento della seconda lingua. Allora se questo si ammette da parte della Giunta provinciale, "non possiamo automaticamente riconoscere il patentino, perché non avete le competenze linguistiche", si devono porre in essere gli strumenti utili per superare questo gap. Ma questo non avviene, perché c'è invece la chiusura in difesa, al di là di alcune timide aperture contenute anche in questo testo di legge all'articolo 14, comma 5. C'è la difesa in chiusura di un modello scolastico che non prevede un sostanziale, significativo accoglimento di un principio che è nelle volontà della gente, che è quello dell'uso veicolare della seconda lingua come unico e indispensabile strumento per poter avere un approccio naturale con l'altra lingua, comprenderne le sue potenzialità come elemento di comunicazione, non semplicemente come materia da studiare per ottenere un sei e poi essere licenziati con una pacca sulla spalla.

Questo ordine del giorno ci offre indubbiamente degli spunti di riflessione. Non ci va bene nei termini in cui è stata proposta per diverse ragioni, primo perché riconosce ancora una volta, ed è un limite della politica altoatesina, il diritto della Provincia autonoma di Bolzano di autorizzare. Lo si dice esplicitamente: "chiede alla Provincia di Bolzano di rendersi disponibile all'istituzione ...". Questo vuol dire che la politica autorizza, quando noi invece partiamo da un percorso opposto, ossia riconosciamo il valore dell'autonomia delle istituzioni scolastiche, che è stata inserita in legge, ma che è stato profondamente limitato, perché è nell'ambito dell'autonomia delle istituzioni scolastiche che deve nascere quel virtuoso modello formativo ed educativo per quanto riguarda la seconda lingua, che però deve essere fondato su principi fondamentali. E alcuni di questi principi - riprendiamoci il verbale della discussione sull'autonomia della scuola - era quella di garantire per esempio un organico fondamentalmente necessario per supportare uno sforzo se lo si vuole mettere in campo. Secondo, gli strumenti finanziari per poterlo affrontare. Terzo anche l'autonomia organizzativa dell'istituzione scolastica per poter promuovere questo tipo di movimento e di innovazione. Tutti questi elementi scompaiono in questo ordine del giorno.

Ma non voglio soffermarmi solo sugli aspetti negativi, ce ne sono anche di positivi, e di positivo ci sono il modello e il principio. Non è positivo introdurre attraverso il discorso binario escludendo in questo momento la scuola paritetica delle valli Gardena e Badia, quindi il modello della scuola italiana e tedesca nell'ambito della quale noi pensiamo soprattutto alla scuola in lingua italiana dove forte è questa esigenza, oltre a queste due scuole, una intoccabile per statuto, che è la scuola in lingua per la minoranza, l'altra intoccabile per una questione etnica, che è la scuola per la minoranza reale in lingua italiana per la provincia di Bolzano, un terzo percorso scolastico che di fatto viene a costituire un polo attrattivo che come prima conseguenza

avrebbe la chiusura delle scuole italiane di tutta la provincia di Bolzano della periferia. Questo non lo possiamo permettere. Noi dobbiamo invece permettere l'introduzione di strumenti di autonomia reale nella scuola in lingua italiana, perché dove maggiore è stata la dimostrazione di un interesse, di uno sviluppo in questo senso, possano svilupparsi queste forme armoniche di insegnamento veicolare della seconda lingua.

Concludo proponendo all'attenzione di quest'aula la delibera della Giunta provinciale di Trento del 24.8.2007, in cui si promuoveva, a decorrere dall'anno scolastico 2007-2008, l'insegnamento plurilingue presso l'ITC di Mori, e specificatamente della lingua inglese per la prima classe della scuola primaria ecc., in cui si stabiliva esattamente quello che doveva essere fatto a Bolzano, ossia la garanzia di un processo che parte e si sa che si conclude alla fine di un ciclo di studi in modo da produrre giovani che siano adeguati ad affrontare le sfide del quotidiano in Alto Adige bilingui. Lo si fa in Trentino con tanto di delibere, in Alto Adige siamo ancora a parlarne come se si trattasse di un muro invisibile e invalicabile per superare il quale significherebbe mettere in discussione l'autonomia. Questo è il paradosso della nostra terra, ed è l'incapacità della nostra terra di saper rispondere alle esigenze della nostra comunità. Speriamo che qualcosa cambi già dal dibattito su questa legge.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Wenn man die Worte von Alessandro Urzì hört, dann müsste man ihm sagen: Kollege Urzì, lösen wir uns vom Staat Italien, bestimmen wir unser Schulsystem und die anderen Sachen selbst, dann können die Italiener in ihren Schulen tun und lassen, was sie wollen! Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass wir nicht an der römischen Schnur hängen! Wir sollten es hier in Südtirol ausmachen. Dann können die Italiener in ihren Schulen tun und lassen, was sie wollen. Das wäre das Schönste und Einfachste, was wir tun können! Es geht dir so sehr darum, dass die italienischen Kinder besser Deutsch lernen, dass sie viele Fächer in deutscher Sprache haben. All das könntest du haben, wenn wir Südtiroler nicht immer Angst vor der römischen Keule, vor den römischen Einsprüchen, vor der römischen Gefahr und vor der Assimilierung haben müssten. Denke einmal darüber nach!

Ich werde gegen diesen Beschlussantrag stimmen. Ich muss immer wieder den Aostaner Etienne Andrione zitieren, der nur vor diesem Weg warnen kann. Er sagt Folgendes: "*Das Projekt, die Bevölkerung intellektuell zu knechten und sie des ethnischen Bewusstseins und des Mittels, um es zu erlangen, der Sprache, zu berauben, wurde, während und nach dem Faschismus, mit brachialer Gewalt und vom Königreich Italien verfolgt. Nach dem verlorenen 2. Weltkrieg wird sich Italien raffinierte-rer, wenn nicht noch wirksamerer Mittel bedienen. Der Betrug ist das Hauptinstrument, damit wird jeder Widerstand im Keim erstickt. Dieser Betrug hat einen Namen: "Zweisprachigkeit". Die Überlegung, an und für sich verführerisch: Jede Sprache bedeutet eine Bereicherung der Persönlichkeit. Also sind zwei Sprachen besser als nur eine. Und da man im Kindesalter besser Sprachen lernt, müssen bereits Kinder beide*

Sprachen erlernen. Auch wird nicht-italienischsprachigen Eltern empfohlen, mit dem Kind auch Italienisch zu sprechen, damit es nicht benachteiligt, sondern die Wonne der Zweisprachigkeit voll genießen könne. Was dann geschieht: Das Kind entwickelt eine instinktive sprachliche Unsicherheit, die es schlussendlich beendet, indem es sich fast automatisch für die Stärkere der beiden Sprachen entscheidet. Und, in einem Staat ist die Amtssprache immer die stärkste, in Italien die italienische. Dies ist die Sprache der Verwaltung, letztendlich der legitimen Gewalt oder, nach Guy Heraud, die Sprache des unwiderstehlichen Zwangs. Wer hier schreibt, ist einer der letzten Aostaner französischer Muttersprache. Er hat diese Sprache mühsam wiedererlernen müssen, als er gemerkt hatte, wie sehr er inmitten einer italienischen Umgebung sein Französisch bereits italianisiert hatte, zuerst mit den übernommenen Wörtern, dann auch mit italienischen Sprachgebilden im Französischen. Die Ähnlichkeiten zwischen beiden Sprachen erleichtern diesen Vorgang, darunter leidet aber die "verfälschte" Sprache tödlich." In diesem Fall würde also die Syntax nach dem italienischen Muster angewandt und dergleichen mehr. Ich zitiere weiter: "Die Lage in Südtirol ist offensichtlich ganz anders als die im Aostatal, und der Gang der Dinge wäre ein anderer, selbst wenn ihr versuchen würdet, unserem Beispiel zu folgen. Dennoch verläuft alles nach demselben Prinzip: Den Fuchs in den Hühnerstall einschleusen, im Namen des sozialen Friedens und der kulturellen Bereicherung. Sobald der Fuchs kann, frisst er die Hühner. Es geht mir hier nicht darum, die wunderschöne Kultursprache Italienisch zu schmähern, oder das Belpaese selbst, so reich an Kunst und Intelligenz. Ich will auch nicht in sich geschlossene und von der Welt abgesonderte Gemeinschaften erfinden, selbst nicht den Vorteil leugnen, mehrere Sprachen zu beherrschen. Aber man muss wissen, dass ein zentralistischer Staat wie Italien, mit einer faschistischen Vergangenheit, die nie wirklich zur Vergangenheit gezählt hat, immer wieder zur Zerstörung seiner Minderheiten neigen wird, mit der Gewalt und mit der Korruption, die schon für sich sehr wirksame Waffen sind. Es wird aber auch zur besonders heimtückischen Waffe greifen: Als Frieden zu verkaufen, was an sich ein hinterhältiger Kleinkrieg ist." Es ist ein täglicher Krieg, um das wahre Recht auf Gebrauch der Muttersprache einzufordern. Etienne Andrione sagt weiter: "Der einzige Weg einer Minderheit, um zu überleben, ist unbeugsam zu bleiben. Es wäre absurd, ihr vorzuwerfen, unbeugsam zu sein: Kein Volk sucht sich das Schicksal aus, vor dem Gespenst der eigenen Zerstörung zu stehen. Man sollte sich nicht wundern, wenn es zumindest versucht, diese Perspektive von sich abzuwenden."

PASQUALI (Forza Italia): Sull'argomento del bilinguismo non ho mai capito l'atteggiamento contraddittorio del partito di maggioranza che governa questa provincia. Per anni ho sentito delle accuse e delle critiche pesanti sulla comunità linguistica italiana perché non conosce il tedesco, la cui mancata conoscenza rendeva difficile anche il rapporto umano fra la popolazione. Nel momento in cui gli italiani si sono perfettamente resi conto della necessità del bilinguismo, hanno cominciato ad iscrivere

i propri bambini negli asili di lingua tedesca, nelle scuole elementari di lingua tedesca, e a chiedere la costituzione di scuole bilingui o quanto meno di poter fare l'immersione linguistica, c'è stata una levata di scudi pesantissima da parte della SVP e della Giunta provinciale. Questo non lo capisco. Siamo in una provincia autonoma in cui vivono numerosi gruppi linguistici, e non siamo solo italiani, tedeschi e ladini, perché ci sono 50 mila mistilingui e 35 mila immigrati ufficiali, ma sappiamo che ce ne saranno altrettanti. La situazione linguistica e politica della nostra provincia in 36 anni dallo Statuto di autonomia si è modificata completamente. Io ho una famiglia mistilingue in cui si parla indifferentemente italiano e tedesco, e per anni come associazione famiglie mistilingui "Convivia" ci siamo battuti per una scuola bilingue rispettando ovviamente la presenza di una scuola di lingua tedesca e una scuola di lingua italiana sul modello della scuola ladina che ha questa immersione linguistica che consente a tutti di essere perfettamente trilingue. Si può dire che tutti i ladini escono dalla scuola conoscendo sia l'italiano che il tedesco. L'articolo 19 dello Statuto è stato interpretato in maniera diversa, però è importante quanto ha detto prima il collega Dello Sbarba, che quello che non dice lo consente. Non c'è nessun divieto di imparare l'altra lingua nella prima classe elementare o negli asili. Se c'è un pericolo di perdita di identità, come diceva prima la collega Klotz, questo pericolo lo corre molto di più la comunità linguistica italiana che è in netta minoranza in provincia. Io sono testimone che ad esempio nella scuola "Rosmini" davanti a casa mia la maggior parte di coloro che frequentano la scuola tedesca sono di lingua italiana. Ebbene, imparano sicuramente la seconda lingua forse a discapito proprio di questa identità, ma è talmente importante per noi il principio del bilinguismo da superare tutte queste difficoltà. La società si è evoluta, non siamo più nel periodo dell'assessore Zelger che diceva che più saremo separati più ci comprenderemo, perché siamo diretti verso una società multilingue e multiculturale. Quindi la lingua è un veicolo importantissimo non solo per informazioni reciproche ma anche per il rispetto degli usi e dei costumi dell'altro gruppo e per realizzare una perfetta convivenza.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsident! Einige Punkte der Prämissen werden sicherlich stimmen, andere stelle ich ganz einfach in Zweifel. Ich glaube euch nicht, wenn ihr behauptet, dass immer mehr Familien die Zweisprachigkeit als eines der wichtigsten Ziele bei der Ausbildung ihrer Kinder erachten. Wer hat das erforscht? Wenschon geht es um mehrere Sprachen. Die Zweisprachigkeit interessiert - das getraue ich mich zu sagen - vordergründig lang nicht alle. Landesrat Saurer hat gestern von der funktionalen Zweisprachigkeit gesprochen. Wenn wir davon reden, wird er wahrscheinlich Recht haben. Aber das Prinzip der Zweisprachigkeit an und für sich ist nach meinem Dafürhalten längst überholt. Es geht darum, dass wir unseren Kindern eine Ausbildung bieten, bei der die Sprachen eine immer größere Rolle spielen. Wenn man etwas provokant sein möchte, könnte man sagen, dass den deutschen Südtirolern die Kenntnisse der englischen Sprache mehr nützen als die der italieni-

schen. Das mag jetzt provokant klingen, aber ich sage es trotzdem. Ich habe auch kein Problem damit. Ich bin sicher, dass viele Leute dies bedingungslos unterstreichen. Damit sage ich nicht, dass wir kein Italienisch lernen sollen. Ich möchte nicht falsch verstanden werden, aber denken Sie an die praktische Auswirkung! Gehen Sie ins Ahrntal, nach Langtaufers oder in ein anderes Seitental Südtirols und schauen Sie, wie oft ein deutscher Südtiroler dort Italienisch spricht, wenn er von der Schule weg ist.

Ich habe mit meinem gestrigen Beschlussantrag zur Immersion die Diskussion bereits vorweggenommen. Ich wehre mich nach wie vor vehement gegen diese Versuche, weil sie eine Tarnung darstellen. Ich bin froh, wenn jeder Einzelne mehrere Sprachen lernen will und lernen kann. Das Märchen, dass diejenigen, die gegen die Immersion sind, auch dagegen wären, dass die Kinder mehrere Sprachen erlernen, lasse ich mir nicht aufzischen. Es kommt auf die Methode und auf das Wie an. Hier werden Dinge zitiert, die ein bisschen oberflächlich dahergesagt sind und das Grundanliegen einer politischen und vor allem ethnischen Minderheit vergessen. Ich habe nichts gegen Sprachwissenschaften und das Erforschen neuer Methoden, aber wir haben als Politiker auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass die Minderheiten- und Volksgruppenpolitik keinen Schaden nehmen. Das ist eine - so wie ich es empfinde - der elementarsten Aufträge eines Südtiroler Politikers der deutschen und ladinischen Volksgruppe. Wenn man natürlich für die Vermischung ist, dann wird man es anders sehen. Darauf läuft es hinaus, da kann man sagen, was man will! Beim letzten Punkt im beschließenden Punkt fehlt ein ganz entscheidendes Wort, wenn es heißt: *"in enger Zusammenarbeit mit den drei Schulämtern und mit der Universität sämtliche operativen Voraussetzungen zu schaffen, damit die in den Punkten 1 und 2 genannten Lehrversuche von Erfolg gekrönt sind und mit einer begleitenden strategischen und wissenschaftlichen Unterstützung rechnen können."* Ohne finanzielle Unterstützung wird es nicht möglich sein, außer man meint mit "den operativen Voraussetzungen" Strukturen und Personal. Das kostet natürlich sehr viel Geld. Ich möchte nicht bei der Ausbildung als erstes sparen, aber man muss sich genau ausrechnen, wie viel das für ganz Südtirol kostet. Habt ihr einmal ausgerechnet, wie viel Räumlichkeiten bzw. Personal es dafür braucht? Wir sind nicht einmal imstande, die Sprachkurse umzusetzen, von denen wir immer so groß reden. Es gibt keine Strukturen dafür und das Personal draußen ist hilflos. Eines sollte man nicht vergessen, wenn man an den Kindergarten denkt: Der Kindergarten ist keine Sprachschule. Im Kindergarten müssen die Kinder so betreut werden, dass sie Kinder sein können. Man möchte von dieser Seite aus schon kleine Sprachschulen daraus machen. Außerdem ist das Problem der Einwanderung erwähnt worden. Stellen wir uns einmal vor, wenn wir jedem Einwandererkind oder jeder Einwandererfamilie soweit entgegenkommen, dass sie eine Ausbildung in der Muttersprache bekommt und dergleichen Dinge mehr. Dies wird von dieser Seite wieder eingefordert. Wie wollen wir das organisieren, wenn man von "operativen Voraussetzungen" spricht? Wie soll das vonstatten gehen? Wir haben ein Schulsystem, welches auf die Autonomie aufbaut. Wir haben drei Sprachgruppen, die deutsche, die italienische

und die ladinische Schule. Es mag sein, dass die verschiedenen Schulen anders organisiert sind. Auch hier vertrete ich die Meinung, dass, wenn man uns die absolute Hoheit überträgt, wir unser Schulsystem gestalten können, wie wir es wollen, was natürlich auch für die anderen gilt. Aber solange das nicht der Fall ist, sehen wir das immer noch als ein trojanisches Pferd, als Unterwanderung, als Verwässerung usw. Bei den Grundsätzen dürfen wir nicht weichen. Es tut mir Leid, dass die Landesregierung gestern nicht mehr am Immersionsverbot festgehalten hat. Im Jahre 2000 hatte ich denselben Antrag eingebracht. Damals hat die SVP diesem Antrag noch zugestimmt. Ich leite davon ab, dass die SVP heute nicht mehr gegen den Immersionsunterricht ist. Sie soll nicht einmal hü und einmal hott sagen, einmal ganz und einmal halb dagegen sein. Die Leute wissen nicht mehr, woran sie bei dieser Partei sind.

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass bei diesem Thema immer die Wogen hochgehen und dass es häufig immer wieder bei Schlagworten bleibt, die wir uns hier in der Kürze der Zeit sagen können. Ich möchte nur an etwas erinnern, woran sich vielleicht viele Kollegen, die jetzt seit fünf Jahren oder noch länger hier im Landtag sind, wie Kollege Leitner, Frau Klotz, Landesrat Saurer, erinnern können, eine Szene, die uns immer wieder passiert. Wir treffen internationale Delegationen, sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland, und spätestens beim Mittagessen, wenn nicht schon vorher, kommt die Frage zum Schulsystem. Spätestens in diesem Moment geht durch die Bank - ich habe in meinen fünfzehn Jahren hier im Landtag keine anderen Erfahrungen gemacht - die Frage: Habt ihr keine zweisprachigen Schulen, trennt ihr eure Kinder in den Schulen? Warum um Gottes Willen? Wir bemühen uns, in Düsseldorf oder anderswo, darum, dass unsere Kinder möglichst früh Sprachen lernen und ihr, die ihr eine derart gute Ausgangsbasis habt, tut alles, um eine einmalige Chance zu verhindern, nämlich eure Jugendlichen mehrsprachig aufwachsen zu lassen? Pius Leitner und Eva Klotz, könnt ihr diese Stellungnahmen bestätigen? Ich habe sie zur Kenntnis genommen. Es ist manchmal wirklich anachronistisch, wie hier über die Mehrsprachigkeit diskutiert wird. Diese ausländischen Delegationen - jetzt verlagere ich es einmal ins Ausland, damit sich hier niemand betroffen fühlt - sagen Folgendes: Selbstverständlich geht es einerseits um die Sprachkenntnis. Logischerweise sollten heute jeder Mensch bzw. vor allem die Jugendlichen mehrere Sprachen beherrschen. Das könnte bei euch der Fall sein. Parallel dazu hätten sie die von niemand geleugneten besseren beruflichen Ausgangschancen als jene, die einsprachig sind. Schaut euch in der Wirtschaft um und ihr werdet sehen, dass mehrsprachige Personen "weggehen wie die warmen Semmeln" und umworben sind. Aber es geht mir nicht ausschließlich um die notwendige Sprachkenntnis, sondern auch - das ist in diesem Beschlussantrag enthalten - um die in Europa immer notwendige Fähigkeit, mit einer anderen Kultur positiv umzugehen und das von klein auf zu lernen. Das ist der zweite Punkt, der - denke ich - auch Südtirol zusammenhalten kann. Da komme ich auf die Position von Alleanza Na-

zionale zurück, welche spiegelgleich mit der offiziellen Position der Südtiroler Volkspartei ist: Mehrsprachigkeit ist ein Ziel, aber dieses Ziel erreichen wir nicht, indem wir unsere Kinder trennen und sie in den getrennten Schulen in der zweiten Sprache drillen. Hier ist ein Denkfehler enthalten. Wir wissen, dass man Sprache durch Kommunikation lernt bzw. am besten in natürlichen Kommunikationssituationen, bei denen sich die Leute etwas sagen wollen. Deshalb waren wir nie die Verfechter des Tabuwortes "Immersion" in erster Linie. Wir haben stets gesagt: Immersion ist eine der vielen Möglichkeiten, um die Sprache zu unterrichten. Aber sie funktioniert nur in einem einsprachigen Land, in dem die Menschen keine anderen Möglichkeiten haben. Für uns ist die Immersion keine gute Methode. Sie ist eine Einschränkung, weil wir tatsächlich die Möglichkeit haben, im Kontakt mit anderssprachigen Menschen die Zweitsprache sozusagen als Nebenprodukt spielerisch zu erlernen und dadurch folglich den Umgang mit den anderen zu fördern.

Ich komme nun zum nächsten Punkt von Pius Leitner. Ich habe schon lange auf ihn gewartet. Er ist praktisch die verspätete Diskussion von etwas, was in der Schweiz bereits abgelaufen ist, nämlich, Englisch wäre wichtiger als die Sprache der Nachbarn. Man lese sich bitte auch hier die Richtlinien oder die Empfehlungen der Europäischen Union durch! Die Sprache der Nachbarn ist die erste zu erlernende Sprache, weil ich imstande sein soll, mit meinen Nachbarn zu kommunizieren. Dazu kommen weitere Sprachen, welche für die berufliche Entwicklung sehr wichtig sind.

Schlussendlich möchte ich feststellen: Wenn wir Mehrsprachigkeit wollen, dann tun wir etwas Gutes, wenn wir die Mehrsprachigkeit im Kontakt mit der anderen Sprachgruppe vermitteln und - so Punkt 2 und Punkt 3 des Beschlussantrages - in diesem Kontakt unter den Sprachgruppen die beste professionelle Betreuung dieses Kontaktes sichern. Wir haben eine Universität, die sich die Mehrsprachigkeit auf die Fahne geschrieben hat. Diese Universität sollte uns dabei behilflich sein, sämtliche Schulversuche zu betreuen, sie zu evaluieren und gemeinsam nach den besten Wegen zu suchen. Es gibt x-beliebig viele Methoden des Spracherwerbs. Keine sollte prinzipiell ausgeschlossen werden. Frau Klotz und Pius Leitner, es verwundert eigentlich schon auch, dass jene Personen, welche zu Recht die politisch weitgehendste Autonomie einfordern, gerade dann, wenn es um dieselbe Autonomie in anderen Bereichen geht - hier meine ich die Schulautonomie -, am liebsten politische Zwänge auferlegen und diese Autonomie beschränken wollen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand guten Gewissens beispielsweise gegen den Punkt 1 stimmen kann. Dieser besagt, dass man die Lehrmethoden den Personen, die professionell dazu ausgebildet sind, anheimstellt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand dagegen etwas zu sagen hat.

Letzter Satz! Die Menschen trennen und anschließend von ihnen die Mehrsprachigkeit fordern, das geht nicht zusammen!

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Seppi, ne ha facoltà.

SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Il problema è molto importante e diventa ideologico quando non lo deve essere, perché secondo la giusta presa di posizione dell'assessora Gnechchi sull'interpretazione dell'art. 19 dello Statuto, che è stata pubblicata sui giornali, in effetti è esatto quello che è scritto nell'ordine del giorno, cioè che nessuno ci può vietare di non aumentare le ore di studio della seconda lingua rispetto a ciò che prevede l'art. 19, considerato come minimo vitale per la sopravvivenza della scuola in Alto Adige. Il concetto è ideologico, ed è questo il problema che nasce attorno alla discussione di questo ordine del giorno. In quest'ottica il partito che rappresento ha sempre rivendicato il diritto da parte del gruppo linguistico italiano presente in quest'aula e sulle strade come cittadino, di poter scegliere liberamente all'interno delle sue scuole ciò che ritiene opportuno e quindi di non dover sottostare nelle proprie decisioni ad una condizione di una Giunta provinciale chiaramente e sproporzionalmente, ma democraticamente, spostata verso il mondo tedesco. Esistono tre assessorati, esiste una divisione precisa fra la scuola italiana, la scuola tedesca e la scuola ladina, quindi rivendichiamo il diritto, nel rispetto dell'art. 19 che impone dei minimi e non dei massimi di possibilità, di fare, all'interno della scuola italiana, ciò che riteniamo più opportuno. È una battaglia di principio fondamentale su cui poniamo fino in fondo la nostra attenzione.

Ciò detto, i colleghi Verdi ne fanno, come dalla parte opposta i colleghi Klotz e Leitner, una questione ideologica, perché entrano nel merito. Io ritengo che quest'aula avrebbe solamente il dovere di ribadire la totale libertà di scelta all'interno del gruppo linguistico italiano che rappresenta in quest'aula i cittadini italiani dell'Alto Adige nelle scelte che vuole fare nelle sue scuole. Non posso sicuramente entrare nel merito dicendo che questa mozione è giusta, perché intanto c'è un problema di fondo. Di quali scuole stiamo parlando? Di tutte le scuole di ogni ordine e grado, qui non c'è distinzione, si parte dagli asili nido e si arriva alle scuole medie superiori, si arriva al diploma. Io non sono d'accordo che si possa confondere la tematica delle scuole superiori con la tematica dell'asilo nido. Ritengo che un ragazzo debba avere chiari i suoi concetti culturali e i concetti legati alla sua tradizione e al suo essere italiano, tedesco o ladino, dopodiché è giusto che si aprano tutte le condizioni affinché impari la seconda lingua, migliori la sua cultura e approfitti di una realtà nella quale vive, in cui imparare la seconda lingua è più facile che in altre realtà. Ma questo è un ragionamento che viene dopo, nel momento in cui un ragazzo ha definito chiaramente le sue posizioni, etniche, culturali e le sue tradizioni. E in questo sono d'accordo anche con la collega

Klotz. Ciò stabilito, è giusto che si entri nella condizione di imparare la seconda e forse la terza lingua, che l'inglese è molto più importante, ma non partire immediatamente in una condizione di bilinguismo totale che si arriva alla pericolosa condizione di "Mischkultur" in cui una persona alla fine cresce e non sa più da che parte stare. Cresce in una condizione nella quale non ha una sua caratteristica fondamentale e una sua precisa collocazione culturale, tradizionale e, se vogliamo, anche nazionale e patriottica. Prima di tutto bisogna capire se si vuole essere italiani o tedeschi - io mi occupo dei ragazzi del mio gruppo linguistico -, prima di tutto va ribadita la cultura di essere italiani, dopo si impara la seconda lingua, nello stesso modo in cui si impara la matematica, le scienze, la geografia ecc., ma non si può partire con l'insegnamento della seconda lingua per un bambino di 3, 4 o 5 anni iscritto alla scuola materna, che non sa più se la storia vera è quella di Cappuccetto Rosso o quella di Max und Moritz. Penso che deve esserci un distinguo preciso. Poi uno quando ha una sua determinata presa di posizione culturale, tradizionale ed etnica, può fare le sue scelte. Non si può crescere un figlio con un genitore cristiano e la mamma musulmana. Io voglio capire come sono le altre religioni, cosa pensano gli induisti e il Dalai Lama, ma nella perfetta condizione che parto dal fatto di essere cristiano cattolico e quindi il fatto che mi confronti con altre realtà per conoscenza, non significa che mi mescolo. Partire in questo modo significa mescolarsi.

Chiudo il ragionamento dicendo che sono contrario a questo ordine del giorno, però sono favorevole al fatto che l'art. 19 dello Statuto debba consentire al gruppo linguistico italiano di fare le sue scelte. Queste sono le mie posizioni che possono essere diverse da quelle della collega Gneccchi o del collega Pasquali. Dobbiamo decidere noi quali sono i migliori indirizzi per la scuola italiana, non sicuramente possiamo farcelo imporre da una Giunta provinciale spostata in maniera preponderante, anche se democraticamente, verso un mondo che non è il nostro.

BAUMGARTNER (SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Welche Bedeutung die Schule in der eigenen Muttersprache hat, darüber brauchen wir im Südtiroler Landtag keine Worte zu verlieren. Wir haben in der Geschichte unseres Landes gesehen, welche Bedeutung der Unterricht in der eigenen Sprache hat. Herr Leitner, der Südtiroler Volkspartei zu sagen, dass sie nicht wüsste, was sie in dieser Frage will, ist schlichtweg eine Frechheit! Wir waren diejenigen, die die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass wir heute in dieser Situation sind und die Schule in der eigenen Muttersprache haben. Ich lasse mir von niemandem sagen, dass die Südtiroler Volkspartei nicht wüsste, was sie will. Im Gegenteil, wir wussten stets, was wir wollen, und haben dies auch erreicht! Wir werden auch weiterhin an diesem Grundsatz festhalten, die Schule in der eigenen Muttersprache abzuwickeln.

Ich treffe sehr viele Leute auf internationaler Ebene und bei diesen Treffen wird immer wieder über die Südtiroler Schule gesprochen. Liebe Kollegin Kury, ich glaube schon, dass Ihnen die Leute etwas anderes sagen als mir. Es kommt immer dar-

auf an, was man vermittelt und welche Überlegungen man mit der Schule in der eigenen Muttersprache anstellt. Ich bin nicht nur auf großes Verständnis für unser System gestoßen, sondern man sagt vielmehr, wir sollten auch weiterhin auf diesen Grundsatz beharren. Es geht darum, dass man nach einer guten Grundausbildung und Festigung in der eigenen Muttersprache dafür sorgt, dass auch die zweite Sprache entsprechend gut unterrichtet wird. Hier ist Qualität gefragt. Darin besteht unser großes Manko. Ich glaube auch, dass das eine oder andere außerhalb der Schule in die Wege geleitet werden könnte. Es kann nicht sein, dass Leute, die 20, 30 oder ein ganzes Leben lang in Südtirol verbrachten, nicht beide Sprachen beherrschen bzw. diese zumindest verstehen können. Das ist beinahe nicht möglich. Das ist meines Erachtens jedoch nicht ein Problem der Schule, sondern ein ganz anderes Problem. Insofern glaube ich, dass es unser Grundsatz bleiben muss, am heutigen System festzuhalten und dass die getrennten Schulen nach wie vor aufrechterhalten bleiben müssen. Wir sollten an der Festigung der Muttersprache in der Schule festhalten, aber auch danach trachten, die Qualität des Unterrichts an den Schulen zu verbessern. Das ist der Grundsatz, den wir verfolgen müssen. Er ist wichtig für die deutsche und ladinische Volksgruppe.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Leitner per fatto personale, ne ha facoltà.

LEITNER (Die Freiheitlichen): In persönlicher Angelegenheit, Herr Präsident! Kollege Baumgartner, ich erwarte mir von dir die intelligente Redlichkeit, auf das zu antworten, was ich gesagt habe. Ich habe auf den gestrigen Beschlussantrag zur Immersion Bezug genommen. Ich habe gesagt, dass die SVP nicht mehr gegen die Immersion ist. Vor acht Jahren hat sie unserem Beschlussantrag, von jeglicher Form der Immersion Abstand zu nehmen, noch zugestimmt. Gestern hat die SVP dagegen gestimmt. Deswegen gehe ich davon aus, dass sie entweder nicht mehr weiß, was sie will, oder ihre Meinung geändert hat. Dazu stehe ich! Das habe ich gesagt und nichts anderes, wohlgemerkt nicht zu diesem Beschlussantrag! Das kann man übrigens auch wunderbar dem Wortprotokoll entnehmen. Ich kann dir nur raten, Kollege Baumgartner, mir besser zuzuhören!

URZÌ (AN): Sull'ordine dei lavori, perché ho presentato un emendamento che ho sottoposto alla Sua attenzione, signor presidente, come primo firmatario, che prevede un intervento più delicato sulla parte impegnativa, punto 1, dove è indicata la parola "sperimentazione". Quosta parola diventerebbe "didattica linguistica". Successivamente dove c'è scritto "a tutte le scuole della provincia, consentendo e sostenendo i metodi di apprendimento linguistico", la parola "consentendo" sarebbe soppressa.

Auspico che la Sua persona, signor presidente, come primo firmatario dell'ordine del giorno possa accettare questa richiesta di emendamento. Poi potrei, se Lei autorizzerà questa proposta di emendamento, illustrare le ragioni profonde della distinzione fra sperimentazione e didattica.

PRESIDENTE: Come primo firmatario dell'ordine del giorno posso accettare la soppressione della parola "consentendo", ma non la sostituzione della parola "sperimentazione", questo perché "didattica linguistica" e "sperimentazione linguistica" sono due concetti diversi. "Didattica linguistica" è una disciplina, la "sperimentazione linguistica" è un'attività vera e propria.

Adesso l'ordine del giorno così modificato può essere sottoposto all'intervento di un consigliere per gruppo consiliare per tre minuti.

Ha chiesto la parola la consigliera Kury sull'ordine dei lavori.

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Ich würde nur gerne den neuen Text sehen. Ich habe nicht verstanden, was abgeändert wird.

PRESIDENTE: È semplicissimo, lo ripeto. Nel punto primo della parte impegnativa è cancellato "consentendo e", questo perché nella parola "sostenendo" è contenuto implicitamente anche la parola "consentendo". Se questo deve allargare il consenso a questo ordine del giorno non ho nessuna difficoltà a togliere una parola che è contenuta nella seconda.

"Im deutschen Text werden am Ende des ersten Punktes die Wörter "zu gestatten und" gestrichen."

Per me è semplicemente una questione linguistica.

Chi desidera intervenire? Collega Klotz, prego.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Zum Fortgang der Arbeiten, um zu verstehen, wie der Text nun lautet. Es geht um den ersten Absatz des beschließenden Teils. Auf Deutsch würde es dann heißen: "*verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung, allen Schulen des Landes eine weitgehende Autonomie bei den Lehrversuchen im Sprachunterricht zuzuerkennen ...*". Bleibt dieser Teil bestehen?

PRESIDENTE: Ja, und es heißt weiter: "*und dabei die von Schulen und Eltern frei gewählten Sprachunterrichtsmethoden, einschließlich den zweisprachigen Sach-Fach-Unterricht und das Erlernen der Zweitsprache im Kleinkindalter in spielerischer Form zu unterstützen;*"

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Danke, das wäre damit geklärt!

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il consigliere Urzì, ne ha facoltà.

URZÌ (AN): Non c'è il "consentire", quindi non c'è l'autorizzazione dell'apparato politico rispetto ad una scelta che, lo sottolineo per l'ennesima volta, deve appartenere alla scuola. L'autonomia delle istituzioni scolastiche deve essere riempita di contenuti autentici. E quando ci riferiamo ad un tema tanto delicato qual è quello dell'insegnamento della seconda lingua, a maggior ragione abbiamo il diritto e il dovere di rivendicare che questa autonomia di cui si è fatta vanto la Provincia autonoma di Bolzano possa essere esercitata.

Signor Presidente, La ringrazio per aver accolto questa parziale modifica, evidentemente aiuta a migliorare il testo, non risolve tutta una serie di problemi che ho già illustrato nel mio intervento precedente, però aiuta. Non risolve per esempio il problema della mancata accettazione del passaggio che modificava la parola "sperimentazione" con "didattica", perché dobbiamo superare questo principio della sperimentazione permanente a vita. Possibile che la Provincia autonoma di Bolzano sia destinata e condannata ad una sperimentazione continua di un suo modello di evoluzione? È possibile che invece non si possa determinare con coraggio e chiarezza, soprattutto quando si è forza di opposizione, la volontà di affermare una didattica? Lo si dica, senza cercare un compromesso che in questo caso non risolve un problema. La sperimentazione è sperimentale per poi verificare che non va, invece la didattica è un principio metodologico che si afferma. Allora va bene, se la sperimentazione ci avvia ad un percorso coerente e costante accettiamo la sperimentazione, ma è un'accettazione con riserva che non risolve il punto 2 dell'ordine del giorno. Abbiamo detto autonomia, ma l'autonomia la si rivendica non solo nella didattica ma negli strumenti necessari a poterla svolgere. Una di queste condizioni fondamentali è l'autonomia finanziaria, gli organici di cui ci deve essere chiarezza e certezza, altrimenti tutto passa di nuovo nelle mani della Giunta provinciale che tutto dispone, perché se io voglio fare ma non ho insegnanti, non ho risorse, non ho strumenti, non farò mai nulla. Se il modello funziona e mi arrivano 15, 100 iscrizioni in più e non ho i locali, non farò mai nulla. Allora bisogna risolverlo questo problema, non si possono lasciare le cose a metà. Un altro aspetto è quello..., ma mi fermo qua intanto, perché credo di aver indicato gli obiettivi che ci dobbiamo porre che sono quelli di rendere normale ciò che in questa provincia ancora non viene considerato normale.

GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative - Insieme a Sinistra - Pace e diritti/Gemeinsam Links - Frieden und Gerechtigkeit): L'assessore Saurer e io abbiamo deciso che parleremo tre minuti io e due minuti lui. Sono state dette cose che si condividono e cose che ci pongono in posizione di contrasto. Una cosa che vorrei veramente che soprattutto i colleghi Seppi e Urzì che sono inter-

venuti abbiano presente è la delibera n. 5053 del 6.10.1997 che attiene le "Richtlinien" per quanto riguarda il tedesco nella scuola di lingua italiana. L'uso veicolare della lingua, cioè la possibilità di utilizzare come insegnamento l'uso veicolare della lingua, noi l'abbiamo, e la legge che andiamo a discutere passa da questo concetto di sperimentazioni. Apprezzo anche la foga con la quale il collega Urzì ha sottolineato che il passaggio dalle sperimentazioni a possibilità di progettazioni costanti e continue nell'ambito dell'autonomia della scuola e delle scelte della scuola autonoma è veramente il passaggio in più ed aggiuntivo. Il concetto di passare da sperimentazioni a progetti integrati di L1, L2 e L3 è un concetto di fondo e ancora più di fondo è il fatto che il Consiglio di classe possa decidere autonomamente rispetto alla propria progettualità.

La richiesta che ha fatto il collega Seppi, che le tre scuole si organizzino nel modo che ritengono più opportuno, è già attuata, lo sanciamo per legge. Abbiamo sentito i colleghi Verdi che l'hanno dato come punto di caduta della legge. Sappiamo che per alcuni è un punto di vittoria, per altri è un punto di caduta, perché c'è chi avrebbe preferito una legge organica per tutte le scuole per noi. Siccome la legge sull'autonomia delle istituzioni scolastiche era stata la grande conquista rispetto al fatto che ogni singola scuola possa decidere, aver scelto questo percorso delle tre scuole separate è per tener conto della diversa cultura, della storia e dell'approccio diverso. E questo lo dico ai colleghi Leitner e Klotz.

Il consigliere Urzì ha richiamato la modalità di Trento. Noi ci siamo confrontati anche con Trento, però tutto quello che noi stiamo facendo è la possibilità vera di utilizzo veicolare della lingua. Oltre tutto quello che il collega Dello Sbarba ha detto, cioè che il modello ladino è invidiato dagli italiani, è vero. Prendiamo atto che nella generalità delle situazioni nelle quali si discute di scuola è generalizzata l'attenzione al modello ladino come modello ideale.

Lascio adesso la parola al collega Saurer.

SAURER (Landesrat für deutsche Schule, deutsche und ladinische Berufsbildung sowie Bildungsförderung - SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gestern schon ausführlich über diese Problematik gesprochen und darauf hingewiesen, dass sich die Europäische Gemeinschaft sprachpolitisch auf dem Weg von der Einsprachigkeit zur Mehrsprachigkeit befindet. Zwei Aspekte sind sehr wichtig. Zum einen verweise ich auf den Schwerpunkt "Muttersprache". Ich habe gesehen, dass die neue Ministerin in Bezug auf Italienisch in den italienischen Schulen, ergänzend zu Moratti, die von Englisch, Internet und dergleichen mehr geredet hat, sagt, dass Italienisch als Muttersprache mehr zu pflegen sei. Infolgedessen haben wir auf dieser Linie ein Sprachenkonzept erarbeitet. Ich würde Ihnen raten, dies zu lesen! Der Muttersprache Deutsch bzw. Italienisch wird ein zentraler Stellenwert zugewiesen. Im Grunde - das sagen alle Sprachwissenschaftler - ist die Muttersprache die Lokomotive für alle anderen Sprachen, so auch für die Zweitsprache. Deswegen versuchen wir diesen Stellenwert der Muttersprache zuzuweisen. In Bezug auf die Mehr-

sprachigkeit müssen wir alles und jedes tun. Ich habe dir, lieber Pius Leitner, gestern gesagt, warum wir gegen den genannten Beschlussantrag gestimmt haben, und zwar deshalb, weil wir vermeiden wollen, dass jedes Jahr der Teufel an die Wand gemalt wird. Bei uns gibt es keine Immersion. Infolgedessen denke ich, dass man nach außen versucht, diese Richtung klar zu machen, dass wir umgeben sind von einer Immersion. Das stimmt auch für die Italiener nicht, die ein Projekt haben, das abgesichert ist, bei dem es Richtlinien der Landesregierung gibt. Wir haben diesen Passus im Artikel 15 wieder aufgenommen, der besagt, dass im Einklang mit Artikel 19 des Autonomiestatutes und den Richtlinien der Landesregierung innovative Projekte des Sprachenlernens durchgeführt werden können. Ich glaube schon, dass man in der Organisation, in der Ausbildung der Zweitsprachenlehrer, im Austausch zwischen den einzelnen Schulen ein bisschen die Phantasie walten lassen sollte. Weiters darf man nicht vergessen, dass nur 30 Prozent an sprachlichen Kompetenzen in der Schule erlangt werden, während 70 Prozent außerhalb der Schule erworben werden. Das sollte man nicht vergessen, wenn man an diese Problematik herangeht.

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Bevor abgestimmt wird, wollte ich nur darauf hinweisen, dass bei Punkt 1 der Text "l'uso veicolare delle lingue" auf Deutsch sehr missverständlich übersetzt ist, wenn es heißt "zweisprachigen Sach-Fach-Unterricht". Die Worte "l'uso veicolare delle lingue" haben nichts mit Zweisprachigkeit zu tun, sondern bedeuten, dass das Fach in einer zweiten Sprache unterrichtet wird. Der Landesrat kennt sicher den richtigen Fachausdruck. Vielleicht könnte man die deutsche Übersetzung verbessern, damit diesbezüglich keine Missverständnisse entstehen.

URZÌ (AN): Chiedo se è possibile procedere alla votazione separata sul punto 6) delle premesse e alla votazione separata per punti della parte impegnativa.

PRESIDENTE: Per quanto riguarda gli ordini del giorno, rispetto al normale modo di votazione si può solo fare la votazione per punti, quindi accolgo la sua richiesta. Votiamo tutta la parte introduttiva eccetto il punto n. 6) e poi i tre punti della parte impegnativa uno alla volta.

Per quanto riguarda la traduzione del termine "veicolare", vi chiedo qualche momento per verificare il termine.

Adesso abbiamo il termine giusto. La modifica del testo tedesco è "einschließlich des Sachfachunterrichtes in einer zweiter Sprache". Purtroppo il concetto "uso veicolare della lingua" non esiste nella traduzione letterale tedesca.

Metto in votazione le premesse senza il punto 6: respinte con 5 voti favorevoli, 1 astensione e i restanti voti contrari.

Pongo in votazione il punto 6 delle premesse: respinto con 3 voti favorevoli e i restanti voti contrari.

Metto in votazione il punto 1 della parte impegnativa: respinto con 5 voti favorevoli e i restanti voti contrari.

Pongo in votazione il punto 2 della parte impegnativa: respinto con 3 voti favorevoli e i restanti voti contrari.

Metto in votazione il punto 3 della parte impegnativa: respinto con 3 voti favorevoli e i restanti voti contrari.

Ordine del giorno n. 3 dell' 8.4.2008, presentato dalla consigliera Klotz, concernente nessun indebolimento del principio della madrelingua nella scuola dell'infanzia e nella scuola.

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 3 vom 8.4.2008, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend keine Aufweichung des muttersprachlichen Prinzips in Schule und Kindergarten.

Ultimamente si moltiplicano le richieste di istituzione di classi scolastiche ovvero sezioni di scuola dell'infanzia in cui, in deroga al principio della madrelingua, l'insegnamento e l'educazione siano portati avanti in più lingue.

Recentemente persino il parlamentare dott. Siegfried Brugger ha spezzato una lancia a favore del plurilinguismo dichiarando che in alcune classi italiane a livello sperimentale bisognerebbe lasciare carta bianca per le lezioni, anche se fossero plurilingui. Secondo quanto riportato dalla stampa persino il presidente della Provincia ha rinfoccolato la questione proponendo la creazione di sezioni tedesche nelle scuole italiane.

Fintanto che la Provincia di Bolzano apparterrà all'Italia e dunque automaticamente vi sarà il rischio dell'assimilazione dei gruppi etnici tedesco e ladino, le sperimentazioni e le deroghe dal principio della madrelingua vanno assolutamente evitate. La lingua è la chiave della cultura, e con la perdita della lingua va perso anche il patrimonio culturale tirolese.

Pertanto

**IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna**

la Giunta provinciale

a porre freno a tutte le sperimentazioni che tendono a indebolire il principio della madrelingua e alle iniziative che promuovono scuole e scuole dell'infanzia plurilingui.

In letzter Zeit gibt es vermehrt Forderungen nach Zulassung von Schulklassen bzw. Kindergartensektionen, in welchen vom muttersprachlichen Prinzip abweichend, die Unterrichtsfächer in verschiedenen Sprachen vermittelt werden bzw. die Erziehung erfolgen soll.

Letzthin hat sogar der SVP- Kammerabgeordnete Dr. Siegfried Brugger die Tür in diese Richtung aufgestoßen und angeregt, man solle einigen italienischen Klassen versuchsweise "freie Hand im Unterricht

lassen, selbst wenn er gemischtsprachig wäre". Laut Pressemeldungen hat sogar der Landeshauptmann "ein Scheit nachgelegt und die Idee lanciert, deutsche Sektionen an italienischen Schulen" einzurichten.

Solange Südtirol dem Staat Italien angehört, und dadurch die Gefahr der Assimilation der deutschen und ladinischen Volksgruppen automatisch gegeben ist, sind Experimente und Aufweichungen des muttersprachlichen Prinzips unbedingt zu verhindern. Die Sprache ist der Schlüssel zur Kultur, mit dem Verlust der Sprache geht der Verlust des Tiroler Kulturerbes einher.

Daher

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

allen Experimenten Richtung Aufweichung des muttersprachlichen Prinzips und Maßnahmen in Richtung gemichtsprachiger Schule und Kindergarten den Riegel vorzuschieben.

La parola alla consigliera Klotz per l'illustrazione.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Es ist mehr oder weniger die Fortsetzung der Diskussion, die wir schon seit einiger Zeit und auch heute Nachmittag führen. Es geht um die Forderung: "Keine Aufweichung des muttersprachlichen Prinzips in Schule und Kindergarten!". In letzter Zeit wird immer wieder vermehrt die Forderung nach der Zulassung von Schulklassen oder Kindergartensektionen gestellt, in welchen - vom muttersprachlichen Prinzip abweichend - die Unterrichtsfächer bzw. Erziehung in den Kindergärten in verschiedenen Sprachen vermittelt werden soll. Ich möchte Frau Kury direkt antworten, wenn Sie sagt, dass sich die Leute wundern, wenn wir hier keine zweisprachigen Schulen haben, das heißt einen Teil der Fächer in einer Sprache und den anderen Teil in der anderen Sprache vermitteln. Die Kinder in Düsseldorf würden nur einsprachig aufwachsen, deswegen wäre es schön, wenn man hier die zweisprachige Schule einführen könnte. Der ganz große Unterschied, Frau Kollegin Kury, besteht darin, dass die Kinder in Düsseldorf die Immersion nur in ihrer Muttersprache erfahren! In Südtirol aber gibt es die Immersion tagtäglich, beispielsweise bei der Verständigung in öffentlichen Ämtern, außer in den Landesämtern und in den Gemeinden, bei der Polizei usw. Frau Kollegin Kury, dort erfahren wir fast tagtäglich volle Immersion, genauso ist es bei der Post, wenn man eine Auskunft verlangt. Wenn man bei den Grünen Nummern und dergleichen nicht Italienisch spricht, hat man keine Chance, zu einer Information zu gelangen. Landesrat Saurer, in unserem Land gibt es die volle Immersion tagtäglich, wenn es um die Behörden, die Post und die Polizei geht. Da haben wir ohne Italienisch-Kenntnisse überhaupt keine Chance. Ich beklage mich nicht darüber, dass wir Sprachen lernen. Man möge mich nicht falsch verstehen! Ich bin nicht dagegen, dass wir gescheite Kinder haben, die viele Sprachen beherrschen, ganz im Gegenteil! Ich bin ausdrücklich

dafür, dass wir so viele Sprachen wie möglich, so gut wie möglich lehren und erlernen können. Herr Landesrat Saurer, dies darf aber nicht auf Kosten der eigenen Muttersprache geschehen. Dies zeigt sich vor allem in Katalonien, im Baskenland, wo die Leute so lange nichts für ihre Sprache tun konnten. Wir sehen jetzt, mit welcher Mühe sie daran arbeiten, die eigene Muttersprache wieder zu gewinnen. Diejenigen - Frau Kollegin Kury, vielleicht hast du diese Erfahrung auch gemacht -, die von sich selber behaupten, sie seien perfekt zweisprachig, ahnen gar nicht einmal, wie schlecht sie beispielsweise in Deutsch sind. Ich erlebe das bei Oberschülern und Maturanten immer wieder. Erst kürzlich - Kollegen Dello Sbarba war auch dabei - meinte eine Schülerin, ich sollte wegen unseres Spruchs "Südtirol ist nicht Italien" doch endlich einen Geographie-Atlas hernehmen, denn ich würde mich in Geographie nicht auskennen bzw. die zweite Sprache nicht beherrschen. Ansonsten würde ich verstehen, dass diese Botschaft nicht stimmt. Daraufhin habe ich der Schülerin sagen müssen, dass sie die deutsche Sprache nicht beherrscht. Sonst müsste sie nämlich wissen, dass der Spruch "Südtirol ist nicht Italien" ganz etwas anderes bedeutet als "Südtirol liegt nicht im Staat Italien". Da beginnen die feinen Unterschiede. Gerade im Zusammenhang mit Beschlussantrag Nr. 2 haben wir gesehen, wie heikel die Situation ist. Unsere Übersetzerinnen und Übersetzer sind bestimmt perfekt zweisprachig und beherrschen die beiden Sprachen in Wort und Schrift. Aber selbst der Landtagspräsident und Frau Kollegin Kury haben mehrmals nachlesen müssen, was die Worte "uso veicolare" bedeuten. Sie bedeuten etwas ganz anderes, als eine Sprache wirklich zu beherrschen. Etienne Andrione schreibt, dass das ethnische Bewusstsein und die Identität der Schlüssel zur Sprache sind. Die Sprache ist nicht nur ein Kommunikationsmittel, sondern viel mehr. Sprache bedeutet Kultur, Identität und Mentalität. Dabei geht es nicht nur um die reine Verständigung. Diejenigen, die deutsche Literatur gelernt bzw. studiert haben, wissen das sehr wohl.

Weiters geht es vor allem um Folgendes: Wenn wir eine mehrsprachige Sektion im Kindergarten oder in der Schule zulassen, kommen die Eltern und verlangen das sicher auch für die deutsche Schule. Sie sind im irrigen Glauben, dass die Kinder Schaden erleiden, wenn sie nicht auch - wie die anderen - sofort beide Sprachen lernen. So ist es auch in Aosta geschehen. Die Eltern haben dort geglaubt, dass ihre Kinder das Italienische zu wenig beherrschten, um perfekt Italienisch zu sein. Dabei ist ihnen nicht einmal aufgefallen, wie schnell der Verlust der Muttersprache damit einhergegangen ist. Als sie darauf gekommen sind, war es schon zu spät. Dann kam das böse Erwachen. Dieser Vorgang hat nicht einmal 50 Jahre lang gedauert.

Kollege Dello Sbarba ist Zeuge, als wir in dieser Oberschule mit vielen MaturantInnen über die sogenannten Vorteile der zweisprachigen Schule diskutierten. Einen Teil der Fächer würde man in Italienisch, den anderen Teil in Deutsch unterrichten. Dr. Harald Stauder, der Wirtschaftskandidat für die Landtagswahlen der SVP, hat diesbezüglich gesagt, dass das im Grunde genommen sehr kritisch zu betrachten ist. Er hat als Beispiel gebracht, dass er nach der Maturaprüfung und nach seinem

Doktorat die Diplomatenprüfung in Wien abgelegt hat. Man hat ihn darauf hingewiesen, dass das Völkerrecht in Französisch geprüft würde. Er hatte als Voraussetzung die Kenntnisse der Handelsoberschule. Daraufhin hat er Französisch studiert und die Prüfung bestanden. Den Wortschatz in Völkerrecht aber würde er bis heute nur in französischer Sprache beherrschen. So wäre es dann in der Volksschule und in der Oberschule noch viel mehr der Fall und noch breiter gefächert. Wer soll den Kindern die Fachausdrücke beibringen? Wenn deutsche Kinder beispielsweise Mathematik in Italienisch lernen, wer bringt ihnen dann die Fachausdrücke in Deutsch bei? In einem Elternhaus, welches intellektuell dazu in der Lage ist, wird dies sehr wohl geschehen. Aber fragen wir uns für die Allgemeinheit in Südtirol, wie viele Kinder ein Elternhaus haben, welches dem Kind die entsprechenden Ausdrücke der Mathematik in Italienisch auch auf Deutsch vermitteln kann! Wer beherrscht die gesamten Fachausdrücke in allen Fächern, so dass da nichts unter die Räder kommt? Das ist äußerst bedenklich. Wenn von der Autonomie der Schule die Rede ist, sollte dies natürlich soweit wie möglich geschehen. Aber hier geht es um die Substanz, darum, ob wir morgen assimiliert sind, ob wir vor lauter Perfektheit unsere Muttersprache vernachlässigen. Eines Tages werden wir vor der muttersprachlichen Einsprachigkeit über den Irrtum der perfekten Zweisprachigkeit, die es nicht gibt, im irrigen Glauben, alle erreichen zu können, schließlich bei der Einsprachigkeit des Staates landen. Alle, die diesen Weg gegangen sind, von den Elsässern bis zu den Aostanern, sind dort gelandet. 2 Prozent sind eine Ausnahme im Aostatal, in Katalonien, im Baskenland, wo man früh genug die Bremse gezogen hat. Dort existiert kaum noch das zweisprachige Modell, weil es den Unterricht in der Muttersprache bzw. das Erlernen der Muttersprache nicht garantieren kann.

Ich schließe ab, Herr Präsident, und entschuldige mich für das Überschreiten meiner Redzeit. Mit diesem Beschlussantrag verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung, allen Experimenten Richtung Aufweichung des muttersprachlichen Prinzips und Maßnahmen in Richtung gemischtsprachiger Schule und Kindergarten den Riegel vorzuschieben. Ich muss dazusagen, Frau Kollegin Kury, wir plädieren für die besten Lehrmethoden, den besten Sprachunterricht und dessen Förderung in jeder Hinsicht, aber dies kann nicht über die gemischte Schule und nicht über diese Experimente ablaufen!

URZÌ (AN): Con grande franchezza devo dire che è quasi con una sorta di insofferenza che si assiste a questo tipo di dibattito per i termini con cui esso è proposto, per il livello con cui esso si propone, per il carattere di lezione etica che assume in relazione alle sensibilità di un Consiglio, anche di una parte politica che non ha bisogno assolutamente di lezioni su cosa significhi esattamente il concetto di identità. L'identità non è mai un museo, l'identità non è una somma di eredità consegnate dal passato, sulle quali si deposita uno strato di polvere per cui tutto debba rimanere immobile in eterno. L'identità è un carattere che una comunità ha e che le permette di sfidare le

sfide del quotidiano avendo consapevolezza di sé, della propria storia, delle proprie origini, delle proprie tradizioni, dei valori che la costituiscono che sono di diverso livello, carattere-etico, culturale, sociologico, economico, ma è anche uno strumento che serve ad affrontare il processo che quotidianamente siamo chiamati a sopportare e che ci fa guardare al futuro. Dobbiamo uscire dalla logica dell'Alto Adige consegnato ad un museo, per cui l'Alto Adige debba mantenere, perché questo sembrerebbe dalla lettura molto elementare che ne viene data, i suoi caratteri nelle forme tradizionali, storiche-antiche in eterno e mai pensare ad una evoluzione, ad una riforma, ad un nuovo atteggiamento culturale in prospettiva futura.

Noi crediamo fortemente nelle identità che sono, quando si confrontano e positivamente si mettono in relazione, un patrimonio di cui tutta la comunità deve avvantaggiarsi. Crediamo e difendiamo le identità, crediamo e difendiamo quindi anche la nostra identità in quanto comunità di lingua italiana con un suo retroterra culturale, con dei valori di riferimento, con un suo patrimonio anche morale di riferimento che ispira sicuramente l'orgoglio dell'appartenenza nel rispetto dell'orgoglio dell'appartenenza di terzi. Ma l'identità non è posta in discussione nel momento in cui la mente, perché stiamo riferendoci a questo e non ad altro, si apre a ciò che è al di fuori della nostra identità. Quando si parla di uso veicolare della lingua, si è detto che è diverso dalla conoscenza della lingua, è un'accezione sbagliata nel profondo dell'essenza, perché nel momento in cui si utilizza la lingua per comunicare, si usa la lingua per trasmettere tutta una serie di condizioni oggettive e di sensibilità soggettive, quindi diventa autentico strumento di comprensione interiore di quello che significa in tutto il mondo a cui quella lingua fa riferimento. Allora identità che si confrontino, che convivano, che si integrino, che si modifichino armonicamente nel rispetto di un patrimonio che abbiamo la necessità e il diritto di coltivare, preservare amorevolmente come si coltivano amorevolmente i ricordi e le cose più proprie di sé. Ma non è la lingua, e mai lo sarà, a mettere in discussione l'identità di qualcuno. Certo sarebbe la perdita della propria competenza linguistica a mettere in discussione la propria identità, anche se non in termini assoluti, ma mai l'apprendimento di una seconda o una terza lingua. Ciò apre i confini mentali e li abbatte, ciò che purtroppo ancora certe parti politiche in questo Consiglio non si rassegnano debba avvenire.

Devo riconoscere che tanta acqua sotto i ponti è passata in questi ultimi anni, si è incominciata a porre la questione dell'insegnamento veicolare della seconda lingua, delle migliori didattiche della seconda in Alto Adige, anche da parte della maggioranza, sia pur con tante diffidenze e soprattutto con la convinzione che la politica debba pur sempre avere un ruolo guida di controllo e di limitazione. Non basta questo, lo sappiamo, però non si può impostare un documento come quello che siamo chiamati a votare in questo momento, in cui in maniera semplicistica, confondendo diversi livelli, uso veicolare della lingua, scuola plurilingue, facendo tutto un minestrone, si dice no a tutte le forme di insegnamento della seconda lingua attraverso sperimentazioni, cioè "qualcosa di nuovo", comprendendo in questo anche l'uso veicolare della

seconda lingua. Ciò vuol dire condannare l'Alto Adige ad essere un museo. Noi non vogliamo che lo sia, se museo deve essere deve essere un museo futurista.

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

ROSA THALER ZELGER

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda):

Questo ordine del giorno presentato dalla collega Klotz è un po' ripetitivo, ma forse serve a ciascuno di noi per concludere un po' il dibattito che abbiamo avuto oggi pomeriggio sul futuro del bilinguismo nella nostra provincia. Mi rivolgo ai colleghi della SVP, perché quello che dice la collega Klotz è molto coerente e vorrei capire se un partito moderno che vuol governare questa terra facendo l'interesse di tutti i gruppi linguistici, sto usando il modo in cui i colleghi della SVP si usano presentare, può condividere l'impostazione della collega Klotz. La sua impostazione è molto coerente, da 800, dal secolo dei nazionalismi, degli stati nazionali i quali delimitavano un territorio con un confine. Entro questo confine c'era un'identità nazionale definita dall'omogeneità linguistica e poi una volta fatto corrispondere il confine nazionale e se i popoli che parlavano quella lingua non erano dentro quei confini, bisognava fare una lotta di indipendenza per costituire la nazione, poi si dava un esercito, una bandiera e si era fatto lo Stato nazionale. Dopodiché c'erano pezzetti di questi popoli che cadevano nello stato sbagliato e tutto l'obiettivo era quello di unificare. Ora il fatto che la collega Klotz pensi ad uno stato sudtirolese omogeneo e quindi pensi ad un nazionalismo in piccolo non fa meno nazionalista il suo ragionamento. È un nazionalismo in piccolo, simpatico, ma sempre un nazionalismo.

Il problema è se partiti che vogliono governare questa terra e portarla verso un futuro possono avere l'impostazione della collega Klotz. Vedremo al momento della votazione cosa succederà, ma soprattutto le cose che si dicono. Io c'ero alla FOS Marie Curie a Merano, la collega Klotz sicuramente ricorderà, c'è stata una bellissima discussione, il 90% degli studenti era d'accordo con me e nessuno con Stauder. La polarizzazione era tra me che volevo una scuola bilingue, la collega Klotz che voleva quello che ho detto prima. La posizione di Stauder - è un collega della SVP e uno dei 35 candidati della SVP alle prossime elezioni provinciali - non esisteva. Ad un certo punto spiegava che delle discipline le ha imparate in francese e non saprebbe parlare né in tedesco né in italiano su quei temi. È chiaro, ha fatto una scuola monolingue, perché nella scuola bilingue gli stessi termini si imparano sia in tedesco che in italiano. Collega Klotz, Le rivelo una cosa. Nella scuola ITC Kuntner le stesse materie di indirizzo, visto che questi benedetti studenti dovranno operare in territorio plurilingue dove avranno clienti sia italiani che tedeschi e sarebbero fessi a dire al cliente italiano che con lui non sanno

parlare, fanno alcune lezioni in lingua italiana, di materie tipo estimo e di altre materie specifiche che hanno loro nel commerciale, in collegamento con la scuola italiana accanto, con l'istituto Battisti. Si fanno prestare i libri in italiano per imparare. Questa è la realtà, e non sono minacciati dalla loro identità, anche se non la vogliamo vedere, come non vogliamo vedere le migliaia di studenti che sono figli di famiglie mistilingui dove c'è un genitore di lingua italiana e un genitore di lingua tedesca che parlano, come si fa nelle famiglie mistilingue, l'uno solo una lingua e l'altro solo l'altra! E quando la collega Klotz a quella scolaresca in cui tante ragazze erano figlie di genitori mistilingue ha detto che un figlio di famiglie mistilingue non sa né l'una né l'altra lingua e ha le idee un po' confuse - si ricorda, consiglia Klotz - c'è stato un vociare di dissenso, qualcuno si è ribellato. Una studentessa si è alzata dicendo di essere figlia di genitori mistilingui e essere perfettamente bilingue, ed è stata applaudita, perché ci sono anche studenti che si annoiano nelle nostre scuole monolingui.

Credo quindi che bisogna aprire gli occhi sulla realtà, bisogna avere un senso moderno e rivolto al futuro e non costringere la società che si muove e poi prende le proprie strade in una camicia di forza che è vecchia di due secoli.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Ich möchte ganz kurz in persönlicher Angelegenheit sprechen. Diese besteht darin, dass Landtagspräsident Dello Sbarba mir wörtlich unterstellt, ich würde in "kleinkariertem Nationalismus" denken. "Pensa nazionalismo al piccolo.", so Kollege Dello Sbarba ...

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda):
(*interrompe*)

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Nationalismus liegt mir fern. Ich muss zur persönlichen Angelegenheit sprechen. Das ist für mich eine Art Beleidigung, obwohl das Wort "Nationalismus" im spanisch-iberischen Bereich eine ganz andere Bedeutung hat. Dort bedeutet Nationalismus Patriotismus. Wenn wir im deutschen Kulturraum von Nationalismus sprechen, hat der Begriff "Nationalismus" eine etwas andere Bedeutung und ist leicht anrühlich bzw. ganz klar negativ besetzt im Sinne von übersteigertem Nationalgefühl. Insofern, Kollege Dello Sbarba, ist es entweder ein Missverständnis deinerseits oder du trägst der Tatsache keine Rechnung, dass der Begriff im deutschen Kulturraum etwas ganz anderes beinhaltet. Ich muss deine Behauptung ganz einfach zurückweisen. Wenn du von "idee ottocentesche" sprichst, muss ich dir entgegen, dass es im Aostatal im sogenannten demokratischen Abschnitt Italiens nach 1945 geschah. 1948 ist dort das Autonomiestatut in Kraft getreten. Beim sogenannten paritätischen Unterricht wurden die Hälfte der Fächer in Italienisch und die Hälfte der Fächer in französischer Sprache unterrichtet. Es ist also nicht die Situation, der Zwang der Diktaturen bzw. des Staates im 18. Jahrhundert, Nationalismus, Kolonialismus, Imperialismus ...

PRÄSIDENTIN: Abgeordnete Klotz, ich denke, dass Sie Ihre Lage jetzt erklärt haben!

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Ich will damit nur sagen, dass das im Aostatal unter demokratischen Vorzeichen stattgefunden hat. Es handelt sich nicht um Nationalismus, Kollege Dello Sbarba, sondern um Notwehr, um die Erhaltung der eigenen Identität und Sprache. Wir trachten danach, das zu erhalten, was dieses Land ausmacht. Wir sind keine "Altoatesinen", sondern möchten unsere deutsche Muttersprache und ...

PRÄSIDENTIN: Das hat jetzt aber mit Ihrer Wortmeldung in persönlicher Angelegenheit nichts mehr zu tun!

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): ... unsere Tiroler Identität erhalten. Das ist ganz etwas anderes, Frau Präsidentin, als Nationalismus!

SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Le spiegazioni che ha dato in questo momento la collega Klotz al consigliere Dello Sbarba mettono in evidenza la sua chiara posizione, essendo lei la relatrice di questo documento, esse mettono però in evidenza la contraddizione in cui è incorso. È uno dei pochi casi in cui posso cogliere la collega Klotz in contraddizione, perché possiamo non condividere le sue posizioni, però nella sua logica faccio fatica a trovarla, come in questo caso, in contraddizione.

Questo ordine del giorno titola "*Il principio della madrelingua nella scuola dell'infanzia e nella scuola*". La collega Klotz dice in pratica che teme in maniera pressante la "Mischkultur". Non vuole che ci sia confusione di cultura nei ragazzi di lingua italiana e tedesca, perché questo porta all'assimilazione. La collega Klotz, che è una delle fondamentali fautrici dello Statuto di autonomia, anche se non lo ritiene ancora sufficiente per la tutela degli altoatesini di lingua tedesca, è comunque fautrice di una condizione stabilita dall'art. 19, cioè che esiste la possibilità di insegnare la lingua che non sia lingua madre all'interno delle scuole. D'altra parte esiste anche una situazione statutaria che prevede l'istituzione di un assessorato di madrelingua tedesca alla scuola, di uno di madrelingua ladina e di uno di madrelingua italiana. Di quale "Mischkultur" ha paura nel momento in cui dice che "in alcune classi italiane a livello sperimentale bisognerebbe lasciare carta bianca per le lezioni anche se fossero plurilingui". È un problema italiano! Questo lo rivendico, come nell'intervento di prima, in tutto l'ordine del giorno si mette in evidenza il pericolo sulla base del fatto, ed è così, perché al di là di quello che Lei scrive, ed è la verità, è nelle scuole italiane che si porta avanti il principio dell'insegnamento della seconda lingua in maniera diversa da quello che è stato

fino adesso. Di cosa si preoccupa? Rivendichi anche Lei, come faccio io, la piena autonomia del mondo italiano politico di decidere cosa succede nelle sue scuole e del mondo tedesco di decidere nelle sue scuole, perché allora il problema è un'assimilazione al contrario.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): (*interrompe*)

SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Io rivendico solo il diritto, come italiano, di essere noi italiani a decidere. Poi nel merito non sono d'accordo con il collega Pasquali che vuole l'immersione, io no, perché temo la stessa cosa che teme Lei, collega Klotz. Ma io difendo ciò per cui sono stato eletto, quindi la scuola italiana essendoci un assessorato alla scuola italiana. Non c'è un assessorato all'urbanistica italiana e un assessorato all'urbanistica tedesca, quindi siamo tutti nello stesso calderone, ma quando parliamo di scuola, io difendo la mia scuola, Lei difende la Sua. E allora non deve preoccuparsi del problema "Mischkultur", quando è la scuola italiana che vuole portare avanti l'immersione. Al limite avremo l'assimilazione dell'italiano verso il tedesco, ma non viceversa, se mettiamo l'immersione nelle scuole italiane, cosa che spaventa me, ma non deve spaventare Lei! Io rivendico anche in questa situazione il concetto di fondo. Il collega Pasquali è d'accordo con la collega Gneccchi di portare avanti nel merito l'immersione scolastica. Dobbiamo mettere i bambini già dall'età di scuola materna nelle condizioni di imparare la matematica, l'aritmetica, la chimica e la fisica in lingua tedesca, affinché nelle scuole italiane i ragazzi crescano bilingui. Io non sono d'accordo, ma è il merito che non mi sta bene. Ma il concetto di fondo è un altro. Se esiste un assessorato alla scuola italiana, decidiamo noi italiani quello che vogliamo nella scuola italiana, e se vogliamo insegnare la geografia e la storia in lingua tedesca, dobbiamo poterlo fare, anche se io non sono d'accordo. Ma lo devono decidere gli italiani, perché esiste un assessorato alla scuola italiana, che è assolutamente autonomo rispetto a quello di madrelingua tedesca e a quello di madrelingua ladina. Possiamo avere delle regole all'interno delle scuole che divergono in maniera totale da quelle delle scuole di lingua tedesca. Essendo l'Alto Adige una provincia assimilata nell'ultimo secolo dall'Italia, è ovvio che esiste il pericolo dell'assimilazione da parte del gruppo etnico tedesco. C'è questo pericolo della Mischkultur e Lei dice di voler difendersi da esso. Benissimo, ma non si difende certamente da esso vietando agli italiani di imparare il tedesco! Eventualmente si difende creando degli sbarramenti nella scuola tedesca affinché non si faccia l'immersione in italiano.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): (*interrompe*)

PRÄSIDENTIN: Bitte keine Zwiegespräche! Abgeordneter Seppi, die Zeit ist beendet.

SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Però bisogna che Lei suoni il campanello a tutti! Quando fate riunione del collegio di presidenza, dove parlate di tante cose intelligenti, parlate anche dello sfioramento del tempo. Mettetevi d'accordo! Io non intervengo sempre. Grazie, presidente per la Sua sensibilità.

PRÄSIDENTIN: Abgeordnete Kury, wozu möchten Sie reden?

KURY (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Frau Präsidentin, ich wollte fragen, ob unsere Fraktion noch eine Minute Redezeit hat?

PRÄSIDENTIN: In diesem Fall darf nur ein Abgeordneter je Fraktion sprechen. Landerat Saurer, Sie haben das Wort, bitte.

SAURER (Landesrat für deutsche Schule, deutsche und ladinische Berufsbildung sowie Bildungsförderung - SVP): Verehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten gestern schon Gelegenheit, ausführlich über das Recht auf Muttersprache und alles, was die zweisprachige Schule, die Immersion usw. angeht, Stellung zu nehmen. Hier wird von einigen doch sehr differenziert diskutiert. Deshalb tun wir gut daran, uns im Zusammenhang mit der Norm, die im Gesetzentwurf enthalten ist, eingehend über diese Projekte zu unterhalten. Es gibt eine Richtlinie für die italienische Schule. Ich denke, dass wir diese Projekte sehr ernst nehmen müssen. Wir müssen aber auch darauf bestehen, dass in der deutschen Schule - neben der italienischen und ladinischen Schule - die Muttersprache hochgehalten wird. Mittels dieses Beschlussantrages kommen wieder Dinge auf die Tagesordnung, die in der Realität nicht eingetreten sind, weder im italienischen Bereich noch im deutschen Bereich. Diese Dinge finden auch im Gesetz keinen Niederschlag, weil Artikel 19 des Autonomiestatutes die Basis für die Weiterentwicklung des italienischen, des deutschen und des ladinischen Schulwesens ist. Ich glaube schon, dass man über Methoden nachdenken sollte, wie man eine Zweitsprache bzw. weitere Sprachen erlernen kann. Man sollte auch über die Zeiten nachdenken, wie dies besonders gut gelingen könnte. Da diese Dinge jedoch nicht auf der Tagesordnung und auch nicht Inhalt des Gesetzes sind, beunruhigen wir lediglich die Bevölkerung mit solchen Hinweisen. Wenn wir jetzt darauf hinweisen, eine Abwehrschlacht zu machen, weil uns sonst alles durch den Leim gehen würde, muss ich entgegenen, dass das einfach stimmt nicht. Ganz im Gegenteil: Wir haben Erfahrungen durch Studien, letzthin durch die sogenannte DESI-Studie, welche die Bundesrepublik Deutschland gemacht hat. Wir haben auch daran teilgenommen und man ist zum Schluss gekommen, dass die sprachliche Situation auch im Zusammenhang mit dem Deutschen relativ gut ist. Mit dieser Absicht und mit

dieser Sicherheit sollten wir an die Realisierung und Durchführung dieses Gesetzes gehen.

GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative - Insieme a Sinistra - Pace e diritti/Gemeinsam Links - Frieden und Gerechtigkeit): Rassicuro la collega Klotz sul fatto che tutti siamo convinti che l'articolo 19 dello Statuto sia l'articolo di fondo che riconosce il diritto alla scuola nella propria madrelingua. È importante capire che le scuole per l'infanzia non sono scuole di lingua, ma proprio per questo bisogna comunque favorire che le famiglie abbiano voglia e sostenere questo nuovo entusiasmo e desiderio che i bambini capiscano l'altra lingua. È comunque importante che si riesca a togliere questa tensione rispetto alla lingua e quella delle famiglie rispetto ad una scuola e all'altra.

Il collega Saurer ed io, in questi cinque anni, abbiamo cercato di sostenere tutti i progetti extrascolastici per bambini e ragazzi insieme con insegnanti ed educatori italiani e tedeschi insieme. Quindi oltre la scuola con tutte le sue regole, abbiamo cercato di promuovere con grande successo, che i ragazzi/ragazze, bambini e bambine stiano insieme ed utilizzino gli spazi extrascolastici. Purtroppo la tensione che su queste situazioni si crea anche in questi mesi non aiuta queste situazioni. Quello che abbiamo cercato di fare è che le famiglie capiscano che bisogna promuovere la conoscenza delle lingue in tutti i modi possibili.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 3 ab: mit 3 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Übergang von der General- zur Artikeldebatte ab: mit 2 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

1. Abschnitt

Allgemeine Grundsätze

Art. 1

Bildungssystem des Landes

1. Das Bildungssystem des Landes zielt auf die Entwicklung und Förderung der einzelnen Personen und auf den Erwerb von demokratischen Haltungen und sozialen Kompetenzen ab, die zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft befähigen. Dies erfolgt unter Berücksichtigung der dem Alter entsprechenden Entwicklungsphasen, der Unterschiede und Identität jedes und jeder Einzelnen, und in Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern sowie im Einklang mit den Grundsätzen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der internationalen Konvention über die Rechte des Kindes, der Verfassung und des Autonomiestatuts.

2. Das Land verwirklicht diese Ziele - unter Beachtung der Autonomie der Kindergärten und Schulen - durch seine Bildungspolitik und fördert:

- a) die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerung,
- b) ein soziales Umfeld, welches das Zusammenleben der Sprachgruppen unter Wahrung ihrer besonderen Merkmale und Traditionen gewährleistet,
- c) die Verbreitung und Festigung der europäischen Gesinnung und Kultur, die auf christlichen Wurzeln aufbaut,
- d) die Kenntnis der lokalen Geschichte, um die Schülerinnen und Schüler mit der historischen Entwicklung des Landes und dem kulturellen Leben der Heimat vertraut zu machen.

3. Um den Bildungserfolg jeder Person zu fördern, setzt sich das Land die Verwirklichung von Maßnahmen zum Ziel, die das Recht auf Zugang zu allen Bildungsstufen, auf gleiche Bildungschancen, auf eine qualitative und quantitative Erweiterung des Bildungsangebotes und auf ein lebensbegleitendes Lernen gewährleisten. Diese Maßnahmen zielen weiters auf die Orientierung und Eingliederung in die Arbeitswelt sowie auf die Förderung der Fähigkeit ab, Veränderungen zu bewältigen und sich in einer komplexer werdenden Welt zu orientieren.

4. Das Bildungssystem des Landes gewährleistet allen das Bildungsrecht ab dem Kindergarten sowie die Erfüllung der Pflicht einer Schul- und Berufsbildung für mindestens zwölf Jahre oder jedenfalls bis zur Erlangung einer mindestens dreijährigen beruflichen Qualifikation innerhalb des achtzehnten Lebensjahres.

5. Das Bildungssystem des Landes gliedert sich in den Kindergarten, die Unterstufe, welche die Grund- und Mittelschule umfasst, sowie in die Oberstufe, welche die Oberschulen staatlicher Art und die Berufs- und Fachschulen des Landes umfasst. Auch die von den Instituten für Musikerziehung eingerichteten Musikschulen sind Teil des Bildungssystems des Landes.

6. Das Bildungsrecht und die Bildungspflicht werden auch in den vom Land gleichgestellten Privatkinderärten und Privatschulen verwirklicht.

7. Die geltenden Bestimmungen zur Verwirklichung der Schulpflicht sowie des Bildungsrechts und der Bildungspflicht bleiben aufrecht; diese können sowohl in den Schulen staatlicher Art als auch in den Landesberufsschulen erfüllt werden.

8. Die Nutzung der Bildungsangebote stellt für alle, einschließlich der Minderjährigen mit Migrationshintergrund, die sich in der Provinz Bozen aufhalten, ein subjektives Recht und eine soziale Pflicht dar. Durch geeignete Maßnahmen wird die Integration und Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung im Bildungssystem des Landes gewährleistet.

9. Zur Verwirklichung der Schulpflicht und des Bildungsrechts und der Bildungspflicht tragen die Schülerinnen und Schüler, deren Familien, die Kindergärten, die Schulen und Einrichtungen für die Berufsbildung, die Betriebe, welche die Jugendlichen mit einem Lehrungsvertrag anstellen, sowie andere Bildungseinrichtungen und -organisationen bei. Die Kindergärten und Schulen pflegen dabei eine besondere

Zusammenarbeit mit den Musikschulen des Institutes für Musikerziehung.

9-bis. Die Entfaltung und Entwicklung der Person und die Befähigung zum Leben in der Gemeinschaft werden im Bildungssystem des Landes durch Bildungswege gefördert, die den Fähigkeiten und Neigungen des Einzelnen und der Einzelnen entsprechen, diese gezielt weiterentwickeln und zu einem umfassenden Bildungserfolg führen.

10. Die Landesregierung definiert durch die Schülerinnen- und Schülercharta die Rechte und Pflichten der Schülerinnen und Schüler und legt Richtlinien für Maßnahmen zur Bildungsorientierung, zur Vorbeugung und Vermeidung von Schulabbrüchen fest, um die vollständige Verwirklichung des Bildungsrechts und der Bildungspflicht zu gewährleisten.

11. Die Kindergartensprengel und Schulen fördern im Rahmen ihrer Autonomie die Individualisierung und Personalisierung des Lernens der Kinder sowie der Schülerinnen und Schüler; diese sind die Hauptakteure und die Zielgruppe des Bildungssystems des Landes. Die Kindergartensprengel und Schulen definieren das Curriculum mit dem Ziel, Bildungswege zu verwirklichen, die den Neigungen und Bildungsbedürfnissen jedes Kindes sowie jeder Schülerin und jedes Schülers entsprechen, und wenden geeignete Instrumente der Lernberatung und Orientierung sowie der Dokumentation an.

Capo I

Principi generali

Art. 1

Sistema educativo provinciale di istruzione e di formazione

1. Il sistema educativo provinciale di istruzione e formazione è finalizzato alla crescita e alla valorizzazione della singola persona e allo sviluppo di atteggiamenti democratici e di competenze sociali, che permettono la partecipazione alla convivenza civile. Ciò avviene nel rispetto dei ritmi dell'età evolutiva, delle differenze e dell'identità di ciascuna e ciascuno, anche nel quadro della cooperazione tra scuola e genitori e in armonia con i principi sanciti dalla Dichiarazione universale dei diritti dell'Uomo, dalla Convenzione internazionale sui diritti dell'infanzia, dalla Costituzione e dallo Statuto di autonomia.

2. A tal fine la Provincia adotta - nel rispetto dell'autonomia delle scuole dell'infanzia e delle istituzioni scolastiche - politiche dell'educazione indirizzate:

- a) allo sviluppo culturale, sociale ed economico della popolazione;*
- b) alla realizzazione di assetti sociali che garantiscano la convivenza tra i gruppi linguistici - nella salvaguardia delle rispettive peculiarità e tradizioni;*
- c) alla diffusione e al rafforzamento del pensiero e della cultura europea fondata su radici cristiane;*
- d) alla conoscenza della storia locale, promuovendo le conoscenze delle alunne e degli alunni sullo sviluppo storico della provincia e sulle culture e tradizioni locali.*

3. Per favorire il successo scolastico e formativo di ciascuna persona la Provincia indirizza i propri interventi alla realizzazione di azioni che garantiscano il diritto all'accesso a tutti i gradi dell'istruzione, alle pari

opportunità formative, all'aumento qualitativo e quantitativo dei livelli di istruzione e all'apprendimento per tutto l'arco della vita. Questi interventi sono finalizzati, inoltre, all'orientamento e all'inserimento nel mondo del lavoro nonché allo sviluppo di competenze atte a fronteggiare il cambiamento e ad orientarsi in un mondo sempre più complesso.

4. Il sistema educativo provinciale di istruzione e formazione assicura a tutti il diritto all'istruzione e alla formazione, a partire dalla scuola dell'infanzia, e l'esercizio del relativo dovere per almeno dodici anni o comunque fino al conseguimento di una qualifica di durata almeno triennale entro il diciottesimo anno di età.

5. Il sistema provinciale di istruzione e formazione si articola nella scuola dell'infanzia, in un primo ciclo che comprende la scuola primaria e la scuola secondaria di primo grado e in un secondo ciclo che comprende le scuole secondarie di secondo grado a carattere statale e quelle della formazione professionale provinciale. Fanno anche parte del sistema provinciale di istruzione e formazione le scuole di musica istituite dagli istituti di educazione musicale.

6. Il diritto-dovere all'istruzione e alla formazione si realizza anche nelle scuole dell'infanzia e nelle scuole paritarie riconosciute dalla Provincia.

7. Sono fatte salve le vigenti disposizioni relative all'obbligo di istruzione e al diritto-dovere all'istruzione e alla formazione, che possono essere assolti sia nelle scuole a carattere statale che nelle scuole della formazione professionale provinciale.

8. La fruizione dell'offerta di istruzione e di formazione costituisce per tutti, ivi compresi i minori stranieri presenti in provincia di Bolzano, oltre che un diritto soggettivo, un dovere sociale. Attraverso adeguati interventi è garantita l'integrazione e l'inclusione nel sistema educativo provinciale di istruzione e formazione delle bambine e dei bambini nonché dei giovani e delle giovani in situazione di handicap.

9. All'attuazione dell'obbligo dell'istruzione e del diritto-dovere di istruzione e formazione concorrono le alunne e gli alunni, le loro famiglie, le scuole dell'infanzia, le istituzioni scolastiche e formative, le imprese che assumono i giovani con contratto di apprendistato nonché altre istituzioni ed organizzazioni formative. Le scuole dell'infanzia e le istituzioni scolastiche in tale contesto curano in particolar modo la collaborazione con le scuole di musica dell'istituto per l'educazione musicale.

9-bis. La crescita e la valorizzazione della persona umana e lo sviluppo delle competenze per la convivenza civile sono favorite nel sistema educativo provinciale di istruzione e formazione attraverso la realizzazione di percorsi formativi rispondenti alle attitudini di ciascuno e ciascuna, le quali sono sviluppate in modo mirato, e finalizzati al pieno successo formativo.

10. La Giunta provinciale definisce i diritti e doveri delle alunne e degli alunni nello Statuto degli studenti e delle studentesse e fornisce indicazioni per interventi mirati all'orientamento, alla prevenzione ed al recupero degli abbandoni, al fine di assicurare la piena realizzazione del diritto-dovere all'istruzione ed alla formazione.

11. I circoli di scuola dell'infanzia e le istituzioni scolastiche promuovono nell'ambito della loro autonomia l'individualizzazione e la personalizzazione dell'apprendimento delle bambine e dei bambini nonché delle alunne e degli alunni, quali attori primari e destinatari del sistema educativo provinciale di istruzione. I circoli di scuola dell'infanzia e le istituzioni scolastiche definiscono il curricolo per realizzare percorsi formativi rispondenti alle attitudini e ai bisogni formativi di ciascuna bambina e di ciascun bambino nonché di ciascuna alunna e ciascun alunno, utilizzando idonei strumenti di consulenza per l'apprendimento e per l'orientamento nonché di documentazione.

Ich verlese nun die dazu eingebrachten Änderungsanträge:

Änderungsantrag Nr. 1, eingebracht von Landesrätin Gnecci: "Der Artikel wird gestrichen."

"L'articolo è soppresso."

Änderungsantrag Nr. 2, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba und Kury: "Artikel 1 Absatz 2: Der Absatz erhält folgende Fassung: 2. Das Land verwirklicht diese Ziele - unter Beachtung der Autonomie der Kindergärten und Schulen - durch seine Bildungspolitik und fördert:

- a) das kulturelle und interkulturelle, soziale und wirtschaftliche Wachstum der Bevölkerung und des Umfeldes,
- b) die Verwirklichung eines sozialen Umfeldes, welche das Prinzip der Legalität und des aktiven Zusammenlebens der Sprachgruppen unter Wahrung ihrer besonderen Merkmale und Traditionen gewährleistet, sowie
- c) das Bewusstsein der Realität und der Landesgeschichte vor einem europäischen und weltweiten Hintergrund."

"Articolo 1, comma 2: Il comma è così sostituito: 2. A tal fine la Provincia adotta - nel rispetto dell'autonomia delle scuole dell'infanzia e delle istituzioni scolastiche - politiche dell'educazione indirizzate:

- a) alla crescita culturale e interculturale, sociale ed economica della popolazione e del territorio,
- b) alla realizzazione di assetti sociali rispettosi del principio di legalità e della convivenza attiva tra i gruppi linguistici - nella salvaguardia delle rispettive peculiarità e tradizioni - e
- c) alla consapevolezza della realtà e della storia del territorio nel contesto europeo e mondiale."

Änderungsantrag Nr. 3, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Minniti und Sigismondi: "Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a): Nach dem Wort "kulturellen" wird das Wort "interkulturellen," eingefügt.

"Articolo 1, comma 2, lettera a): Dopo la parola "culturale" è aggiunta la parola "interculturale,."

Änderungsantrag Nr. 4, eingebracht von Landesrätin Gnecci und dem Abgeordneten Denicolò: "Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a): Nach dem Wort "kulturellen" wird das Wort "interkulturellen," eingefügt."

"Articolo 1, comma 2, lettera a): Dopo la parola "culturale" è aggiunta la parola "interculturale,".

Änderungsantrag Nr. 5, eingebracht von Landesrätin Gnecci: "Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c): Buchstabe c) wird gestrichen."

"Articolo 1, comma 2, lettera c): La lettera c) è soppressa."

Änderungsantrag Nr. 6, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba und Kury: "Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c): Buchstabe c) wird gestrichen."

"Articolo 1, comma 2, lettera c): La lettera c) è soppressa."

Änderungsantrag Nr. 7, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Minniti und Sigismondi: "Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c): Der Buchstabe c) wird wie folgt ersetzt: c) die Festigung der Werte, auf denen das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa und das Selbstverständnis als europäischer Bürger aufgebaut sind, unter Anerkennung der Rechts- und Identitätselemente, auf deren Grundlage sich die europäische Gesellschaft entwickelt hat und deren Wurzeln auf die klassische Kultur und die christliche Zivilisation zurückgehen."

"Articolo 1, comma 2, lettera c) La lettera c) è così sostituita: c) consolidamento dei valori su cui sono fondati i sentimenti di appartenenza e cittadinanza europei, nel riconoscimento degli elementi di diritto e identità sui quali si è formata la società europea e che hanno le proprie radici nella cultura classica e nella civiltà cristiana."

Änderungsantrag Nr. 8, eingebracht von Landesrätin Gnecci: "Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c): Buchstabe c) wird wie folgt ersetzt: c) die Vermittlung der Werte, auf denen das Selbstverständnis als europäischer Bürger aufbaut, im Bewusstsein der Rolle, welche die klassische Kultur, das Judentum und das Christentum in der europäischen Geschichte und in der Festigung der modernen Verfassungsgrundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit, des Schutzes der Menschenwürde und der Solidarität zwischen den Völkern gespielt haben;"

"Articolo 1, comma 2, lettera c): La lettera c) è così sostituita: c) alla conoscenza dei valori della cittadinanza europea, a partire dalla consapevolezza del ruolo avuto dalla cultura classica, dall'ebraismo e dal cristianesimo nel permeare la storia europea e nel preparare l'affermazione dei moderni principi costituzionali di libertà e giustizia, rispetto della dignità umana e solidarietà tra i popoli;"

Änderungsantrag Nr. 9, eingebracht vom Abgeordneten Heiss: "Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c) Der Buchstabe c) erhält folgende Fassung: c) die Verbreitung und Festigung der europäischen Geisteshaltung und Kultur. Diese gründet im Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes auf den unteilbaren und universellen Werten der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität."

"Articolo 1, comma 2, lettera c) La lettera c) è così sostituita: c) alla diffusione e al rafforzamento del pensiero e della cultura europea. Essa si fonda, nella consapevolezza dei principi spirituali, religiosi e morali che la contraddistinguono, sui valori indivisibili e universali della dignità della persona, della libertà, dell'uguaglianza e della solidarietà."

Änderungsantrag Nr. 10, eingebracht von der Abgeordneten Klotz: "Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d): Buchstabe d) wird wie folgt ersetzt: d) die Vermittlung der lokalen Geschichte, um allen die Teilhabe am Kulturerbe Tirols zu ermöglichen und dessen Erhaltung zu sichern."

"Articolo 1, comma 2, lettera d): La lettera d) è così sostituita: d) insegnamento della storia locale per consentire a tutti la partecipazione al patrimonio culturale del Tirolo e garantirne la conservazione."

Änderungsantrag Nr. 11, eingebracht von der Abgeordneten Klotz: "Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d): Buchstabe d) wird wie folgt ersetzt: d) Die Vermittlung der Geschichte, insbesondere der lokalen, um die Schülerinnen und Schüler mit der historischen Entwicklung des Landes und dem Kulturerbe Tirols vertraut zu machen."

"Articolo 1, comma 2, lettera d): La lettera d) è così sostituita: d) all'insegnamento della storia, in particolare di quella locale, promuovendo le conoscenze delle alunne e degli alunni sullo sviluppo storico della provincia e sul patrimonio culturale del Tirolo."

Änderungsantrag Nr. 12, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Minniti und Sigismondi: "Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d): Nach dem Wort "Heimat" werden folgende Wörter eingefügt: "im Verhältnis zum staatlichen und europäischen Umfeld"."

"Articolo 1, comma 2, lettera d): Sono aggiunte le seguenti parole: "nel loro rapporto con i contesti nazionale ed europeo"."

Änderungsantrag Nr. 13, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Minniti und Sigismondi: "Artikel 1 Absatz 5: Der letzte Satz von Absatz 5 wird gestrichen."

"Articolo 1, comma 5: L'ultimo periodo del comma 5 è soppresso."

Änderungsantrag Nr. 14, eingebracht von Landesrätin Gneccchi: "Artikel 1 Absatz 9 erhält folgende Fassung: 9. Zur Verwirklichung der Schulpflicht und des Bildungsrechts und der Bildungspflicht tragen die Schülerinnen und Schüler, deren Familien, die Kindergärten, die Schulen und Einrichtungen für die Berufsbildung, die Betriebe, welche die Jugendlichen mit einem Lehrlingsvertrag anstellen, sowie andere Bildungseinrichtungen und -organisationen bei. Dabei werden die Entfaltung und Entwicklung der Person und die Befähigung zum Leben in der Gemeinschaft und Bildungswege gefördert, die den Fähigkeit und Neigungen des Einzelnen und der Einzelnen entsprechend und zu einem umfassenden Bildungserfolg führen."

L'articolo 1, comma 9 è sostituito: 9. All'attuazione dell'obbligo dell'istruzione e del diritto-dovere di istruzione e formazione concorrono le alunne e gli alunni, le loro famiglie, le scuole dell'infanzia, le istituzioni scolastiche e formative, le imprese

che assumono i giovani con contratto di apprendistato nonché altre istituzioni ed organizzazioni formative, al fine di favorire la crescita e la valorizzazione della persona umana e lo sviluppo delle competenze per la convivenza civile attraverso la realizzazione di percorsi formativi rispondenti alle attitudini di ciascuno e ciascuna e finalizzati al pieno successo formativo."

Änderungsantrag Nr. 15, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Minniti und Sigismondi: "Artikel 1 Absatz 9: Der letzte Satz von Absatz 9 wird gestrichen."

"Articolo 1, comma 9: L'ultimo periodo del comma 9 è soppresso."

Änderungsantrag Nr. 16, eingebracht von Landesrätin Gneccchi: "Artikel 1 Absatz 9-bis: Der Absatz wird wie folgt ersetzt: 9-bis. Das Land unterstützt die Verbreitung der musikalischen Kultur und Praxis durch die Einführung von Musiklehrgängen in den Mittel- und Oberschulen sowie durch die Förderung der Zusammenarbeit der Kindergärten und Schulen mit den Musikschulen des Instituts für Musikerziehung und dem Konservatorium."

"Articolo 1, comma 9-bis: Il comma è così sostituito: 9-bis. La Provincia sostiene la diffusione della cultura e della pratica musicale sia promuovendo l'istituzione di corsi ad indirizzo musicale nelle scuole secondarie, sia promuovendo la collaborazione delle scuole dell'infanzia e delle istituzioni scolastiche con le scuole di musica dell'Istituto per l'educazione musicale e con il Conservatorio di musica."

Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo Verde - Grupa Vërda): Il gruppo Verde ha presentato alcuni emendamenti, ma la questione sarebbe risolta se l'emendamento n. 1 firmato dall'assessora Gneccchi venisse approvato, e per questo lo sosteniamo. Noi riteniamo questo articolo completamente inutile, perché forse nelle Intendenze e negli uffici qualcuno aveva la riforma dell'intero sistema salvato in un file, poi si è deciso di fare la riforma solo della scuola per l'infanzia e del primo ciclo di istruzione, cioè scuola materna, elementare e media, però chi ha tirato fuori il file dall'archivio, ha dimenticato di togliere i principi generali. Io metto i principi generali in una riforma complessiva del sistema, ma in una riforma che riguarda solo le scuole materne e il primo ciclo di istruzione, non capisco perché devo inserire questa cosa artificiosa che sono i principi generali, anche perché poi se leggo il resto della legge, assessore Saurer, voi avete messo dei subprincipi generali in ognuna delle sezioni. Ci sono delle indicazioni generali per la scuola materna, e indicazioni generali per il primo ciclo di istruzione, che bastano, perché o voi date le condizioni generali di tutto il sistema comprendendo anche la scuola superiore e la scuola professionale, allora capisco che qualcuno possa pensare che ci voglia un'impostazione unitaria, ma visto che questa è una riforma di una parte del nostro sistema scolastico, non capisco perché in questa parte bisogna stabilire i principi generali. Temo che quando faremo la riforma delle scuole superiori, ci sarà anche un articolo 1 sui principi generali. Se c'è un giudizio universale, vale per tutti, ce n'è uno solo, non possono essercene tanti.

Questo articolo proprio dal punto di vista della costruzione tecnica della legge, non regge. voglio proprio essere pragmatico, perché in tempi di ideologie e fondamentalismi dove qualcuno pensa che siamo a fare la lotta per la difesa dell'occidente cristiano e poi finisce per dare la caccia alle rane a Bolzano con questa impostazione, credo che bisogna intanto abbassare le pretese ed essere molto pragmatici. Per questo dico che questo articolo ci sta come il cavolo a merenda, non ci sta a fare niente in questa legge! È solo una bandierina ideologica, c'è una serie di affermazioni di principio fumose, astratte, confuse - poi dirò qualcosa su questo "confuse" dal punto di vista della scienza didattica - come non io ma il prof. Baur dell'università di Bressanone ha scritto su un illuminante articolo sulla rivista che pubblica la Sovrintendenza scolastica di lingua italiana dove dice che c'è una confusione fra la personalizzazione ed individualizzazione per esempio. Capisco che tutto questo si metta nei vari settori della scuola. La capisco di più se la applico alla scuola elementare e media, ma se metto questa sorta di insalata mista come tappo iniziale di una riforma che poi di questo tappo non ha assolutamente bisogno, non ci capisco più niente. Credo si sia voluta fare un'operazione di bandiera, ideologica, perché c'era la moda, perché in Europa si discuteva delle radici cristiane, e allora bisognava metterle anche qui, perché bisogna sempre essere i primi della classe. Noi in una provincia di 450 mila abitanti dobbiamo stabilire quali sono le radici dell'Europa! Credo che ci prendiamo un po' troppo sul serio. In questa legge possiamo scrivere ciò che vogliamo, al resto d'Europa non importa niente, il resto d'Europa ha trovato delle soluzioni più civili e tolleranti.

Ritengo che tecnicamente questo articolo non c'entri niente con questa legge, per quel poco che sta in piedi, perché è diventata uno scheletro spolpato, magari attaccato ad un'asta come c'erano nelle scuole medie ed elementari un tempo, e i bambini fantasticavano su chissà a chi apparteneva, il nostro doveva appartenere ad un soldato della prima guerra mondiale. In questa legge scheletro questo teschio iniziale non ci sta a fare niente. Sono solo affermazioni ideologiche inutili messe lì per dividerci, per fare finte battaglie. Mi spiace anche doverla fare la battaglia, ma se l'avete messo, ad un certo punto la battaglia va fatta. Non siamo al Parlamento europeo dove si discutono le radici cristiane, non ci compete stabilire quali sono le radici dell'Europa, ma come sempre quando qualcuno si occupa di cose che non gli competono usa le parole a caso, quindi addirittura diciamo: "...la diffusione" e addirittura "il rafforzamento del pensiero e della cultura europea fondata su ragioni di origine cristiane". Ci mettiamo a fare i crociati, perché dobbiamo diffondere la cultura europea fondata sulle radici cristiane! Prepariamo la nave a Genova e Venezia, le repubbliche marinare ci forniscono i finanziamenti, carichiamo un po' di guerrieri e andiamo in giro per il mondo a diffondere la cultura europea basata sulle radici cristiane!

Anche nella formulazione si vede che non siamo competenti, che ci dobbiamo occupare d'altro, ma su questo, come sull'arte moderna e contemporanea, non siamo competenti. Quindi è inutile che pretendiamo di dettar sentenze, perché vengono male, diventano ridicole. Che i 480 mila abitanti dell'Alto Adige-Südtirol con i loro

bambini marcino alla diffusione del pensiero e della cultura europea fondata sulle radici cristiane non è sbagliato, è ridicolo!

Noi abbiamo cercato di riparare, votiamo l'emendamento dell'assessora Gnechchi che toglie questo articolo, così ci togliamo tutti i problemi. Se non dovessimo toglierlo, abbiamo preparato una serie di emendamenti in cui ripristiniamo alcune vecchie edizioni, perché non avete messo le radici cristiane, ma avete tolto la parola "interculturale" da questi obiettivi. Avevate scritto: "La crescita culturale e interculturale, sociale, economica della popolazione del territorio", poi avete lasciato fare alla maggioranza della Commissione, che è una maggioranza diversa da quella che c'è in Consiglio provinciale - nella commissione c'è il collega Pahl, la collega Klotz e il collega Urzì - e sfido a dimostrare che questa maggioranza in commissione corrisponde alla maggioranza del Consiglio. La maggioranza di una commissione - colpa di chi l'ha composta questa commissione - ha tirato indietro rispetto al testo della Giunta provinciale che allora aveva avuto almeno la sensibilità di nominare questa "parolaccia", cioè che questa è una provincia dove esistono molte culture, molte lingue e dove bisogna fare educazione interculturale - è una banalità che dicono ovunque - e la Commissione l'ha tolta.

L'assessora Gnechchi ha fatto qualcosa, ma io mi aspettavo un'azione collettiva di tutta la Giunta provinciale, che rivendicasse il proprio coraggio e reintroducesse questa parola. Invece no! Noi abbiamo presentato una serie di emendamenti nel caso in cui non passasse l'emendamento dell'assessora Gnechchi, così la festa è finita per questo inutile articolo, e in particolare il collega Heiss è andato a spulciare il dibattito sulla Costituzione europea e ha ripreso la soluzione europea che non sta a contare le bandiere e gli eserciti, se ci sono più cristiani o se ci sono più ebrei, più illuministi ecc., non cita cioè i partiti ideologici ma cita i valori. I valori sono religiosi, spirituali, morali, universali, i valori della dignità della persona, della libertà, dell'uguaglianza, della solidarietà. Questa è l'Europa e questa è una dizione in cui tutta l'Europa si può riconoscere. Ci possiamo riconoscere anche noi, si possono riconoscere anche coloro che tengono alle radici cristiane, ma visto che non siamo in un posto dove esiste la religione di Stato tipo Iran, a me pare che sia completamente inutile e pericoloso mettersi su questa strada. In provincia sta tirando una brutta aria, mi riferisco alla polemica sull'arte moderna, su opere che non sono state comprese, perché quando uno ha il paraocchi carica tutti gli ostacoli che si vede davanti senza neanche fermarsi e riflettere. Se uno usa un simbolo di martirio come è quello della croce per parlare di se stesso e di come si sente calpestato nel mondo, a me non pare una cosa così brutta, forse i dirigenti del museo dovevano solo spiegarlo meglio. Io mi sono stupito della polemica, a parte che tutti coloro che l'hanno fatta il giorno dopo passeggiavano sotto la croce, io c'ero all'inaugurazione come tanti di voi, se ne sono accorti il giorno dopo, perché un giornale ha telefonato. Noi siamo sotto il ricatto di un giornale e di una casa editrice. Questa è la verità, e lo sapete bene, perché tutte le volte che aprite quel giornale, colleghi della Volkspartei, io le vedo le vostre facce, e a volte non sono allegre. Voi siete

ricattati da un giornale, da una casa editrice anche su questa cosa. Anche il vescovo è stato spinto a prendere una posizione che ha preso sulla pressione dell'opinione pubblica, perché io lo conosco benissimo il vescovo, come lo conosce Lei, assessore Musner. È una persona aperta, uno studioso, un bibliista, che ha parlato sempre di salvaguardia del Creato e ha evitato sempre di prendere in mano le bandiere delle crociate. Non credo che la Chiesa in provincia di Bolzano abbia bisogno di questo "favore", non dobbiamo essere più realisti del re. Questo articolo è inutile o se proprio lo vogliamo lasciare, ci dobbiamo ispirare alla soluzione che è stata trovata per la Costituzione europea che non cita gli eserciti, le etichette, ma cita i valori in cui tutti ci riconosciamo. Poi c'è chi questi valori li vede rispecchiati in una propria religione e questo va rispettato, e c'è chi invece questi valori li pratica anche da laico.

Per questo la nostra posizione su questo articolo è negativa e invitiamo il Consiglio provinciale a o eliminarlo o a bonificarlo attraverso una modifica che si ispiri alla cultura europea.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT - Freies Bündnis für Tirol): Mir geht es in erster Linie um die Erläuterung meiner Abänderungsanträge zu Buchstabe d) des zweiten Absatzes. Wir haben in der ersten Gesetzgebungskommission viele Stunden damit verbracht, uns über Artikel 1 des Gesetzentwurfes zu unterhalten. Vor allem geht es um den Begriff der christlichen Wurzeln. Es hat eine Reihe von Abänderungs- und Zusatzanträgen gegeben. Letzten Endes ist dieser Text herausgekommen. Ich habe im Rahmen der Arbeiten in der Gesetzgebungskommission für den Passus, der die Kenntnis der lokalen Geschichte betrifft, gekämpft. Es ging mir besonders um den Verweis auf das Kulturerbe Tirols, aber dieser ist in der Gesetzgebungskommission nicht durchgegangen. Deshalb versuche ich es jetzt im Rahmen der Arbeiten im Plenum, und zwar aus folgenden Gründen: Mit Annahme dieses Gesetzentwurfes wird eine ganze Reihe anderer Gesetzesbestimmungen abgeschafft, darunter auch die bis heute geltenden Lehrpläne. Was den allgemeinen Teil dieser Lehrpläne - Lehrplan für die Grundschulen mit deutscher Unterrichtssprache der autonomen Provinz Bozen/Südtirol - anbelangt, so steht unter den allgemeinen Zielsetzungen Folgendes: *"In Südtirol übernimmt die Schule neben staatsbürgerlichen und allgemein gesellschaftlichen Aufgaben auch solche, welche die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigen. Die Liebe zur Heimat Tirol, die bewusste Teilnahme an der heimatlichen Kultur und die Achtung vor der Überzeugung der Mitmenschen erhalten deshalb ein besonderes Gewicht. Daraus folgt, dass auch der Wert der Religion, besonders jener des Christentums, für das Leben des einzelnen Menschen und der Gesellschaft besonders berücksichtigt wird."* Dieser Passus wird nicht mehr enthalten sein. *"Die Schule muss sich dafür einsetzen, dass dieses grundlegende Prinzip des demokratischen Zusammenlebens nicht zu passiver Gleichgültigkeit führt. Sie soll den Schüler befähigen, sich seiner Vorstellungen bewusst zu werden, klare und konsequente Verhaltensweisen zu akzeptieren und nach allgemein anerkannten Werten zu leben."* Besonders hervorzuhe-

ben ist folgender Passus: "*Die Schule setzt sich in der Erziehung dafür ein, dass das Kind ... den Wert der eigenen Gemeinschaft und der Muttersprache erkennt und darin gefestigt wird.*" Man möge mir jetzt nicht wieder damit kommen und sagen, dass das überholte Werte aus dem 18. Jahrhundert seien, denn diese Werte sind heute gültiger denn je zuvor! Dann kommen auch noch einige Aussagen in Bezug auf das Kulturerbe, die in diesem Zusammenhang fehlen. Ich habe in der Gesetzgebungskommission vehement dafür gekämpft, dass die Begriffe "Kulturerbe Tirols" erhalten bleiben. Die Formulierung, die dann gewählt wurde - "*die Kenntnis der lokalen Geschichte, um die Schülerinnen und Schüler mit der historischen Entwicklung des Landes und dem kulturellen Leben der Heimat vertraut zu machen*", - war mir etwas zu schwammig. Was ist schon das kulturelle Leben der Heimat? Dieser Text ist mir viel zu wenig präzise. In diesem Zusammenhang habe ich auch das katalanische Statut zitiert. Ich habe das neueste Autonomiestatut Kataloniens, in welchem das noch ausführlicher beschrieben ist: "*... el manteniment della memoria istorica de Catalunya com appatrimoni colectiu che testimonia la resistentia e la liuta ...*" - es geht also um den Kampf für die demokratischen Rechte - ... *ad adoptar les initiatives institucionals necessaries per el riconosciment e la rehabilitation de tots che ampartit per sicuncio com a consequenzia dela difensia dela democrazia e l'autoguvern de Catalunya.*" Es geht um Anerkennung und um die Rehabilitation all jener Bürger, welche verfolgt worden sind, als Folge dessen, dass sie die Demokratie und Selbstregierung Kataloniens verteidigt haben. Katalonien ist nicht rückständig, Kollege Dello Sbarba, sondern eine der modernsten Regionen Europas. Hier geht es nicht darum, dass man jemanden ausschließen will. Ganz im Gegenteil, ich spreche in meinem ersten Abänderungsantrag von der Vermittlung der lokalen Geschichte, um allen die Teilnahme am Kulturerbe Tirols zu ermöglichen und dessen Erhaltung zu sichern. Wer von Geschichtsunterricht eine Ahnung hat, der weiß, dass es ratsam ist, von einem geschichtlichen Bezug des Dorfes, der Stadt, des Landes auszugehen, um so auf die Geschichte Europas und der Welt zu kommen. Das ist ja ganz klar! Man kann Geschichte nicht losgelöst von der europäischen bzw. Weltgeschichte sehen. Im Alternativantrag steht: "*die Vermittlung der Geschichte, insbesondere der lokalen, um die Schülerinnen und Schüler mit der historischen Entwicklung des Landes und dem Kulturerbe Tirols vertraut zu machen.*" Meines Erachtens sollte dieser konkrete Hinweis aufrecht bleiben, weil mit dem vorliegenden Gesetz alle bis heute geltenden Lehrpläne und Gesetzesartikel abgeschafft werden. Schon im Jahr 1988 - damals noch unter Landesrat Zelger - hat es einen kräftigen Sturm gegen diese Zielsetzung der Liebe zur Heimat Tirol gegeben, aber dieser Passus konnte gerettet werden. Landesrat Saurer, ich kann nur noch einmal sagen, dass sich die Katalanen vor niemandem fürchten. Im Gegenteil, wer etwas auf sich hält, der schreibt es hinein, nämlich die Kenntnis der eigenen Geschichte und den Kampf um das eigene Überleben. Nach dem katalanischen Vorbild müsste ausdrücklich der Südtiroler Freiheitskampf der 60-er Jahre festgeschrieben sein, aber das habe ich hier nicht verlangt.

Frau Präsidentin, ich möchte morgen mit meiner Stellungnahme fortfahren.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsident! Ich stelle mit Erstaunen fest, dass einer der zuständigen Landesräte die Streichung des Artikels 1 verlangt. Der Gesetzentwurf ist ja von den drei Landesräten Otto Saurer, Luisa Gnechi und Florian Mussner unterzeichnet worden. Ein Unterzeichner verlangt die Streichung des Artikels 1, in dem es darum geht, die allgemeinen Grundsätze festzulegen. Das finde ich schon erstaunlich, um nicht mehr zu sagen. Aber die Frau Landesrätin wird uns die Gründe für diesen Änderungsantrag sicherlich noch erklären.

Ich kann mich mit Artikel 1 grundsätzlich einverstanden erklären, würde aber auch - wie bereits meine Vorrednerin gesagt hat - akzeptieren, dass man bei Absatz 2 Buchstaben d) einen Bezug auf Tirol einbaut. Man muss den italienischen Text lesen. Wenn man den deutschen Text liest, heißt es, dass man die Kenntnis der lokalen Geschichte fördert, um die Schülerinnen und Schüler mit der historischen Entwicklung des Landes und dem kulturellen Leben der Heimat vertraut zu machen. Unter dem Begriff "Land" verstehen wir nicht nur die Provinz Bozen. Im Italienischen heißt es ganz klar: *"sviluppo storico della provincia e sulle culture e tradizioni locali"*. Ich weiß schon, dass man bei uns landläufig unter dem Begriff "Land" auch das Land Südtirol versteht, aber man müsste dies trotzdem besser formulieren. Wenn wir unseren Jugendlichen auch die Kenntnis der lokalen Geschichte beibringen möchten, dann verstehen wir darunter etwas mehr. Gemeint ist hier das ganze Land Tirol, wie bereits Kollegin Klotz dargelegt hat. Dies zum einen!

Der Punkt, an dem sich im Vorfeld die Geister geschieden bzw. entzündet haben, ist Buchstabe c) des Absatzes 2, der da lautet: *"die Verbreitung und Festigung der europäischen Gesinnung und Kultur, die auf christlichen Wurzeln aufbaut,"*. Wir sind dafür, dass dieser Passus aufrecht bleibt. Präsident Dello Sbarba, hier von Lächerlichkeit zu reden, beleidigt mich mehr als der Frosch am Kreuz! Ich gebe dir in einem Punkt Recht, wenn du sagst, dass hier eine mediale Seifenblase erzeugt wurde, um hinten herum die Wahl des Handelskammer-Präsidenten zu vertuschen. Das ist auch mein Eindruck. So viel Heuchelei um dieses Bild geht mir einfach zu weit, wenn wir von christlichen Werten reden. Ich kritisiere an dieser Geschichte, dass man das Bild in einem Gebäude aufstellt, welches mit Steuergeldern gebaut wurde. Wir waren immer gegen das Museum als solches. Wir haben gesagt: Wenn einige in Südtirol ein Museum für Moderne Kunst wollen, dann sollen sie es mit ihren Geldern bezahlen. Dann können sie aufhängen und hinstellen, was sie wollen. Dann regt sich auch niemand darüber auf. In dem Moment, wenn es um Steuergelder geht, habe ich Verständnis dafür, dass die Menschen auf die Barrikaden gehen, obwohl manchmal der Vorwand ein anderer ist, wie ich ihn hier vielleicht sehe. Ich habe Verständnis dafür, wenn man sagt, dass hier religiöse Gefühle verletzt werden. Hier geht es nicht um den bereits verstorbenen Künstler und das, was er aussagen will. Das wurde leider Gottes nicht erklärt. Wir haben gestern gehört, dass die Frau Landesrätin darüber nicht informiert war. Ich möchte diese Geschichte hier nur in Klammer erwähnen.

Ich möchte auf die gesamte Diskussion um die christlichen Wurzeln in der Europäischen Verfassung verweisen. Ich habe mir den Antrag von Kollegen Heiss sehr genau durchgelesen. Er klammert das auch, wie es die Europäische Union leider Gottes in ihrem Grundsatzvertrag versäumt hat hineinzustellen. Ich habe immer noch die kleine Hoffnung und bete zum Heiligen Patrick, dass er die Iren erleuchten möge, dass die Iren, welche morgen über diesen EU-Verfassungsvertrag abstimmen, mehrheitlich Nein dazu sagen. Dies nicht nur aus diesem Grund, sondern, weil der Europäische Verfassungsvertrag eine Einschränkung der Freiheiten in den Ländern und einen großer Raub an der Souveränität der Staaten und der Länder darstellt. Ich weiß nicht, wie viele Parlamentarier und Abgeordnete in Europa, angefangen vom Europaparlament selber bis hinunter auf die Ebene der Landtage, diesen Vertrag gelesen haben. Ich wette, dass nicht einmal 20 Prozent der Abgeordneten in den Europäischen Parlamenten - sowohl auf Staats- als auch auf Landesebene - diesen Verfassungsvertrag gelesen haben, und auch nicht wissen, was dessen Genehmigung bedeuten würde. Ich sage das deshalb, weil es aktuell ist und die Iren morgen darüber abstimmen werden. Dir Iren sind das einzige Volk, denen man überhaupt eine Abstimmung zum EU-Verfassungsvertrag genehmigt hat. Über die anderen europäischen Völker wurde einfach darübergefahren. Darüber entscheiden nur die Parlamente der Staaten. Wenn man von einer Verfassung spricht, dann müsste nach meinem Selbstverständnis auf jeden Fall die Bevölkerung befragt werden. Hier geht es nicht um eine Kleinigkeit. Die Verankerung des Christentums ist ein kleines Detail, aber doch ein wichtiges. Wenn man das aus der Europäischen Kultur, aus dem EU-Vertrag und irgendwo auch aus dem Bewusstsein streicht, dann verstehe ich schon, was man meint, wenn man von Interkulturalismus spricht usw. Wir wissen, welches die aktuelle Situation ist.

In Absatz 3 heißt es weiter: "*Diese Maßnahmen zielen weiters auf die Orientierung und Eingliederung in die Arbeitswelt sowie auf die Förderung der Fähigkeit ab, Veränderungen zu bewältigen und sich in einer komplexer werdenden Welt zu orientieren.*" All das steht drinnen. Dazu gehört beispielsweise die ganze Problematik der Zuwanderung. Da wird automatisch über andere Religionen und andere Herausforderungen geredet. Aber zum Grundsatz, zur Wirbelsäule dieser Ausrichtung gehören nach unserem Verständnis auch die christlichen Wurzeln dazu.

Wir werden die Abänderungsanträge, welche die Vermittlung der Tiroler Geschichte und des Tiroler Kulturerbes zum Inhalt haben, unterstützen und die anderen Abänderungsanträge selbstverständlich ablehnen.

PRÄSIDENTIN: Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

URZÌ (AN): Per una ragione procedurale, che in un certo qual modo è stata già indicata da coloro che mi hanno preceduto. Dal dibattito che c'è stato che ha coinvolto la Giunta provinciale. Sappiamo che ci troviamo di fronte ad un disegno di legge presentato dai colleghi Saurer, Gnechi e Mussner ma che vede la collega Gnechi in dissidenza rispetto ad alcune parti di questo disegno di legge ed è un po' un fatto anomalo, perché raramente ci è capitato di vedere situazioni di questo tipo, di disegni che vengono presentati con i presentatori che dicono di non essere d'accordo su quanto è scritto, perché piuttosto non li si sottoscrive. Io comprendo tutto, abbiamo seguito l'ampio ed articolato dibattito che c'è stato sulla stampa, ho rispetto delle posizioni, mi chiedo in termini formali e istituzionali però come si regga un castello di questo tipo, perché si ammetterà che è un po' un paradosso. Questo è maggiormente sottolineato dalla presentazione, sotto forma di emendamenti, di tutta una serie di proposte correttive della collega Gnechi, in un caso con l'adesione del collega Denicolò, che è identico ad un emendamento presentato da Alleanza Nazionale, che sono condivisibili, però pongono un problema politico, che è di tenuta della maggioranza, che è di coerenza e omogeneità della maggioranza. Diciamole queste cose, perché talvolta sfuggono. Io comprendo che un dibattito all'interno della maggioranza sia fatto democratico, ma nello stesso tempo pongono interrogativi che vanno sciolti. Nel momento in cui ci troviamo di fronte a tutta una serie di emendamenti presentati dall'assessora Gnechi, non dalla consigliera Gnechi - non ci si può scindere, non siamo dottor Jekyll e Mr. Hyde - si è una sola persona, ritengo che forse sarebbe stato meglio prima dell'avvio del dibattito sull'articolato, che una illustrazione dettagliata da parte dell'assessora Gnechi potesse essere svolta. Ricordiamo l'intervento nell'ambito del dibattito generale, ma siccome siamo all'illustrazione dell'articolo, credo sia opportuno questo chiarimento preciso, puntuale rispetto alla tenuta della maggioranza. A me sorge qualche dubbio sul fatto che la maggioranza qualche problema al suo interno lo abbia. L'assessora Gnechi con la sua uscita da questo Consiglio lo risolverà, però se lo ha che sia manifesto e rimanga anche a verbale.

Questo chiedo, presidente, che prima di proseguire con gli interventi - anche il mio che vorrei svolgere con ampio lasso di tempo utile di poterlo fare, quindi domani - comunque ci potesse essere l'illustrazione dell'emendamento da parte dell'assessora Gnechi, o stasera o domani. Credo sia preferibile domani, considerata la grande attenzione che una parte della maggioranza, di cui la collega Gnechi fa parte, sta dimostrando per i lavori d'aula. Chiedo quindi che il dibattito possa proseguire domani mattina.

GNECCHI (Assessora alla scuola italiana, al lavoro, alla formazione professionale italiana nonché all'innovazione, ricerca e cooperative - Insieme a Sinistra - Pace e diritti/Gemeinsam Links - Frieden und Gerechtigkeit): Chiarisco subito e molto volentieri - l'ho fatto durante la discussione generale e volevo risparmiare tempo - dato che è stato chiamato in causa anche il collega Denicolò con il quale ho firmato un emendamento, e il collega Urzì era presente in Commissione. Il collega Denicolò non aveva approvato l'emendamento che è stato approvato in Commissione, peraltro anche il collega Saurer ed io eravamo per mantenere la parola "interculturale", tanto che il testo è uscito dalla Giunta con la parola inserita, e quindi coerentemente abbiamo presentato un emendamento, firmandolo insieme, perché peraltro il collega Denicolò ed io siamo impegnati insieme anche fuori da questo Consiglio su alcuni terreni, nei quali l'interculturalità è uno dei filoni che hanno caratterizzato la nostra attività. L'emendamento firmato con il collega ha quindi un iter trasparente, perché era una situazione già chiara all'interno della Commissione legislativa.

Per quanto riguarda l'articolo 1, dico in modo molto chiaro che anche all'interno della Giunta avevo esposto la mia posizione rispetto al fatto che l'articolo aveva senso quando si era pensato ad una legge organica, dalla scuola per l'infanzia alle scuole superiori. Questo l'ho rispiegato anche in Commissione ed è scritto nella relazione. Anche il Consiglio scolastico provinciale ha esposto questa riflessione, quindi non è proprio solo una cosa pensata da me, magari mi sono svegliata una notte e ho pensato che l'articolo 1 non ci doveva essere. Sull'articolo 1 le cose che non mi vedono d'accordo sono proprio riferite al fatto che un articolo con principi generali così ampi, mentre il disegno di legge si riferisce a scuola per l'infanzia, elementari e medie, può lasciare adito, come impostazione, ad altri dubbi. Il fatto che si parli dell'attuazione dell'obbligo scolastico, che si pensi all'orientamento al lavoro e all'inserimento nel mondo del lavoro avendo tutto il testo solo un ambito fino alla terza media, mi sembra improprio. Ci tengo però a ribadire che gli emendamenti da me firmati sono quasi tutti riferiti all'articolo 1, tranne quello all'art. 15, comma 5, che ci ha visto su posizioni diverse in questi anni di discussione, ma da quando abbiamo trovato la formulazione che ci siano le indicazioni provinciali divise per lingua, abbiamo superato le differenze.

Quindi sull'articolo 1 permangono queste posizioni diverse, in più poi c'è questo mio emendamento riguardante le radici cristiane, ma ne riparleremo. Ho presentato un emendamento che ritengo più completo dal punto di vista generale, ma so benissimo qual è il contesto nel quale ci muoviamo. Comunque sia, rispetto ad un disegno di legge complessivo sulla riforma non mi pare ci sia nessun problema nel riconoscere che sull'articolo 1 non sono d'accordo, sull'art. 15, comma 5 non sono d'accordo con la formulazione, ma poi troveremo il modo perché le tre scuole possano comunque andare avanti. È una cosa risaputa anche all'interno della Giunta. L'iter è stato trasparente, e oltretutto questo articolo che sancisce i principi generali non andrà poi ad influire sulla vita quotidiana all'interno delle istituzioni scolastiche, quindi è un di-

battito generale, anche culturale, che ci vede impegnati tutti e sul quale, dei 35 consiglieri che siamo, a gruppetti abbiamo delle idee comuni, anche trasversali tra maggioranza e minoranza. Su alcuni temi sappiamo che riguardano il proprio modo di vivere, i propri convincimenti, le proprie convinzioni culturali, che vanno anche al di là della singola frase. Però, per quanto riguarda la riforma, il collega Saurer e io abbiamo lavorato insieme in questi anni, abbiamo avuto posizioni diverse su alcuni argomenti, la formulazione generale della legge è condivisa, però permane questa posizione diversa sull'articolo 1, che legittimamente è anche giusto che si conosca.

PRÄSIDENTIN: Wir werden die Diskussion über die Änderungsanträge morgen fortsetzen.

Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 18.51 UHR

SEDUTA 179. SITZUNG

11.6.2008

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

BAUMGARTNER (26, 62)
DELLO SBARBA (51, 73, 85)
DURNWALDER (13)
GNECCHI (65, 78, 93)
HEISS (16)
KLOTZ (23, 40, 46, 55, 64, 69, 74, 88)
KURY (44, 59, 64, 67, 77)
LEITNER (3, 25, 45, 57, 63, 90)
MINNITI (22, 29)
PAHL (9)
PASQUALI (56)
PRESIDENTE (27, 64)
SAURER (45, 66, 77)
SEPPI (61, 75)
SIGISMONDI (5)
STIRNER BRANTSCH (42)
URZÌ (42, 49, 53, 63, 65, 71, 92)